Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags. 1919-1930

1926

23 (19.2.1926)

Visual Library

Amtliche Berichte
über die
Verhandlungen des Badischen Landtags.

23. Sitzung.

Freitag, den 19. Februar 1926, vormittags 9 Uhr.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingänge. Sodann
Fortsetzung der Beratung der Tagesordnung der 22. Sitzung.

Am Regierungstisch Finanzminister Dr. **Köhler**, Ministerialdirektor Dr. **Schmitt**, Ministerialrat Dr. **Engler**.

Inhaltsverzeichnis:

Siehe Schluß des Amtl. Berichts Sp. 1111/12.

Präsident Dr. **Baumgärtner** eröffnet die Sitzung nach 9¼ Uhr und gibt folgende

Eingänge

bekannt.

I. **Verhinderungsanzeigen:**

Entschuldigt sind die Abg. Martin, Dr. Retzbach, Abg. Frau Rigel wegen Erkrankung. Geschäftlich verhindert ist der Abg. Weißhaupt.

II. **Aus der Mitte des Hauses:**

Kurze Anfrage des Abg. Rückert, die Benützung linksrheinischer Besitzungen durch badische Gemeinden.

In der Nachkriegszeit wurde einer größeren Anzahl Gemeinden, insbesondere in Mittelbaden, die Benützung ihrer linksrheinischen Besitzungen entzogen.

Die in betracht kommenden Gemeinden wurden hierbei durch den Entzug von Holz, Futter- und Streumittel empfindlich getroffen.

Dem Vernehmen nach soll nun den gegenwärtigen Pächtern die Pacht gekündigt worden sein.

Ist diese Mitteilung der Regierung bekannt und im bejahenden Falle kann sie Auskunft geben, ob den geschädigten Gemeinden die Benützung ihres Besitzes zurückgegeben wird?

III. **Gesuch**

1. des E. Giesin in Wyhlen, Amt Lörrach, Verpachtung der Oberrheinfischerei.

Dieses Gesuch wird dem Ausschuß für Gesuche und Beschwerden überwiesen.

2. Gesuch der Gemeinden Aach, Anselfingen u. a. Bezirkseinteilung der Vermessungsämter, hier Aufhebung des Vermessungsamts Engen betr.

Dieses Gesuch wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Das Haus ist einverstanden.

Zu Ziffer 10 der Tagesordnung der 21. Sitzung:

Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über die Denkschrift des Herrn Ministers des Innern über die wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Verhältnisse der Zigarrenarbeiter in Baden

und damit in Verbindung

Begründung und Beantwortung der Förmlichen Anfrage der Abg. Hartmann u. Gen., Erhebungen über die Notlage der Tabakarbeiter (Drucks. Nr. 7)

erhält zum Bericht des Haushaltsausschusses das **Wort**

Abg. **Freidhof** (Sozdem.):

Im Juli des Jahres 1924 wurde im Landtag folgende Förmliche Anfrage eingebracht:

„Ist der Regierung bekannt, daß die Löhne der Tabakarbeiter sich weit unter dem Existenzminimum bewegen und die Beschäftigungsverhältnisse derselben sich in den letzten Jahren außerordentlich verschlechtert haben?

Welche Maßnahmen glaubt die Regiernng ergreifen zu können, um die in den Folgen drohende Gefährdung für die wirtschaftliche und gesundheitliche Verelendung der Betroffenen abzuwenden?"

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Und in der 44. Sitzung des Landtags vom 8. August 1924 wurde dann im Anschluß an die Beantwortung und Besprechung dieser Förmlichen Anfrage vom Landtag folgender Antrag angenommen:

„Der Landtag wolle beschließen, die Regierung möge dem nächsten Landtag eine Statistik über die Verhältnisse der badischen Tabakindustrie bezüglich der hygienischen und sozialen Verhältnisse der Arbeiter vorlegen und im Anschluß daran Vorschläge zur Besserung der bedauerlichen Lage dieser Arbeiterschaft vorlegen."

Die gewünschte Denkschrift liegt nun auf Grund des soeben verlesenen Antrages vor. In erster Linie ist sie von Oberregierungsrat Emele bearbeitet; für den wirtschaftlichen und sozialen Teil erfolgte die Bearbeitung von dem Gewerberat und Privatdozenten an der Universität Heidelberg, Dr. Waffenschmidt, für die gesundheitlichen Verhältnisse von Oberregierungsrat und Landesgewerbearzt Dr. med. Holtzmann; weiterhin waren bei der Ausarbeitung dieser Denkschrift vier ältere Studierende der Universität Heidelberg mit tätig.

Die Erhebungen, die vom Gewerbeaufsichtsamt angestellt worden sind, haben sich in erster Linie auf frühere Feststellungen gestützt, wie sie schon von Woerishoffer in seiner Schrift „Die soziale Lage der Zigarrenarbeiter im Großherzogtum Baden" und auf solche, wie sie in den Arbeiten Bittmanns gegeben worden sind: einmal in seinem Werk „Hausindustrie und Heimarbeit", sowie in seiner Schrift „Arbeiterhaushalt und Teuerung"; insbesondere stützt die Denkschrift sich sodann noch auf die Jahresberichte des Gewerbeaufsichtsamtes. Die neueren Feststellungen wurden nicht über das ganze Land hin gemacht, sondern es wurden Erhebungen in 5 Gemeinden vorgenommen, nämlich in Wahl, Seelbach, Rauenberg, Reilingen und Oestringen. Die Erhebungen erfolgten nach dem Grundsatz, daß in jedem Orte eine Anzahl von Familien auf ihr Einkommen, auf ihre wirtschaftlichen Verhältnisse und unter einer Reihe anderer Gesichtspunkte untersucht wurde. Dabei hat man in erster Linie die Verhältnisse von 45 Familien zur Grundlage genommen, von denen ein Fünftel sich in schlechten Verhältnissen, ein Fünftel in guten Verhältnissen und drei Fünftel, also der größere Teil, sich in mittleren Verhältnissen befindet.

In erster Linie führt nun die Denkschrift über die wirtschaftliche Entwicklung und über die Bedeutung der badischen Tabakindustrie folgendes aus:

„Für das Jahr 1889 hat Woerishoffer festgestellt, daß ungefähr der vierte Teil der gesamten Zigarrenfabrikation des Deutschen Reiches in Baden liegt. Heute ist es immer noch ein Fünftel; dagegen ist das Verhältnis der Zigarrenarbeiter zur Gesamtzahl der Arbeiter in Baden sehr stark — und zwar von einem Viertel auf ein Achtel — gesunken. Das ist ein deutliches Zeichen, daß der allgemeine industrielle Fortschritt von der reinen Handarbeit zur Maschine geht. Es liegt hier also ein natürlicher Entwicklungsprozeß vor.

Die Entwicklung der Gesamtzahl der Betriebe und Arbeiter läßt sich aus Bittmann „Hausindustrie und Heimarbeit" Seite 681 und den Jahresberichten des Gewerbeaufsichtsamts feststellen. Es waren vorhanden:

im Jahre 1834	24	Betriebe	mit	510	Arbeitern,
1861	172	„	„	3 592	„
1882	375	„	„	18 737	„
1895	567	„	„	28 634	„
1905	755	„	„	35 290	„
1914	819	„	„	43 254	„
1924	1 143	„	„	40 218	„

Während vor dem Kriege fast alle Betriebe Frauen (weibliche Arbeiter über 16 Jahre) beschäftigten, werden im Jahre 1923 über 16 Jahre alte weibliche Arbeiter nur noch in 8 Prozent der Betriebe, nämlich in 121 von den insgesamt 1143, gezählt.

Während vor dem Kriege in 80 Prozent der Betriebe jugendliche Arbeiter beschäftigt waren, sind jetzt nur noch 51 Prozent festzustellen.

Die Auflösung der Zahlen nach den einzelnen Arbeiterkategorien ergibt folgendes: Die Zahl der männlichen Arbeiter ist seit 1899 bis 1919 nur wenig, nämlich um 18 Prozent gestiegen; sie erreichte im Jahre 1909 mit 11 007 ihren Höchststand und fiel im Jahre 1924 gegen 1913 um 33 Prozent auf 7200.

Über die Kinderarbeit wird in der Denkschrift folgendes ausgeführt:

„Die Zahl der in der gesamten Nahrungs- und Genußmittelindustrie beschäftigten Kinder gibt Woerishoffer für 1889 mit 1047 an und schätzt darnach die in der Zigarrenindustrie beschäftigten Kinder auf 1120. Demgegenüber ist nach der Tabelle im Jahresbericht 1893 die Gesamtzahl der in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie beschäftigten Kinder 87, die in der Tabakindustrie 77. Von dort ab steigt die Kinderbeschäftigung und erreicht im Jahre 1908 mit 164 ihren Höchststand, bis sie 1911 mit der Durchführung der achtjährigen Schulpflicht (Bekanntmachung vom 7. Juli 1910) so stark zurückgeht, daß sie im Jahre 1912 mit 2 Kindern als erloschen betrachtet werden kann. Es ist immerhin wohl ein Zeichen unserer Not, daß sie nunmehr wieder gestiegen ist und zwar auf 31 Kinder (im Jahre 1924)."

Die Beschäftigung Jugendlicher von 14 bis 16 Jahren ist stark zurückgegangen. Sie war seit Beginn der Statistik noch nie so gering, wie sie jetzt ist. Die Höchstzahl von 5267 des Jahres 1908 fiel auf 2834. Die Zahl der männlichen Jugendlichen hat sich viel stärker verringert als die der weiblichen. Dieser Rückgang der Jugendlichen in der Industrie ist eine überall dort auftretende Erscheinung, wo die Beschäftigungsmöglichkeit für die vorhandene Arbeiterzahl knapp ist. Es ist nur natürlich, daß zuerst die älteren und schon angelernten Arbeiter beschäftigt werden und daß man sich mit der Frage, was aus dem Nachwuchse wird, erst in zweiter Linie oder überhaupt nicht beschäftigt.

Die Denkschrift sagt nun, daß „die Vorherrschaft der Frauenarbeit" noch größer geworden ist als in früheren Jahren: 7200 erwachsenen männlichen Arbeitern stehen 30 158 weibliche gegenüber; die Männer sind auf den Stand von 1893 zurückgegangen, während sich die Zahl der Arbeiterinnen verdoppelt hat. „Dabei (wird hier noch zu diesen Zahlen beigefügt) ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der Frauen über 21 Jahre den Hauptanteil der Zunahme trägt."

Kurz zusammengefaßt hat der Krieg folgendes gebracht:

„Zunahme der Betriebe insgesamt, hervorgerufen durch die starke Zunahme der Kleinbetriebe, starke Abnahme der männlichen Arbeiter im ganzen, Zunahme der Männer in den kleinen Betrieben, Zunahme der nicht bedeutenden Kinderarbeit, starke Abnahme der männlichen Arbeiter. Im ganzen: Zunahme der Arbeiter in den kleinen Betrieben, Zunahme der nicht bedeutenden Kinderarbeit, starke Abnahme der männlichen und der weiblichen jugendlichen Arbeiter von 14 bis 16 Jahren, starkes Steigen der Arbeiterinnen über 16 Jahren, Abnahme der Arbeiter insgesamt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Vor dem Kriege haben durchschnittlich jedes Jahr rund 800 Arbeitskräfte mehr ihr Brot in der Zigarrenindustrie verdient. Der Wegfall dieser 800 Stellen kommt nicht nur sozialpolitisch, sondern auch bevölkerungspolitisch in Betracht."

Über den Standort der badischen Zigarrenindustrie wird gesagt, daß er

„im großen und ganzen gleich geblieben ist. Zwei Hauptgebiete sind zu unterscheiden: im Oberland die Gegend zwischen Offenburg, Lahr, Ettenheim und Freiburg, und im Unterland die Gegend zwischen Heidelberg, Schwetzingen und Bruchsal mit einem Ausläufer nach Sinsheim."

Die größte Anzahl der Betriebe befindet sich im Amtsbezirk Bruchsal. Dagegen ist im Amtsbezirk Wiesloch zwar nicht die größte Anzahl der Betriebe vorhanden, aber die größte Anzahl der Bevölkerung, nämlich rund ein Fünftel der gesamten Einwohner des Bezirks, in der Tabakindustrie beschäftigt. Es wird in der Denkschrift festgestellt, daß die Tabakarbeit gewissermaßen ein Zwischenglied zwischen der Landwirtschaft und der Industrie darstellt, daß sie im allgemeinen als ein Übergangsstadium von der Landwirtschaft in die Industrie angesehen werden kann.

Über die wirtschaftliche Lage der Tabakindustrie sagt die Denkschrift, daß die Tabakindustrie

„für ein mit allen Lasten beschwertes Volk wie das deutsche, wenn auch nicht so deutlich wie die Alkoholindustrie, zu einer Luxusindustrie gestempelt worden ist. Hier kann die Allgemeinheit zuerst Abstriche an ihren Lebensgewohnheiten ertragen; hier kann derjenige, der nicht verzichten will, am besten zu den allgemeinen Lasten beigezogen werden. Beide Gewerbezweige haben jedoch das gemeinsam, daß den wirtschaftspolitischen Zwecken, die zu einer an sich gerechtfertigten Verringerung der Produktion führen, Interessen der Industrie entgegenstehen, letzten Endes auch Arbeiterinteressen und damit weiter, wie wir gesehen haben, Rücksichten der Bevölkerungspolitik."

„Allgemein ist zu bemerken, daß aus natürlichen Gründen im Sommer weniger geraucht wird als im Winter. Das Verkaufsgeschäft schwillt in der Weihnachtszeit stark an, und die Bedarfsspitze wirft ihr Licht schon in die Vormonate voraus. Nach Neujahr sinkt dann der Versand sehr rasch, denn die Händler haben ihren Absatz zumeist überschätzt. Diese Absatzstockung übt jedoch auf den kapitalkräftigeren Fabrikanten deshalb keinen großen Einfluß aus, weil er nunmehr wieder beginnt, sein eigenes Lager aufzufüllen."

Wir werden aber nachher bei der Kurzarbeiterunterstützung, die jetzt in der Tabakindustrie eingeführt worden ist, sehen, daß gerade in diesem Punkt sich wesentliches geändert hat.

„Daß Konjunkturschwankungen in der Zigarrenindustrie schon früher vorkamen, darauf läßt wiederum die Zahl der beschäftigten Arbeiter schließen. Die Absatzverringerung in der Zigarrenindustrie hängt mit den Krisen der allgemeinen Wirtschaft und dem Rückgang der Kaufkraft eng zusammen. Wir sehen ein starkes Ansteigen zur Zeit der Hochkonjunktur zwischen 1896 und 1899, zwischen 1903 und 1907, 1910 und 1914. Auch heute berichtet ein Gewährsmann, daß der Berliner Metallarbeiter

— und der Bergarbeiter des Ruhrreviers —

in schlechten Zeiten einige Zigarren raucht, daß er dagegen bei guter Konjunktur und gutem Verdienst ein durch die Masse der Abnehmer bedeutendes Maß von Zigarren mittlerer Qualität verbraucht. Die Zerrüttung der allgemeinen Wirtschaft in der Nachkriegszeit mußte naturgemäß einen ganz anderen Grad von Absatzschwankungen mit sich bringen; das kommt in der Kurve der Erwerbslosen zum Ausdruck.

Eine Störungsursache, die auch den Charakter des äußeren Eingriffs in den Wirtschaftsmechanismus darstellt, ist die Steuer. Sie und die Monopolgefahr war schon seit den achtziger Jahren ein immer wiederkehrendes Beunruhigungselement. Für die Vorkriegsjahre scheint die Wirkung überschätzt worden zu sein, da Kaufkrafterhöhung, Rohstoffpreislage usw. ausgleichend wirkten; heute aber ist nicht nur die wirtschaftliche Spannung des Absatzmarktes, sondern auch die Unberechenbarkeit neuer steuerlicher Lasten zermürbend; dann ist das Maß der Besteuerung so außerordentlich groß, daß es als Grund für das dauernde Absinken des Absatzes angesehen werden muß."

Im allgemeinen wird man gegenüber der Vorkriegszeit heute mit einer Verringerung des Absatzes um ¼ bis ⅓ rechnen müssen.

Nach den Erhebungen des badischen Landesfinanzamtes wurden von den badischen Betrieben insgesamt hergestellt im Jahre 1920 1 735 000 000 Zigarren, die Zahl sinkt dann im Jahre 1921 auf 1 597 000 000, geht im Jahre 1922 auf 1 523 000 000 zurück, steigt dann im Jahre 1923 auf 1 562 000 000 und im Jahre 1924 weiter auf 1 722 000 000.

Bei den Zigaretten sehen wir, daß die Herstellung von Zigaretten vom Jahre 1920 auf 1921 und 1922 eine dauernde Steigerung erfahren hat, daß aber im Jahre 1923 gegenüber dem Jahre 1922 ein Rückgang von 1 170 000 000 auf 882 000 000 stattfand, und daß sich die Zahl im Jahre 1924 wieder auf 886 000 000 steigerte.

Auf der anderen Seite sehen wir eine starke Steigerung der Rauchtabakherstellung. Im Jahre 1920 wurden 225 000 Klgr. feingeschnittener Rauchtabak hergestellt, im Jahre 1924 dagegen 1 129 000 Klgr.

Es wird dann weiter in der Denkschrift gesagt:

„Daß jedoch bezüglich des Absatzes die erwähnte Stetigkeit trügerisch ist, zeigt sich aus der Gegenüberstellung von versteuerten, also zum Inlandsverbrauch bestimmten Zigarren und den zur Ausfuhr kommenden Mengen. Die Ausfuhr der Tabakerzeugnisse außer Zigarren ist verschwindend. Die Ausfuhr der Zigarren selbst unterliegt besonderen Verhältnissen" — die wir nachher noch näher besprechen werden. „Der Inlandsverbrauch ist auch nach dem Kriege in einer Weise gesunken, die alles bisher Dagewesene wohl übersteigt. Erst von 1923 auf 1924 zeigt sich wieder ein Aufstieg auf den Stand von 1922."

Im Jahre 1920 wurden von Baden unversteuert ins Ausland ausgeführt 80 631 000 Zigarren. Die Zahl steigt im Jahre 1921 auf 102 000 000, steigert sich weiter im Jahre 1922 auf 191 000 000, und im Jahre 1923, also im Höchststand der Inflation, ist die Höchstausfuhr mit 289 000 000 erreicht, die Zahl geht dann aber im Jahre 1924 sehr stark, nämlich auf 49 000 000, also um rund 240 000 000, zurück.

Von feingeschnittenem Rauchtabak, Kautabak und Pfeifentabak ist eine Ausfuhr fast überhaupt nicht zu verzeichnen,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

oder die Mengen sind so gering, daß sie gar nicht ins Gewicht fallen.

Wenn man aber die Zahl der in Baden hergestellten Zigarren den in Baden versteuerten Zigarren gegenüberstellt, dann ergibt sich ein wesentlich anderes Bild — nämlich, daß ein großer Teil der in Baden hergestellten Zigarren noch nicht verkauft ist, daß also der Absatz im letzten Jahre außerordentlich zurückgegangen ist.

Von den in Baden hergestellten Zigarren wurden im Jahre 1920 1 135 000 000 versteuert, im Jahre 1921 1 113 000, im Jahre 1922 ist ein starker Rückgang auf 637 Millionen, im Jahre 1923 ein weiterer Rückgang auf 404 Millionen und im Jahre 1924 eine Steigerung auf 664 Millionen zu bemerken. Der Rückgang der Ausfuhr von 1923/24 liegt darin begründet, daß die exportsteigernde Wirkung der verfallenden Währung aufhörte und die Arbeitslosigkeit noch nicht so stark war wie im Jahre 1923. Es kommt aber noch etwas anderes hinzu, nämlich daß die Lagerbestände vom Jahre 1920 bis zum Jahre 1924 eine ständige Steigerung aufweisen. Im Jahre 1920 war in Baden ein Lagerbestand von 91 Millionen Zigarren, im Jahre 1924 ein Lagerbestand von 340 Millionen Zigarren. Dazu kommt aber noch, daß an sonstigen Zugängen im Jahre 1920 67 Millionen vorhanden waren, dagegen im Jahre 1924 ein Zugang von 214 Millionen. Unter den sonstigen Zugängen sind diejenigen Zigarren enthalten, die vom Steuerlager zum größten Teil wieder zurückgeholt worden sind, die auf dem Steuerlager verpfändet sind und damit nicht als Absatz gerechnet werden können. Dazu kommt aber noch, daß ein großer Teil derjenigen Zigarren, die von Baden abgesetzt worden sind, nicht als Absatz gerechnet werden dürfen, weil ein großer Teil badischer Zigarren nach norddeutschen Lagern transportiert worden ist, weil große Fabriken von Norddeutschland Filialbetriebe in Baden haben und ihre Zigarren nicht in Baden lagern, sondern ihre Lagervorräte nach Norddeutschland abführen, so daß also der Lagerbestand im allgemeinen eine gewaltige Steigerung erfahren hat und ein gewaltiger Vorrat an Zigarren dementsprechend gegenwärtig vorhanden ist.

Interessant dürfte sein, was versteuert aus dem Zollausland eingeführt worden ist. Es ist in der Denkschrift festgestellt, daß im Jahre 1924 aus dem Zollausland rund 128 Millionen Zigarren eingeführt worden sind. Gestern ist durch die Presse eine interessante Statistik gegangen über den Verbrauch von Zigarren und Zigaretten in Deutschland im allgemeinen. In Steuerjahr 1923/24 — die neueren Zahlen liegen noch nicht vor — wurden in Deutschland verbraucht an Zigarren 3,5 Milliarden, an Zigaretten 21,6 Milliarden, an Rauchtabak 31 500 000 Klgr., also immerhin ein ansehnlicher Verbrauch an Rauchmaterialien (Abg. Klaiber: Da kann das Ausland froh sein, daß wir so viel verbrauchen). Zu den räumlichen Absatzbeschränkungen — sagt die Denkschrift — kommen nun noch sachliche. Die Zigarrenindustrie hat zugunsten des billigen Tabaks, insbesondere aber der maschinell hergestellten Zigaretten an Absatz verloren. Fachleute sind der Ansicht, daß die Zigaretten früher 30 Proz. der gesamten Tabakverarbeitung ausmachten, während ihr Anteilsatz nunmehr auf 70 Proz. gestiegen ist. Also eine gewaltige Steigerung des Zigarettenverbrauchs und damit eine starke Herabminderung des Zigarrenverbrauchs. Wenn man das Jahr 1922 mit 637 Millionen Zigarren und 1 148 000 Millionen Zigaretten nach der Zahlentafel C in Betracht zieht, so ist eine Steigerung tatsächlich in sehr erheblichem Umfange festzustellen. Ganz deutlich ist auch eine Verschiebung in der Nachkriegszeit zu ungunsten der Zigarren zu beobachten. Das Gesetz, daß die Reizwirkung mit der Dauer des Genusses abnimmt, bringt es mit sich, sagt die Denkschrift, daß lieber in mehreren Wiederholungen, aber mit kurzem Anreiz eine Zigarette geraucht wird als die dauerhafte Zigarre, oder die Grobschnittpfeife. Dazu kommt, bemerkt die Denkschrift, die Psyche und die Hast der Zeit, und dann rauchen auch die Frauen jetzt Zigaretten. Die Denkschrift stellt fest, was sehr interessant ist — daß die hochqualifizierten Waren im Absatz weniger Not gelitten haben als die billigeren Sorten. Hochqualifizierte Waren haben also immerhin noch einen besseren Absatz wie die zum größten Teil in Baden hergestellten billigen Zigarren. Die Verschiebung der Preisabsatzfunktion zeigt sich auch darin, daß durchweg die Zigarre im Gewicht schwerer als früher und schwieriger in der Form wurde. Statt des Zusatzes von inländischem Pfälzer-Tabak im Betrag von der Hälfte bis zu einem Drittel wird jetzt höchsten ¼ bis ⅓ verwendet, während ausländischer Edeltabak überwiegt. Kleine Betriebe, die vorwiegend billige Zigarren herstellen, versuchen die Nebenkosten dadurch zu verringern, daß sie selbst unmittelbar an den Verbraucher liefern, auch an Kantinen, größere Verbände usw. Es wird aber auch berichtet, daß in unlauterer Weise die Banderolesteuer umgangen wird. Der legitime Zigarrenhandel hat hierfür schon einen ganz besonderen Begriff geprägt, indem er diese kleinen Leute wegen der Art und Weise, wie sie ihre Zigarren zu vertreiben suchen, „Rucksackindianer" nennt. In solchen Kleinbetrieben werden noch Zigarren in einer Preislage von 5 Pfg. hergestellt; mittlere Betriebe stellen Sorten von 8 bis 20 Pfg. her, in Qualitätsbetriebe geht man bis auf 20 und 30 Pfg. und noch mehr für das Stück. Die gangbarste Sorte scheint die 10 Pfg.-Zigarre zu sein.

Über die Produktionskosten wird in der Denkschrift nun folgendes gesagt: Dem Werdegang der Zigarre entsprechend, setzt sich der Preis zusammen aus den Rohstoffkosten einschließlich Zoll- und Tabaksteuer, dem Lohnanteil, den allgemeinen Geschäftsunkosten einschließlich Umsatzsteuer u. dergl., dem Gewinnanteil des Fabrikanten, den Vertriebsspesen, insbesondere für die Agenten; für den Verkauf im Kleinhandel kommt ein Zuschlag in Frage, in dem die Umsatzsteuer der Kleinhändler einkalkuliert ist.

Während in früheren Jahren noch recht viel Inlandstabak verwendet wurde, ist mit der Verdrängung der billigen Zigarre, wie erwähnt, der Auslandstabak ganz vorherrschend als Rohstoff. An erster Stelle wird der Zoll behandelt, und es wird darauf hingewiesen, daß anstelle des Gewichtzolls ein Wertzoll treten müßte. Der Zoll wird allgemein für den Zentner Tabak erhoben, gleichgültig welcher Preislage, gleichgültig welchen Wert er repräsentiert. Für jeden Zentner Tabak, der aus dem Ausland eingeführt wird, wird ein Zoll von 40 M. pro Zentner gegenwärtig erhoben.

An zweiter Stelle der Produktionskosten werden die Löhne behandelt. Der Lohnanteil wird im allgemeinen zwischen 15 und 30 Pfg. des Großverkaufspreises berechnet und liegt oft unter oder etwa in der Mitte bei 23 Proz., während bei billigeren Sorten der Lohnanteil zurückgeht. Bei der 20 Pfg.-Zigarre wird der Lohnanteil auf 1,8 Pfg. berechnet.

Die Frage der Maschinenarbeit und der maschinenmäßigen Herstellung der Zigarren wird ebenfalls in der Denkschrift behandelt. Während Zigarren in Amerika und in Skandinavien zum größten Teil maschinenmäßig hergestellt werden, hat die Einführung der Maschinen in Deutschland wenig Eingang gefunden; denn die maschinelle Herstellung von Zigarren setzt in erster Linie voraus eine Vereinheitlichung

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

der Fasson, eine Vereinheitlichung, die sich insbesondere in Amerika sehr stark durchgesetzt hat, während, wie die Denkschrift sagt, in Deutschland jeder einzelne Käufer besondere Wünsche hat, jeder einzelne eine andere Form, eine andere Sorte wünscht und dadurch die Aufstellung von Maschinen in Deutschland bis jetzt wenig Anklang gefunden hat.

Über den Unternehmergewinn, sagt die Denkschrift, wäre sehr wenig Material zu erreichen gewesen. Die Fabrikanten, die Kraftwagen besitzen, können allgemein nicht als das betrachtet werden, daß man sagt, daß sie in außerordentlich guten Verhältnissen sich befinden. Die Denkschrift sagt, daß die Kraftwagen zum großen Teil aus dem Grunde benutzt werden, weil eine große Anzahl von Fabrikanten Filialbetriebe haben, und aus Zeitersparnisgründen sich einen Kraftwagen zugelegt haben, um diese Filialbetriebe besuchen zu können. Inwieweit das richtig ist, habe ich nicht untersucht. Es wird Sache der Aussprache sein, festzustellen, inwieweit das richtig ist.

Über den Zwischenhandel wird folgendes in der Denkschrift gesagt: Der Einzelverkauf wird bei Zigaretten auf 25—30 Proz., bei Zigarren auf 40—50 Proz. geschätzt, ist also recht erheblich. Und nun kommt folgende interessante Statistik: Für 1921 werden von der Steuerbehörde in Baden 16 371 Kleinhändler gezählt. Die Zahl steigt 1922 auf 17 788 und 1923 auf 19 751. Auf 2 Zigarrenarbeiter kommt in Baden ein Zigarrenhändler. Die Denkschrift sagt: Selbst wenn man alle Wirte und Kolonialwarengeschäfte in Rechnung zieht, sei diese Anzahl doch außerordentlich bedenklich. Für Zigarreneinzelhandel werden Unkosten und Gewinn mit ungefähr 30 Prozent des Kleinverkaufspreises einschließlich Umsatzsteuer berechnet, wozu noch die Banderolensteuer mit 20 Prozent des Kleinverkaufspreises kommt, so daß eine Zigarre ab Fabrik 10 Pf. durch 4 Pf. Banderole und 6 Pf. Kleinhandelszuschlag im Kleinverkaufspreis auf 20 Pf. kommt. Wenn also mit 10 Pf. die Zigarre die Fabrik verläßt, so wird sie durch die Verteuerung der Steuer, durch den Kleinhandelszuschlag um 100 Prozent verteuert.

Von Arbeitnehmerseite — sagt die Denkschrift — werden für die Kostenanteile folgende Zahlen angegeben, die, abgesehen vielleicht vom Lohnanteil, ziemlich das Richtige treffen. Vom Kleinverkaufspreis beträgt der Steueranteil etwa 28 Proz., für Rohstoffanteil 12—20 Proz., Lohnanteil 6—15 Prozent, also außerordentlich gering, und Kostenanteil 6—15 Proz., Unternehmergewinn 8—15 Proz., dagegen Händleranteil 25—50 Proz. (Hört, hört!). Zum Vergleich sei angeführt, daß die Zigarettenindustrie mit 32 Proz. des Detailpreises für Material, Löhne und allgemeine Unkosten einschließlich Steuer rechnet, dazu 40 Proz. Banderolensteuer, 8 Proz. Gewinn und 20 Proz. Wiederverkaufsgewinn.

Über die Arbeitsleistung sagt die Denkschrift folgendes. Das Alter der einzelnen Arbeiter läßt keinen Rückschluß auf die Arbeitsintensität zu. Die mittlere Arbeitszeit für 1000 Zigarren beträgt rund 17 Arbeitsstunden unabhängig vom Alter und vom Geschlecht des Arbeiters, gleichgültig, ob ein Mann oder eine Frau die Zigarren herstellen oder gleichgültig, ob es sich um einen Jungen oder um einen Alten handelt.

Über die Betriebsrätevertretung der Arbeiterschaft im Betrieb wird gesagt, daß in den kleinen und mittleren Betrieben der Betriebsrat wenig Bedeutung hat und zwar deshalb, weil der Fabrikant zum größten Teil seine Arbeiter persönlich kennt und mit ihnen persönlich über Angelegenheiten der Lohn- und Arbeitsbedingungen Rücksprache nimmt. Dagegen haben in den größeren Betrieben Betriebsräte eine größere Bedeutung. Dort seien sie zum Sprecher der Belegschaft geworden, dort seien sie für die Interessen ihrer Mitarbeiter gegen die Unternehmer aufgetreten. Ein Interessantes wird gesagt über die Betriebsräte im allgemeinen in der Denkschrift, nämlich, daß Widerstände der Unternehmer gegen die Betriebsräte kaum zu verzeichnen gewesen sind. Das Verhalten sei loyal, nachdem in der Einrichtung keine revolutionäre Gefahr gesehen wird und Eingriffe in die Betriebsleitung verschwunden sind. Der Betriebsrat sei zum Inventar geworden, dem von seiten der Unternehmer keine erhebliche Bedeutung beigemessen wird. Inwieweit das richtig ist und mit den Aufgaben der Betriebsräte und der Bedeutung der Betriebsräte zusammenhängt, wird in erster Linie abhängig sein davon, wie der Betriebsrat seine Aufgabe im einzelnen Betriebe auffaßt.

Über die Betriebsräume und Arbeitsräume im allgemeinen wird in der Denkschrift folgendes gesagt:

Die Größe und Beschaffenheit der Betriebsräume ist im wesentlichen, wie es sich aus den Sondererhebungen in den 5 Gemeinden ergab, zufriedenstellend. Die Bekanntmachung des Reichskanzlers betreffend die Errichtung und den Betrieb der zur Anfertigung von Zigarren bestimmten Anlagen vom 17. Februar 1907 habe sich günstig ausgewirkt. Daß Arbeitsräume zu hauswirtschaftlichen Zwecken verwendet wurden, fanden wir nur bei Hausarbeitern, die zum Teil durch peinliche Sauberkeit die Widerwärtigkeit der Raumnot auszugleichen suchen. Die vorgeschriebene Raumhöhe führte mehrfach zu Beanstandungen. Wie aus der Zahlentafel zu ersehen ist, arbeiten immerhin in den Erhebungsgemeinden 17 Proz. der Arbeiter in zu niedrigen Räumen. Auch der zur Verfügung stehende Luftraum ist nicht überall genügend und die Denkschrift stellt fest, daß in den größeren Betrieben eine größere Reinlichkeit vorhanden sei, wie in den mittleren oder gar kleinen Betrieben.

Was den Arbeitsverdienst und die Lohnhöhe anbetrifft, wird in der Denkschrift folgendes gesagt: Lohnhöhe und Arbeitsgelegenheit sind für den Arbeiter gleich bedeutende Grundfaktoren seiner Existenz. Über die tatsächliche Entwicklung des Arbeitsverdienstes können wir aus den Angaben der Tabakberufsgenossenschaft wichtiges Material entnehmen. Die Verdienste in Baden waren von jeher wesentlich geringer, als die der Zigarrenarbeiter im Reich. Im Jahre 1902 betrugen sie 91 Proz., im Jahre 1924 nur 85 Proz. der Reichsverdienste der Zigarrenarbeiter. Neben dem Lande Baden kommt Bezirk V der Unfallberufsgenossenschaft zum Vergleich in Frage, der außer Baden, Württemberg, Bayern, Hohenzollern bis 1918 Elsaß-Lothringen umfaßte. Die Entwicklung läßt sich aus folgendem Vergleich ersehen, der folgendermaßen aussieht. Im Jahre 1902 betrug der durchschnittliche Jahresverdienst eines Zigarrenarbeiters in Baden 485 M. Im Jahre 1924 betrug der durchschnittliche Jahresverdienst eines badischen Zigarrenarbeiters 718 M., also ein Wochenverdienst von rund 14 M. für einen Zigarrenarbeiter. Das wäre eine Steigerung vom Jahre 1902 bis zum Jahre 1924 von 47 Proz. oder 233 M.

Die Denkschrift stellt fest:

„Einerseits ist demnach eine erhebliche Verdienststeigerung festzustellen und zwar in Baden um 47 Prozent, im Reich um 59 Prozent. Der Tagesverdienst stieg von 1,61 auf 2,39 Mark, das sind um 0,78 M., während er im Reich von 1,78 auf 2,82 M., das sind um 1,04 M. stieg. Auf der anderen Seite hat sich damit der Verdienst-Unterschied zwischen dem Reich und Baden ganz unge-

mein vergrößert. Er stieg von 48 M. im Jahre 1902 auf 129 M. im Jahre 1924; auf den Tag umgerechnet ergibt das eine Steigerung des Unterschieds von 16 auf 43 Pf."

Rechnet man überschläglich mit einer Indexsteigerung von 1897 bis 1914 mit 15 Prozent, von 1914 bis 1925 mit ebenfalls 15 Prozent, rechnet man weiter von dem Nennverdienst die Steuern und erhöhten sozialen Abgaben mit dem geschätzten Betrag von 5 Prozent Mehrbelastung ab, so wird man nach den Ausführungen der Denkschrift von dem heutigen Bruttoverdienst einen Abstrich von 35 Prozent machen dürfen, um die Verdienste der neunziger Jahre mit den heutigen vergleichen zu können; „das hieße aber soviel, daß die Lebenshaltung der Tabakarbeiter auf jene Zeit zurückgesunken ist."

Die Denkschrift sagt dann weiter:

„Unter Würdigung aller Umstände dürfte wohl die Annahme richtig sein, daß die Realverdienste, die für die Lebenshaltung maßgebend sind, im Vergleich zu den neunziger Jahren eher etwas zurückgegangen sind, daß aber die Löhne unter Berücksichtigung der kürzeren Arbeitszeit gestiegen sind, und daß der Hauptvorteil der Arbeiterschaft darin besteht, daß sie mehr Freizeit für sich zur Verfügung hat, das heißt, daß sie sich nicht mehr wie früher unter Ausnützung jeder Sekunde vor und nach der Fabrikarbeit abquälen muß. Mehr Freizeit ist besonders für die Frauen, die noch Haushaltarbeit verrichten, sehr wichtig."

Daraus ersehen Sie also, daß die Löhne der Zigarrenarbeiter in Baden im allgemeinen außerordentlich gering sind; große Bevölkerungskreise, die Zigarren verbrauchen, also die Raucher, wissen oft nicht, daß diejenigen, welche die von ihnen verbrauchten Produkte herstellen, einer der am schlechtesten gestellten Arbeiterkategorien von ganz Deutschland angehören. Es wird gerade in diesen Darlegungen festgestellt, daß in der Zigarrenindustrie die Lohnsumme nur einen recht unerheblichen Teil des für das Produkt erzielten Kleinverkaufspreises ausmacht. Es wird dann in diesen Ausführungen unter anderem wörtlich gesagt:

„Die erbärmlichsten Verhältnisse trifft man in den Zwergbetrieben, die in Zahlungsschwierigkeiten sind."

Über die Erwerbslosigkeit im allgemeinen wird auf den Seiten 121 bis 140 dieser Denkschrift gesprochen. Wir können aus diesen Darlegungen entnehmen, daß im Tabakgewerbe eine ständige Steigerung der Arbeitslosigkeit Platz gegriffen hat. Im April des Jahres 1921 wird die Zahl der Unterstützungsempfänger noch auf 293 angegeben. Im Januar 1922 ist sie schon auf 1792 gestiegen; im Januar 1923 hat sie bereits die Höhe von 12 658 erreicht; eine genaue Zahl läßt sich bis zum Jahr 1924 überhaupt nicht angeben, weil bis Ende des genannten Jahres die Zigarrenarbeiter in der Statistik zusammen mit den Nahrungs- und Genußmittelarbeitern geführt wurden. Das Landesamt für Arbeitsvermittlung hat jedoch festgestellt, daß am 10. Februar d. J. 18 157 Kurzarbeiter vorhanden gewesen sind, wobei die Arbeitslosen nicht gerechnet werden, die ja, wie ich schon sagte, nicht statistisch erfaßbar sind. Die Denkschrift sagt deshalb mit Recht, daß man

dem Heer von Erwerbslosen gegenüber — das noch durch die nicht statistisch erfaßten und durch die Kurzarbeiter vermehrt wird — die Allgemeinheit, selbst wenn sie keinen Funken von Mitgefühl hätte, aus Gründen der Staatsraison nicht abseits stehen kann. „Hier ist Sozialpolitik ein Bestandteil der Wirtschaftsordnung und Hilfe ist unter allen Umständen nötig, so ärgerlich andererseits in der Unterstützung vorkommende Mißstände sind."

Interessant ist, was die Denkschrift über die Art sagt, wie die Forderungen der hier in Betracht kommenden Arbeiter durch die Gewerkschaftssekretäre vertreten werden. Es wird bemerkt,

daß die Ansprüche der „organisierten" Erwerbslosen von den Gewerkschaftssekretären mit einer Energie und Zähigkeit den Ämtern und Kammern gegenüber vertreten worden sind, die nicht selten zu weit geht.

Das ist immerhin eine interessante Feststellung und eine solche, auf welche die Gewerkschaftssekretäre stolz sein können (Auf Zuruf): Sie können doch stolz darauf sein, wenn die Denkschrift hier anerkennen muß, daß sie vor den Ämtern und Kammern die Interessen der Arbeiter, die ihnen die Wahrung ihrer Interessen anvertraut haben, „mit Energie und Zähigkeit" vertreten und daß sie sich bemüht haben, den Forderungen der Erwerbslosen Geltung zu verschaffen.

Ein besonderes Kapitel ist der Kurzarbeit gewidmet. Welch starke Ausdehnung sie angenommen hat, das zeigt eine Statistik, welche in die Denkschrift aufgenommen ist, eine „Erhebung über die geleistete Wochenarbeitszeit im Bezirk des Arbeitsamts Lahr" aus dem Februar 1925. Aus dieser ist zu ersehen, daß von etwa 5000 Arbeitern über 1400 nur zu ¾ und über 100 nur zur Hälfte beschäftigt waren, daß aber außerdem über 100 nicht unterstützte Erwerbslose vorhanden waren. Allerdings sagt dann die Denkschrift weiter — eine Bemerkung, die zu denken gibt —, daß am Stichtage in diesem Arbeitsnachweisbezirk Lahr auch nicht weniger als 500 Arbeiter Überarbeit geleistet haben; es wird mitgeteilt, bereits im Oktober 1924 habe das Ministerium auf die Arbeitsämter und auf die Verbände eingewirkt, um zugunsten der erwerbslosen Arbeiter die Überarbeit in den Firmen abzubauen.

Zusammenfassend läßt sich über die Frage der Erwerbslosenunterstützung folgendes sagen:

„Man kann rechnen, daß wenigstens ein Fünftel — das wären 8000 Arbeiter — der badischen Tabakarbeiter (und -Arbeiterinnen) einem anderen Beruf zugeführt werden müßten, wenn die übrigen dauernd voll beschäftigt werden sollten."

Also rund der fünfte Teil aller Arbeiter und Arbeiterinnen der gesamten badischen Tabakindustrie müßten anderen Berufen zugeführt werden, wenn erreicht werden sollte, daß die übrigen vier Fünftel eine andauernd volle Beschäftigung gesichert erhielten: das ist natürlich in einer Zeit allgemeiner Wirtschaftskrisen und allgemeiner Erwerbslosigkeit eine Unmöglichkeit. Mit Recht fährt deshalb an dieser Stelle die Denkschrift fort:

„Es ist ein schwacher Trost, daß in der Vorkriegszeit aus dem Vergleich der Berufsgenossenschaftsberechnung mit der Stichtagsstatistik ein durchschnittlicher Beschäftigungsausfall von 10 Prozent errechnet wird, der sich nun auf 16 Prozent erhöht hat, und daß somit auch früher die Erwerbslosigkeit also erheblich und die „industrielle Reserve-Armee" groß genug war. Man konnte aber damals eher die Kluft der arbeitslosen Zeit überbrücken als heute. Die Zahl ist größer und die Not ist größer."

Weiterhin wird in der Denkschrift auch die Frage des Grund- und des Allmendbesitzes eingehend besprochen. Im

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

allgemeinen konnte festgestellt werden, daß der Ertrag des Grundbesitzes gewissermaßen als Zusatzeinkommen für die in der Tabakindustrie Beschäftigten angesehen werden kann; umgekehrt kam dann wieder der Verdienst aus der Tabakindustrie als Zusatz-Einkommen zu dem aus der Landwirtschaft betrachtet werden. Ein großer Teil der Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe schicken in jener Zeit, wo die Arbeit zu Hause, in der Landwirtschaft, stockt, ihre Söhne und Töchter in die Arbeit bei der Tabakindustrie, um dort gewissermaßen ein Zusatzeinkommen zu dem landwirtschaftlichen Einkommen zu verdienen.

Was hier über den Allmendbesitz gesagt wird, ist nicht besonders günstig. Aus den einschlägigen Ausführungen der Denkschrift ist folgende Stelle herauszuheben:

„Eine wesentliche Rolle spielt in allen Gemeinden der Allmendgenuß. Die wirtschaftliche und soziale Wirkung geht hier auseinander. In den meisten Fällen wird über mangelhafte Bewirtschaftung des Allmends geklagt. Die Bürger kommen erst in späten Jahren in den Genuß, wo ihnen die Tatkraft zu tüchtigem Umtrieb fehlt. Das Risiko, daß Verbesserungen einem Allmendnachfolger zugut kommen, lähmt besonders stark."

Das ist ein Standpunkt, den wir immer eingenommen haben; wir haben immer darauf hingewiesen, wenn der Bürger erst in vorgerückten Jahren in den Besitz des Allmendstückes gelange, werde dessen Umtrieb nicht mehr in solcher Weise erfolgen, daß ein hoher Ertrag herauskommt, um so mehr, weil ja der Betreffende nicht weiß, wie lange er im Besitze des Allmends ist, und deshalb keine großen Aufwendungen mehr macht, um die Ertragsfähigkeit des Allmendstückes zu steigern.

Von Interesse dürfte sein, daß die Kinderzahl mit der Zunahme des Grundbesitzes steigt, daß die Kinderzahl bei denjenigen, die über keinen Grundbesitz verfügen, am geringsten ist, und daß dort, wo neben der Tabakarbeit großer Grundbesitz vorhanden ist, die Familie verhältnismäßig groß ist. In der Denkschrift wird darüber folgendes gesagt:

„Von größter Bedeutung ist die Tatsache, daß mit dem steigenden Grundbesitz die Kinderzahl zunimmt. In allen Gemeinden ist die Kinderzahl der besitzlosen Familien zwei und weniger. Mit dem Grundbesitz von 1—5 Ar steigt sie in Seelbach auf nahezu das Doppelte. Schon der kleinste Grundbesitz vermag offenbar, ohne daß fühlbares Zusatzeinkommen entsteht, den geistigen Zustand der Familie in stärkstem Maße zu beeinflussen."

Aus all dem ergibt sich folgendes:

Der Einfluß der wirtschaftlichen Verhältnisse zeigt sich an der Kinderzahl.

Der Kinderreichtum wächst mit dem Grundbesitz. Der kleinste Grundbesitz übt starken Einfluß aus. Landwirtschaftliches Zusatzeinkommen zum Industrieeinkommen steigert die Kinderzahl. Gewerbliches Zusatzeinkommen zum Industrieeinkommen steigert die Kinderzahl ebenfalls."

Eine außerordentlich interessante Feststellung vom bevölkerungspolitischen Standpunkt aus!

In der Denkschrift wird dann noch gesagt, daß Kinderschulen in allen diesen Gemeinden eine notwendige Einrichtung sind, weil zum größten Teil die Frauen in der Tabakindustrie beschäftigt sind und die Kinder sich nicht selbst überlassen bleiben können.

Es wird weiter gesagt, daß auch Säuglingskrippen notwendig wären; da aber die Gemeinden, in denen die Tabakindustrie beheimatet ist, zum größten Teil arme Gemeinden seien, so fehle es größtenteils an Geld, um dort Säuglingskrippen in dem notwendigen Maße einzurichten.

Über die Zigarrenarbeiterkinder wurde in den Erhebungsgemeinden nie ein besonders ungünstiges Urteil gefällt; im Gegenteil, es wurde behauptet, daß sie reinlicher, manierlicher und aufgeweckter seien als die Kinder aus bäuerlichen Kreisen.

Eine interessante Feststellung ist in der Denkschrift enthalten über den Alkoholgenuß. Es wird darüber gesagt:

„In fast allen Gemeinden wird der sehr erhebliche Rückgang des Alkoholverbrauchs festgestellt und betont, daß insbesondere auch der Wirtshausbesuch nachgelassen habe."

Über die Art der Erhebung und der Feststellung, die in der Denkschrift des Gewerbeaufsichtsamts niedergelegt sind, habe ich bereits gesagt, daß die Erhebungen in fünf Gemeinden stattgefunden haben, und daß die Auswahl der Familien bei den Erhebungen nach dem Gesichtspunkte erfolgte, daß ein Fünftel der behandelten Fälle schlechte Verhältnisse, drei Fünftel mittlere Verhältnisse und ein Fünftel gute Verhältnisse schildern sollen. Bei der Auswahl wurden die Ratschläge der Vertrauensleute, Betriebsräte, Gemeindebeamten, Fürsorgebeamten und der Firmen berücksichtigt.

Über die Ernährung, über die Kleidung, über den Haushalt und über die wirtschaftlichen Verhältnisse gibt uns die Zusammenstellung aus den verschiedenen Erhebungsgemeinden Aufschluß.

Auf Seite 167 der Denkschrift wird über die Ernährung festgestellt, daß der größte Teil der Tabakarbeiter als Frühstück Kaffee, Suppe und Kartoffeln einnimmt, daß Kartoffeln und Gemüse, Sauerkraut, Dörrgemüse und Kartoffeln fast regelmäßig die Mittagskost abgeben und daß Kaffee und Kartoffeln das Abendessen bilden. Es ist eine Reihe von Fällen geschildert, die ein außerordentlich trauriges Kapitel über die wirtschaftliche Lage des Tabakarbeiters darstellen.

An Wäsche ist zu einem großen Teil in den Tabakarbeiterfamilien nur soviel vorhanden, daß es zum einmaligen Wechseln reicht. In einer großen Anzahl von Familien ist nur ein einziger Bettüberzug oder ein einziges Bettleintuch vorhanden, und in einer großen Anzahl von Tabakarbeiterfamilien ist überhaupt keine Bettwäsche mehr vorhanden. Die Erhebungen haben gezeigt, daß eine Reihe von Familien vorhanden sind, wo weder Mann noch Frau noch Kinder Sonntagskleider haben, wo nur ein einziger Anzug, nur ein einziges Hemd für die einzelnen vorhanden ist: Familien, die also in außerordentlich schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen leben.

Über den Haushalt sagt die amtliche Denkschrift folgendes:

„Der Haushalt wird durchweg von der Frau oder der älteren Tochter in Ordnung gehalten. Aus der Zahlentafel 27 läßt sich feststellen, daß die Frau in dem Augenblick nicht mehr in die Fabrik geht, in dem eine genügende Anzahl älterer Kinder mitverdient. Die Verhältnisse liegen von Gemeinde zu Gemeinde verschieden. In Ostringen z. B. gehen, wie oben bemerkt, Frauen ganz wohlhabender Landwirte noch in Zigarrenfabriken, da der Erwerbssinn dort sehr stark ausgebildet und die Landarbeit besonders schwierig ist, wie überhaupt immer wieder festzustellen ist, daß nicht die Zigarrenarbeit, sondern viel mehr der Charakterunterschied von Dorf zu Dorf entscheidend ist."

Über die Frauenarbeit und über die Arbeit der Familienmütter in der Zigarrenindustrie, wie allgemein über die Fabrikarbeit der Mütter, wird in der Denkschrift ein ver-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

nichtendes Urteil gefällt. Die Denkschrift sagt nämlich darüber:

„Ein Segen für die Familie ist jedoch die Arbeit der Mutter nicht. In den meisten Fällen waren bei den Besuchen zur Mittagszeit die Betten noch nicht gemacht; die Kinder werden mangelhaft oder gar nicht gewaschen; für die tägliche Reinigung der Zimmer ist weder Zeit noch Kraft genügend vorhanden. Ziemlich deutlich läßt sich hierin mit der Zigarrenarbeit ein Abstieg von der ursprünglichen bäuerlichen Ordnung im Haushalt feststellen:"

Über die Kleidung sagt die Denkschrift:

„Bei der Kleidung zeigt sich eine gewisse Ärmlichkeit. Die Zigarrenarbeiter machen sehr oft den Eindruck von armen Bauern. Zumeist ist ein Sonntagsanzug vorhanden, während die Arbeitskleider sehr zerschlissen und geflickt sind. Auch hierin unterscheidet sich der Arbeiter vom Kleinbauern nicht."

Die Denkschrift sagt allerdings, daß bei der jungen Zigarrenarbeiterin die Eitelkeit eine gewisse Rolle spiele, und daß man dort versuche, sich lieber in der Ernährung einzuschränken, als nach außen hin die Armut zur Schau tragen zu müssen.

Die Denkschrift sagt weiter, daß die Kinder der Zigarrenarbeiter sehr oft im Winter nicht in die Schule gehen konnten, weil keine Schuhe vorhanden waren, daß also aus Schuhmangel die Schule nicht besucht werden konnte. Auch mit der Wäsche sei es außerordentlich ärmlich bestellt. Und dann wird folgendes tieftraurige Kapitel festgestellt: in den allermeisten Familienverhältnissen waren die Kinder auf Lumpen gelegt und mit Lumpen zugedeckt. Für einen Kulturstaat immerhin ein unwürdiger Zustand, wenn Kinder auf Lumpen gelegt und mit Lumepn zugedeckt werden müssen.

Über die Ernährung in den Tabakarbeiterfamilien läßt sich eine gewisse Ortsüblichkeit feststellen. So wird in Seelbach durchweg morgens Suppe gegessen, während im übrigen in den Gemeinden insbesondere der durch den größeren Brotverbrauch und die Milch teuerere Kaffee üblich ist. Auch das Essen ist, wie bei den Kleinbauern, im wesentlichen Kartoffeln in aller Art der Zubereitung, Gemüse und auch Sauerkraut, Dörrobst und als Sonderheit Mehlspeisen. Und nun stellt die amtliche Denkschrift fest! In den 45 Haushaltungen, in denen die Erhebungen stattgefunden haben, gibt es in 5 Haushaltungen selten oder nie Fleisch, in 10 Haushaltungen nur am Sonntag, in 15 außerdem noch, wenn auch selten, werktags; in 15 Familien gibt es öfters auch Werktags, teilweise sogar jeden Tag Fleisch. Das sind diejenigen Familien, die über größeren landwirtschaftlichen Grundbesitz verfügen, in denen noch Hausschlachtungen stattgefunden haben. Nun sagt die Denkschrift: Das letztere trifft in den wohlhabenderen Familien in Östringen und Railingen zu. Kennzeichnend sei jedoch, daß eine Schweineschlachtung nur in 11 Familien im letzten Jahre vorgenommen wurde, während früher wesentlich mehr Familien geschlachtet hatten. Also auch hier ein Rückgang.

Bezüglich des Haushaltsplanes ist folgendes zu bemerken: Fast die Hälfte der Familien hat, wenn auch nicht sehr hohe, Schulden. In einzelnen Fällen liegt ein besonderes Unglück vor, so mußten zur Beerdigung der Mutter 100 Mark geliehen werden, die mit 12 % jährlich verzinst werden sollen. Der Schwerpunkt liegt aber in den für besondere Verbrauchszwecke gemachten Schulden, die weniger in ihrer Höhe beängstigend sind, als vielmehr dadurch, daß sie der Beginn einer immer mehr steigenden Verschuldung sind. Über die gewerkschaftliche Zugehörigkeit wird gesagt, daß sowohl der allgemeine deutsche Tabakarbeiterverband, der freigewerkschaftliche, sowie der christliche Tabakarbeiterverband die Zahl ihrer Mitglieder auf je 12 000 in Baden berechnet haben, daß also immerhin die gewerkschaftliche Zugehörigkeit, wenn auch nicht als glänzend, so doch immerhin als gut bezeichnet werden kann.

Ein weiteres trauriges Kapitel ist, daß in einer großen Anzahl von Tabakarbeiterfamilien keine Zeitung gelesen wird. Es ist selbstverständlich, bei einem solch niedrigen Einkommen bleibt für kulturelle Zwecke nichts mehr übrig, so daß in einer großen Anzahl von Arbeiterfamilien keine Zeitung und keine Bücher mehr gelesen werden. An Zeitschriften und an Büchern wird angegeben, daß in erster Linie die gewerkschaftlichen Zeitungen gelesen werden, die wöchentlich oder 14tägig kommen, und daß Bücher zum Teil aus den Stadtbibliotheken oder aus den Pfarrhäusern geliehen werden, um sie zu lesen. Die Denkschrift kommt deshalb zu dem Schluß, daß Vorschläge zur Besserung gemacht werden sollen und diese Vorschläge sind in der Denkschrift zusammengefaßt und bestehen im wesentlichen darin:

1. Das wichtigste ist eine entschiedene Stetigkeit in der Steuerpolitik;
2. daß es die Aufgabe der Industrie ist und der Industrieverbände, durch organisatorische Mittel und durch wirtschaftliche Vereinbarung den Rohstoff und den Absatzmangel im Sinne einer Verständigung zu beeinflussen;
3. die Arbeitgeberverbände könnten durch eine ausreichende Reklame den Verbrauch der Zigarre gegenüber den anderen Tabakerzeugnissen zu heben suchen, um gegenüber der gewaltigen Reklame, die für die Zigarette gemacht wird aufzukommen, und dadurch den Umsatz zu steigern und auf der anderen Seite den Preis zu verringern;
4. wird gesagt, daß die oberbadische Zigarrenindustrie fortfahren müßte, die billige Zigarre durch Qualitätsware zu ersetzen;
5. die für die Förderung der Landwirtschaft zuständigen Organe müßten in eine Untersuchung eintreten, wie eine Intensivierung des landwirtschaftlichen Kleinbesitzes zu ermöglichen ist sowohl nach der technischen, wie insesondere auch nach der wirtschaftlichen Seite, damit das Zusatzeinkommen der Tabakarbeiterfamilie aus der Landwirtschaft größer wird und damit weniger Kleinlandwirte auf Zusatzeinkommen aus der Tabakindustrie angewiesen sind;
6. die Tabakarbeitergemeinden könnten Maßnahmen zur rationellen Bewirtschaftung des Gemeinde- und Allmendbesitzes treffen und durch Förderung des Genossenschaftswesens der Wirtschaft ihrer Gemeinde wieder aufhelfen;
7. Einführung neuer Industrie ist eines der aussichtsreichsten Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit. Ansiedlung von Industrie. Verbesserung der Verkehrsverhältnisse usw.
8. die weitere Folgerung aus obiger Erkenntnis wäre eine Schulung der jungen Leute in der Richtung industrieller Eignung durch Eingliederung von Gewerbeschulen oder Lehrlingswerkstätten, mit anderen Worten gesagt, daß die aus der Schule entlassenen Kinder nicht mehr in so hohem Maße der Zigarrenarbeit

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

zugeführt werden, sondern daß sie der Industrie, der Metallindustrie, der Holzindustrie oder anderen Industriezweigen zugeführt werden, um damit den Zugang zum Fabrikgewerbe einzuschränken.

9. Eine weitere Möglichkeit, — sagt 9 der Denkschrift — die Verhältnisse zu verbessern, bestünde in einer Umsiedelung, mit anderen Worten die Fabrikarbeiter von den Orten zu verpflanzen in industriereiche Gegenden. Das sind aber Maßnahmen, die in der gegenwärtigen Situation der Wirtschaftskrise nicht durchgeführt werden können.

10. Soweit die Regierung bezüglich der Unterstützungsmaßnahmen entgegenkommen konnte, hat sie das getan, wie auch die Denkschrift sagt, daß die Sozialpolitik hier einen wesentlichen Bestandteil der Wirtschaftsordnung darstellt.

Was über die gesundheitlichen Verhältnisse der Tabakarbeiter gesagt wird, läßt sich kurz zusammenfassen. Die ursprüngliche Meinung daß die Tabakarbeit die Tuberkulose in besonders hohem Maße fördere, hat sich als nicht haltbar, als nicht stichhaltig erwiesen. Es ist richtig, daß die Tabakarbeiterorte über dem Landesdurchschnitt der Tuberkulosesterblichkeit liegen; aber, wie in der Denkschrift mit Recht hervorgehoben wird, ist nicht in erster Linie die Tabakarbeit als solche verantwortlich zu machen für die hohe Sterblichkeit an Tuberkulose, sondern in erster Linie sind die wirtschaftlich schlechten Verhältnisse, die schlechten Ernährungsverhältnisse schuld, und in erster Linie sind es die schlechten Wohnungsverhältnisse, die die Tuberkulose in einem außerordentlich hohen Maße fördern. Es ist richtig, daß die Tabakarbeit und der Tabakstaub einen Reiz ausübt auf die Schleimhäute, daß dadurch Hustenausbrüche hervorgerufen werden, und daß ruhende Tuberkulose zu einem großen Teile durch den Husten in eine offene Tuberkulose übergeht, und dies gefährlich wird, weil die Tabakarbeiter bei der Arbeit einander gegenübersitzen. Wenn einmal ein an offener Tuberkulose leidender Tabakarbeiter dem anderen gegenübersitzt und hustet, wird der Tuberkulosebazillus leicht auf den anderen übertragen und damit die Ansteckungsgefahr außerordentlich groß. Aber wie gesagt, in erster Linie ist die Tuberkulosesterblichkeit auf die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen.

Es kommt weiterhin hinzu, daß in der Tabakindustrie zum großen Teil schwächere Leute, Invaliden und ältere Leute ihr Brot und ihren Erwerb verdienen, weil alle diejenigen — wir haben gesehen, daß die Zahl der männlichen Arbeiter sehr zurückgegangen ist —, weil diejenigen, die über Körperkraft verfügen, die sich gesund fühlen, in andere Industrien, wo sie mehr verdienen, als in der Tabakindustrie, gehen und an sich schon ein großer Teil kranker Menschen, körperlich schwächlicher Menschen in der Tabakindustrie ihr Brot und ihren Erwerb findet. Die Denkschrift sagt mit Recht, unsere bisherigen Betrachtungen aus der Statistik der 4 Amtsbezirke lassen sich in folgendem Resultat zusammenfassen: Die Orte der Tabakindustrie sind etwas von der großen Heerstraße abseits und nicht in landwirtschaftlich reichen Gegenden gelegen. Dadurch bedingte Armut, mangelhafte Wohnung und Ernährung gibt schon seit über 70 Jahren den Boden für reichliche Entwicklung der Tuberkulose ab. Durch die Abgeschlossenheit heiraten die Leute im Ort meist untereinander. Diese Inzucht verhalf dem in der Familie haftenden Tuberkulosekeim zur Ausbreitung. Wir sehen da, daß die mangelhafte Ernährung und Inzucht eine große Rolle spielen, um die Tuberkulosesterblichkeit in den Tabakorten über dem Landesdurchschnitt liegen zu lassen. Die Denkschrift kommt deshalb mit Recht über die gesundheitlichen Verhältnisse zu folgendem Ergebnis: 1. die Tabakarbeit als solche bedingt keine Vermehrung der Tuberkulose. 2. Die Gründe für die Ausbreitung der Tuberkulose in einzelnen Bezirken der Tabakindustrie liegen in den allgemeinen sozialen Verhältnissen, in der Überlastung der Frau, der ungenügenden und unzweckmäßigen Ernährung und in der Inzucht. 3. Alle gewerblichen und sozial-hygienischen Maßnahmen sind zu fördern, Schulärzte müssen in allen Schulen in Tätigkeit treten, Tuberkulosestellen sind einzurichten, Wasserleitung, Bäder, Sportplätze, sowie gesunde Wohnungen sind zu erstellen. Das ist zusammengefaßt das Ergebnis der Denkschrift über die wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Verhältnisse der Tabakarbeiter in Baden.

Wenn auch die Vorschläge an und für sich nicht außerordentlich groß sind, muß man es doch begrüßen, daß die Denkschrift eines erreicht hat, einmal die breite Öffentlichkeit auf die ungeheuere Notlage dieser Kreise hingewiesen zu haben und man kann deshalb mit Recht sagen, daß die Denkschrift ihren Zweck zum großen Teil erfüllt hat und man kann den Männern, die diese Arbeit geleistet haben, den Dank aussprechen.

In der Aussprache im Haushaltsausschuß wurde von einem Vertreter des Zentrums betont, daß die Tabakarbeiter nicht in erster Linie die Unterstützung in den Vordergrund stellen, sondern daß es für die Tabakarbeiter viel angenehmer und daß es ihnen viel lieber wäre, wenn sie ihrer Arbeit nachgehen und auf die Unterstützung verzichten könnten. Solange aber das nicht möglich ist, sei die Unterstützung der einzig gangbare Weg. Bei der Verpflanzung der Arbeiter und Arbeiterinnen müsse in erster Linie darauf gesehen werden, daß die Unterbringung eine einwandfreie sei, daß insbesondere für die jugendlichen Arbeiterinnen, wenn sie in eine andere Industrie verpflanzt und in großer Anzahl zusammen untergebracht werden sollen, dafür Sorge getragen werden soll, daß sie einwandfrei untergebracht sind. Solange das nicht möglich ist, sei es unmöglich, eine Verpflanzung vorzunehmen. Der Vertreter des Zentrums richtete an die Regierung die Frage, ob es möglich sei, die Tabaklager in Eichtersheim in Betrieb zu nehmen, ob es möglich sei, eine erweiterte Arbeitsmöglichkeit zu schaffen. Er betonte jedoch, daß in erster Linie die Absatzminderung auf die gesunkene Kaufkraft der Bevölkerung zurückzuführen sei, daß es vielleicht möglich wäre, dem abzuhelfen, wenn die Steuersätze für Banderolesteuer, die heute einheitlich, gleichgültig ob es sich um ein Produkt niederen oder höheren Preises handelt, mit 20% erhoben wird, ob es nicht möglich sei, eine Progression oder Degression, eine Staffelung dort einzuführen. Er regt an, ob es nicht möglich wäre, eine Kommission zu bilden aus Abgeordneten einerseits und aus Vertretern der Tabakindustrie und der Tabakarbeiter andererseits, um Vorschläge zu machen, wie man dieser ungeheueren Notlage abhelfen könne. Im weiteren stellte er an die Regierung die Frage, inwieweit es möglich wäre, aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge Mittel zur Verfügung zu stellen und vielleicht Näharbeit, Nähabende einzurichten, um den erwerbslosen Tabakarbeiterinnen dort die Gewähr leisten zu können, sich durch Näharbeiten einigermaßen Verdienste zu verschaffen.

Ein Vertreter der Bürgerlichen Vereinigung machte der Regierung den Vorwurf, daß sie nichts unternommen habe bei der letzten Zollgesetzgebung die Zollsätze für den Tabak von 80

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

auf 130 Mark pro Doppelzentner zu erhöhen. Er verlangt in erster Linie eine Erhöhung des Zolls, weil nur diese die Möglichkeit geben würde, daß wiederum in größeren Massen einheimischer Tabak in der badischen Tabakindustrie Verwendung finden würde. In dem Zusammenhang bei der Erwerbslosigkeit gab der Vertreter der Bürgerlichen Vereinigung folgendes bekannt, daß wenn einerseits große Erwerbslosigkeit bestehe, man nicht verstehen könne, daß im vorigen Jahre der Rübenbau in Baden 600 Arbeiter angefordert habe, daß es nicht möglich gewesen wäre, diese 600 Arbeiter für den Rübenbau zu bekommen, daß sich nur 30 gemeldet hätten und daß deshalb polnische Arbeitskräfte eingeführt werden mußten, um im Rübenbau Verwendung zu finden. Es wird vielleicht gut sein, wenn die Regierung über diese Feststellung des Vertreters der Bürgerlichen Vereinigung Auskunft gibt, inwieweit das zutrifft. Von Vertretern des Zentrums sowohl, wie Vertretern der Sozialdemokratischen Partei wurde das als nicht richtig bezeichnet und deshalb bestritten. Vielleicht ist es der Regierung möglich, festzustellen, inwieweit das richtig oder unrichtig ist.

Der Vertreter der Sozialdemokratie betonte in erster Linie, daß nicht eine Erhöhung des Zolles, sondern eine Herabsetzung des Zolles auf Tabak eine Steigerung des Absatzes in Deutschland gewährleistet, nur durch eine Steigerung des Absatzes eine Verbilligung des einzelnen Produktes erreicht werden kann. Ohne Absatzsteigerung ist es unmöglich, der großen Zahl der erwerbslosen Tabakarbeiter Verdienste zu geben.

Der Vertreter der Regierung hat erklärt, daß das einzelne Produkt eine Erhöhung durch die Erhöhung des Arbeitslohnes ertragen könne. Er sei der Meinung, daß den Tabakarbeitern ein höherer Lohn bezahlt werden kann, daß das Produkt es ertragen kann, wenn auf der anderen Seite der Zwischenhandel herabgemildert und das Produkt im allgemeinen eine Verbilligung erfahren kann. Die Kurzarbeiterunterstützung, betonte der Regierungsvertreter, ist in Baden geregelt und zwar so, daß auch die Tabakarbeiterorganisationen mit der Regelung einverstanden und zufrieden sind. Es hat sich aber eines ergeben, auf das ich bereits im Bericht hingewiesen habe, daß ein gewaltiger Vorrat an Zigarren vorhanden ist und die Einführung der Kurzarbeiterunterstützung folgendes bezweckt hat, daß eine Reihe von Fabrikanten dazu übergeht, nicht nur auf Vorrat arbeiten zu lassen, sondern die Arbeiter auf Kurzarbeit zu setzen, um damit den Vorrat herabzumindern, daß die Kurzarbeiterunterstützung nicht nur den Kurzarbeitern, sondern den Fabrikanten zugute kommt. Der Vertreter der Regierung sagte dann noch, daß es notwendig wäre, in wirtschaftlich besseren Zeiten zu versuchen, Industrie in diese Orte anzusiedeln, die Verkehrsverhältnisse zu verbessern, damit es möglich sei, den Zigarrenarbeitern bessere Arbeitsmöglichkeit und Arbeitsverdienst zu gewährleisten, und dieser ungeheueren Zahl der nach Berechnung der Denkschrift dauernd erwerbslos bleibenden ein Arbeitsverdienst zu verschaffen.

Zusammenfassend hat dann der Haushaltsausschuß folgenden Antrag beschlossen:

Der Antrag, den der Haushaltsausschuß dem Landtag unterbreitete, hat folgenden Wortlaut:

> „Der Landtag wolle von dem Bericht des Gewerbeaufsichtsamtes und den darin enthaltenen Vorschläge über die wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Verhältnisse der Zigarrenarbeiter in Baden Kenntnis nehmen und die Regierung ersuchen, im Sinne dieser Vorschläge das Geeignete zu veranlassen" (Beifall).

Zur Begründung der

Förmlichen Anfrage der Abg. Hartmann und Gen. (Drucks. Nr. 7). Erhebungen über die Notlage der Tabakarbeiter

erhält das Wort

Abg. **Hartmann** (Zentr.):

Am 8. August 1924 — und zwar um die Mitternachtsstunde, kurz vor der Schließung der Landtagsperiode 1923/24 — hat, wie schon der Herr Berichterstatter ausführte, auf Grund eines von dem Herrn Abg. Dr. Schofer gestellten Antrages, der Landtag einen Beschluß gefaßt, durch den die Regierung aufgefordert wurde, Erhebungen über die Notlage der Tabakarbeiter zu veranstalten. Am 4. November 1925 hat dann meine Fraktion unter meinem Namen eine Förmliche Anfrage an die Regierung gerichtet, ob diese Erhebungen schon abgeschlossen seien und ob die Regierung bereit wäre, das Ergebnis dem Landtag vorzulegen; die Frage richtete sich weiter darauf, welche Maßnahmen die Regierung zu treffen gedenke, um der Notlage zu steuern.

Aus den Ausführungen des Herrn Berichterstatters haben Sie schon gehört, daß die Denkschrift sich in weitem Maße über die Notlage der Tabakarbeiter ausspricht. Die Denkschrift stellt wirklich eine großartige Leistung dar und man ist dafür der Regierung und den Männern, die diese Arbeit geleistet haben, zu Dank verpflichtet. Das zusammengetragene Material ist wirklich von so großer Bedeutung, daß es einen über die gegenwärtige Zeit hinausreichenden, dauernden Wert besitzen wird.

Zu Beginn dieser Tagung wurde den Mitgliedern des Hohen Hauses auch eine Broschüre überreicht (sie ist damals im Hause verteilt worden) welche betitelt ist „Die Notlage der badischen Zigarrenarbeiter"; sie beschäftigt sich ebenfalls mit der Lage der Tabakarbeiter Badens und ist vom Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands herausgegeben: Auch das darin zusammengestellte Material wird ja wohl heute mit zur Besprechung stehen dürfen; ich werde verschiedentlich darauf Bezug nehmen.

Einige Äußerungen in der Denkschrift der Regierung bedürfen jedoch der Aufklärung, und ich sehe mich veranlaßt, hierüber einige Bemerkungen zu machen.

Auf Seite 52 der Denkschrift findet sich eine Zahlentafel, die einen Teil der Zusammenstellung unserer badischen Tabakindustrie nach Amtsbezirken bildet. Aus dieser Tafel — dort, wo die Arbeiterzahl des Tabakgewerbes in den einzelnen Orten des Amtsbezirks Wiesloch aufgeführt ist — ersehen Sie, daß der Ort Horrenberg mit einer Einwohnerziffer von 1197 angegeben ist und daß nach dieser Tabelle unter diesen 1197 Einwohnern insgesamt 86 Tabakarbeiter sind, das sind 7,8%. In der gleichen Denkschrift der Regierung sehen wir jedoch auf Seite 223 — wo es sich um die Frage der Tuberkuloseerkrankungen dreht —, daß dort der Ort Horrenberg, als ausgesprochener Sitz von Tabakindustrie bezeichnet wird. Die beiden erwähnten Ausführungen (die ersterwähnte Angabe der Tabelle auf Seite 52 und dann die Bemerkung auf Seite 223) können nicht miteinander übereinstimmen; der Ort Horrenberg ist kein „ausgesprochener" Tabakindustrieort; folglich kann aber auch der günstige Stand der Gesundheit und die verhältnismäßig günstige Ziffer der Tuberkuloseerkrankungen in Horrenberg (die jedes Jahr unter dem Landesdurchschnitt bleibt), nicht etwa angeführt werden, wenn man den Satz mit Beispielen belegen will, auch in ausgesprochenen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Tabakindustrieorten wäre die Tuberkulose nicht sehr stark verbreitet. Hier liegt also ein gewisser Widerspruch vor, und ich möchte nicht unterlassen, darauf aufmerksam zu machen, damit diese Äußerung nicht unwidersprochen ins Land hinausgeht.

Unsere Stellung zur Frage der Tuberkuloseerkrankungen im allgemeinen ist ja klar: Wir haben als Tabakarbeiter noch niemals behauptet, die alleinige Ursache der Erkrankungen an Tuberkulose wäre in der Tabakverarbeitung zu erblicken; noch nie haben wir eine derartige Behauptung aufgestellt! Immer aber haben wir gesagt — und was wir sagten, das beweist ja auch die Statistik —, daß gerade in den großen Tabakindustrieorten am meisten Tuberkuloseerkrankungen und Sterbefälle infolge von Tuberkulose zu verzeichnen sind: Irgend eine Ursache also muß das haben. Nun ist es ja richtig, daß man wohl nicht sagen kann, die Verarbeitung des Tabaks sei die alleinige Ursache (dieser Erkrankungen und Sterbefälle); aber es muß doch ausgesprochen werden: Die Verarbeitung des Tabaks und der geringe aus der Beschäftigung in der Tabakindustrie erzielte Verdienst bedingt eben doch eine ungenügende Ernährung, sie bringt schlechte Wohnungsverhältnisse mit sich: zusammen sind das die Hauptgründe, warum Jahr für Jahr in den Tabakindustrieorten in solch erheblichem Maße Tuberkuloseerkrankungen und Sterbefälle festzustellen sind.

In der Denkschrift wird dann auch noch angeführt, daß unter den Ursachen der Tuberkuloseerkrankungen Inzucht mit eine Rolle spielt, die in den Tabakindustrieorten sehr stark ausgebreitet wäre. Hinter diese Ausführungen möchte ich ein großes Fragezeichen machen; ich möchte behaupten, daß die Inzucht — das Zusammenheiraten von Personen aus dem gleichen Orte — auch in den Tabakindustrieorten nicht größer ist, wie in allen anderen Landorten auch (Zuruf). Die Inzucht wird also in Orten solcher Tabakindustriegegenden genau so stark sein, wie in allen anderen Landorten; ja ich behaupte sogar, daß die Tabakarbeiter infolge ihres Verkehrs mit Kollegen und Kolleginnen aus anderen Orten in viel höherem Maße die Möglichkeit geboten erhalten, der Inzucht aus dem Wege zu gehen und sich Lebensgefährten oder -gefährtinnen aus anderen Gemeinden zu holen als dies bei manchen Landorten anderer Gebiete der Fall sein wird.

Auch bei Besprechung der Erwerbslosenfürsorge in dieser Denkschrift steht auf Seite 136 ein Satz der nicht unwidersprochen bleiben kann. Schon der Herr Berichterstatter hat darauf hingewiesen, die Denkschrift komme zu dem Ergebnis, daß die Gewerkschaftssekretäre den Ämtern und Kammern gegenüber die Interessen der Mitglieder ihrer Organisationen mit einer Energie und Zähigkeit vertreten hätten und vertreten, „die nicht selten zu weit geht". Hier scheint mir die Objektivität nicht ganz gewahrt zu sein. Meines Erachtens hat sich der Verfasser dieses Teils der Denkschrift einseitig orientieren lassen (Sehr richtig! bei den Kommunisten); er hat sich nur von den Beamten der einzelnen Arbeitsämtern einseitig das Material geholt (Sehr richtig!). Mir ist nicht bekannt geworden, daß in dieser Sache auch die „Angeklagten", — das wären in diesem Falle die Gewerkschaftssekretäre — gehört worden seien; ich glaube aber, auch hier darf das Sprichwort Anwendung finden: „Eines Mannes Rede ist keine Rede; man muß sie hören alle beede". Wenn derartige Anschuldigungen in einer von der Regierung herausgegebenen Denkschrift veröffentlicht werden, dann sollte man doch voraussetzen dürfen, daß auch der andere Teil — der „Angeklagte", wie ich vorhin sagte — zuerst gehört werde (Abg. Heurich: Besonders in der Republik!). Die Art, wie durch die Gewerkschaftssekretäre die Interessen unserer Mitglieder vertreten wurden, ist in keinem Falle zu weit gegangen.

Wenn von dem einen oder anderen Arbeitsnachweis behauptet wird, wir wären dagegen gewesen, wenn Vermittlungen von arbeitslosen Tabakarbeitern und -Arbeiterinnen nach anderen Orten vorgenommen werden sollten, dann haben wir meines Erachtens diesen Standpunkt mit vollem Rechte eingenommen, und zwar deshalb, weil wir feststellten, daß in denjenigen Orten, wohin die Arbeiterinnen verpflanzt werden sollten, auch noch arbeitslose Tabakarbeiter vorhanden waren (Hört, hört! beim Zentrum), die aber von den betr. Firmen nicht eingestellt wurden (Hört, hört! bei den Kommunisten), weil es sich teilweise um männliche Arbeitskräfte handelte, die man nicht einstellen wollte, um vielleicht die Rauchzigarren zu sparen, oder weil man der Meinung ist, mit weiblichen Arbeitskräften besser auszukommen. Ich glaube daher, es wird auch in diesem Hohen Hause niemand den Gewerkschaftssekretären einen Vorwurf machen können, wenn sie es verweigern, Arbeitskräfte an Orte verpflanzen zu lassen, wo noch arbeitslose Tabakarbeiter sind, solange diese nicht selbst eingestellt sind (Abg. Heurich: Sehr richtig!).

Es muß daher verlangt werden, daß, wenn man derartig einseitige Darstellungen gibt, man wenigstens den Versuch unternimmt, darüber Klarheit zu schaffen; das ist meines Wissens unterblieben.

Bei der Besprechung der Denkschrift möchte ich noch weiter auf Seite 197 hinweisen, wo eine Reihe von Fällen schlechten Verdienstes angegeben ist. Auch hieran können wir nicht vorbeigehen, ohne eine Bemerkung zu machen und um Aufklärung zu bitten. Es werden da besonders Fälle dargestellt, die als die schlechtesten der einzelnen Orten herausgeschält wurden. Ich weise da besonders auf die Fälle b, c und d hin. Im Falle b wird angegeben, daß 5 Personen in der Familie vorhanden sind und diese 5 Personen mit einem Wocheneinkommen von 11 Mark zu leben haben. Wohl sind noch 30 Ar Ackerland vorhanden, ferner eine Kuh, eine Ziege und Kartoffeln für den Bedarf. — Ich weiß nicht, ob die Kartoffeln, die aus 30 Ar Ackerland — worauf sicher auch noch Getreide gebaut wird — erzielt werden, für die ganze Familie das ganze Jahr ausreichen. Ich bezweifle es; denn soviel erzielt man aus 30 Ar Ackerland nicht (Zuruf von der Bürgerlichen Vereinigung). — In diesem Falle heißt es zum Schluß: „Verhältnisse günstig" (Abg. Schreck: Ein wahrer Hohn, so was!).

Im Falle c sind es nur 2 Personen; sie haben ein Wocheneinkommen von zusammen 6 Mark. Sie haben noch ein Zimmer vermietet, wofür sie pro Monat 2.50 Mark Miete erhalten. Das gibt zusammen 26,50 Mark Einkommen im Monat, womit die 2 Personen auskommen müssen! Auch hier sind 30 Ar Land und ferner ein eigenes Haus vorhanden. Auch hier heißt es: „Verhältnisse günstig".

Im dritten Falle sind 11 Personen zu ernähren mit einem Gesamtwocheneinkommen von 9 Mark im Höchstfalle. Auch hier wird gesagt: „Verhältnisse günstig".

Ich möchte mir nun die Frage erlauben, was andere Schichten unserer Bevölkerung sagen würden, wenn man sie einmal dazu verurteilen wollte, vielleicht ein Vierteljahr lang auch mit einem solchen Wocheneinkommen zu leben, und wenn dann eine Behörde noch sagen würde: „Verhältnisse günstig" (Abg. Ritter: Sehr richtig!). Ich kann mir nicht denken, wie man zu diesem Ausdruck gekommen ist. Es mag sein, daß der Gesamteindruck, den die Beamten bei Besichtigung dieser Familien erhalten haben, ein günstiger war. Ich kann mir aber nicht denken, daß man, wenn der Gesamteindruck, den die Familien auf einen machte, ein günstiger war, dann sagen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

darf: Die Verhältnisse, unter denen die Leute leben, sind günstig. Ich will die Dinge nicht auf die Beamten anwenden, denn auch diese haben oft zu wenig; aber sie werden es verstehen, daß unsere Tabakarbeiter draußen, wenn sie solche Dinge lesen, uns sagen: Dann stellt wenigstens in den Parlamenten einmal einen Antrag, daß sämtliche Gehälter aller Beamten um 50% ermäßigt werden! denn dann würden sie alle noch besser leben können als die Leute, deren Verhältnisse man hier „günstig" nennt. Ich möchte also bitten, daß auch in dieser Frage Klarheit geschaffen wird. Die kritischen Bemerkungen über einige Fälle sollen zwar nicht den Gesamtwert der Denkschrift herabsetzen; ich hielt es aber für notwendig, einige Bemerkungen dazu zu machen, und zwar im Interesse der Sachlichkeit der Denkschrift selbst.

Wenn man bisher der Meinung war, daß die Tabakarbeiter noch so nebenbei Kleinbauern wären, so trifft das für einen sehr großen Teil, ja man kann sagen, für den größten Teil der Arbeiter nicht mehr zu. Sie ersehen das aus den Zahlentafeln Seite 150/157, wo die reinen Proletarier verzeichnet sind, die es bei den Tabakarbeitern gibt: Reine Proletarier, also Leute ohne jeden Grundbesitz, sind es in Seelbach 49,11% aller Tabakarbeiterfamilien. Also rund die Hälfte hat kein Stückchen Land und muß von dem Verdienst aus der Tabakindustrie allein mit der ganzen Familie leben. In Ostringen sind es 29,20 %, in Rauenberg 17,98 % und in Wyhl 3,50%. Sie sehen also: Je länger die Tabakindustrie in den einzelnen Orten ist, desto mehr tritt eine Proletarisierung der Arbeiter ein; denn die Gemarkungen der Gemeinden, in denen die Tabakindustrie ansässig ist, werden nicht größer, aber die Bevölkerungszahl nimmt rapid zu, und ist es nicht möglich, noch eine weitere Verteilung und Parzellierung vorzunehmen, daher auch die Proletarisierung in den Gemeinden mit älterer Tabakindustrie.

Was die Kopfzahl der einzelnen Familien betrifft, die die Regierung in ihrer Denkschrift erfaßt hat, so sehen Sie, daß bei den 9 Familien in Seelbach 76 Köpfe im ganzen oder 8,4 auf eine Familie zu verzeichnen sind, in Ostringen 68 Köpfe oder 7 auf eine Familie, in Rauenberg 57 oder 6,3 auf eine Familie, in Wyhl 55 oder 6,1 auf eine Familie und in Reilingen 47 oder 5,2 auf eine Familie. Es scheint also auch nicht ganz richtig zu sein, was in der Denkschrift steht, daß da, wo der Anteil an Grund und Boden größer sei, auch die Kinderzahl größer wäre als da, wo das Eigentum an Grund und Boden kleiner ist. Denn ich habe Ihnen eben gesagt, daß in Seelbach rund die Hälfte Proletarier sind, kein Eigentum besitzen, daß aber dort die größte Kopfzahl auf die Familie entfällt, also die meisten Kinder vorhanden sind. Es wird also das nicht ganz zutreffend sein, daß mit dem größeren Besitz an Grund und Boden die Kinderzahl sich erhöht, sonst müßte eigentlich im Grunde genommen in Seelbach die kleinste Kinderzahl vorhanden sein; aber hier sehen wir, daß die größte Kinderzahl vorhanden ist. Da wo die zweitmeisten Proletarier sind, in Ostringen, ist die zweitgrößte Anzahl auch an Kindern. Da aber, wo der Besitz an landwirtschaftlichen Grundstücken am größten ist, geht die Kinderzahl zurück, wird sie kleiner. Also stimmt das eigentlich nicht ganz überein mit den Schlußfolgerungen, die in der Denkschrift gezogen worden sind.

Die Zahlen über die in Betrieben beschäftigten Arbeiter weichen in der Denkschrift der Regierung von denen in unserer Broschüre „die Notlage der badischen Zigarrenarbeiter" etwas ab. Die letzteren Zahlen sind entnommen aus dem statistischen Jahrbuch für Baden vom Jahre 1925, stimmen also mit dem Jahrbuch überein. Bei den Erhebungen kommt man aber beiderseits zu dem Ergebnis, daß der Anteil der älteren Arbeiter wesentlich gestiegen ist, während der Anteil der Jugendlichen von 52 % im Jahre 1908 auf 28 % im Jahre 1923/24, also nahezu um die Hälfte herabging. Das ist auf den geringeren Zugang der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zurückzuführen. Die Zahl der männlichen Arbeiter ging von 11 007 1913 auf 7200 oder um ⅓ zurück. Gewaltig gestiegen ist der Anteil der über 21 Jahre alten Frauen, während die unter 21 Jahre alten in der Zahl zurückgingen. Die ersteren, also die über 21 Jahre alten Frauen, machen heute rund 58% aller beschäftigten Tabakarbeiter in Baden aus, während die unter 21 Jahre alten nur noch rund 17,8% der Beschäftigten darstellen. Das ist in der Hauptsache mit auch auf die Aufklärungsarbeit, die die Arbeiterorganisationen in den letzten Jahren geleistet haben, zurückzuführen. Denn wir haben seit Jahren in der Tabakindustrie fortwährend und dauernd mit Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu rechnen. In allen Verhandlungen, Besprechungen und Konferenzen, auch in unseren öffentlichen Versammlungen, ist darauf hingewiesen worden, daß für die jungen Leute eine dauernde Erwerbsmöglichkeit im Tabakgewerbe nicht mehr zu finden ist und wurde ihnen geraten, sich anderen Berufen zuzuwenden. Der beste Beweis dafür, daß wir damit Erfolg erzielten, ist der, daß die Zahl der Jugendlichen sehr gering ist und die älteren Arbeiter heute das größte Kontingent der Beschäftigten darstellen.

Der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter hat im Jahre 1922 im Jahresdurchschnitt 40,5 %, im Jahre 1923 69 %, im Jahre 1924 47,6 % im Reich und 59,3 % in Baden, und im Jahre 1925 bis zum September 34,3 % im Reich und 35 % in Baden Arbeitslose oder Kurzarbeiter gezählt. Also vom Jahre 1922 an bis zum heutigen Tage ständig ⅓ bis ½ aller Tabakarbeiter entweder ganz oder teilweise arbeitslos. Die teilweise Arbeitslosigkeit geht meistens bis auf 24 Stunden in der Woche herab. Es waren also von den Mitgliedern 1922 rund $^{3}/_{4}$, 1923 $^{7}/_{10}$, 1924 $^{3}/_{5}$ und 1925 rund ½ das ganze Jahr hindurch teilweise oder ganz außer Beschäftigung. Im Januar d. Js. — also die ganz neuesten Zahlen — stellen sich die Arbeitslosenzahlen so dar, daß im Sekretariatsbezirk Heidelberg, der die Arbeitsnachweisbezirke Heidelberg, Mannheim und Weinheim umfaßt, Ende Januar 89 % unserer gesamten Mitglieder ganz oder teilweise arbeitslos waren, also nur noch 11 % in voller Beschäftigung waren. Auch in den Bezirken Bruchsal und Lahr lagen die Dinge ähnlich. Die Beschäftigung war dort etwas besser, aber auch dort sehen wir, daß sich die Kurzarbeiter und Arbeitslosen zusammen zwischen 80 und 90 % bewegten. Im Reichsdurchschnitt dagegen waren nur 57 % ganz oder teilweise arbeitslos. Aus unseren Erhebungen, die in der Broschüre „Die Notlage der badischen Zigarrenarbeiter" zusammengefaßt sind, und die in den Monaten Juni und Juli des v. Js. erhoben wurden, sehen Sie, daß dort nicht wie bei der Regierungsdenkschrift nur von einer bestimmten Zahl, also von 5 Orten die Erhebungen gemacht worden sind, sondern daß wir in 29 Orten mit 38 Betrieben und 2250 Arbeitern Erhebungen anstellten. Die Erhebungen in unserer Broschüre haben also einen viel breiteren Boden als die Erhebungen der Regierung und geben m. E. auch über die Beschäftigung und Verdienstmöglichkeiten ein wirklich zuverlässiges Bild und zwar so, wie die Dinge wirklich liegen. Die Erhebungen erstrecken sich über Verdienst, Alter, Geschlecht, Familienstand, Wohnungs- und Gesundheitszustand des erfaßten Arbeiters. Das Ergebnis ist geradezu ein trostloses. Von den 2250 erfaßten Arbeitern haben in einer vollen Arbeitswoche — das betone ich ganz besonders, — verdient bis 10 Mark Wochen-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

verdienst 529 Arbeiter oder 23,5 %, 10—15 Mark Wochenverdienst, 931 Arbeiter oder 41,4 %, 15—20 Mark Wochenverdienst, 597 Arbeiter oder 26,5 % und über 20 Mark nur 193 Arbeiter oder 8,6 %. Es haben also rund 65 % aller erfaßten Arbeiter in einer vollen Arbeitswoche einen Wochenverdienst unter 15 Mark erzielt.

Die Stundenverdienste stellen sich in folgender Weise dar: bis 20 Pfennig die Stunde erzielten 15,2% der Arbeiter, 20—30 Pfennig die Stunde 39,6%, 30—40 Pfennig die Stunde 30,8% und 40—50 Pfennig die Stunde 11,4%, während nur 3% über 50 Pfennig Stundenlohn erzielten, alles bei voller Arbeitswoche. In der Zigarrenindustrie sind mindestens 90% aller beschäftigten Arbeiter Akkordarbeiter. Und diese Löhne, dieser Stundenverdienst wurde erzielt bei Akkordarbeit. Nicht aber, daß man der Meinung sein soll, daß in der Zigarrenindustrie in der Hauptsache junge Mädchen beschäftigt wären, wie es früher geheißen hat, die nach ihrer Verheiratung dann aus der Fabrik ausscheiden. Das trifft nicht zu.

Sie werden das aus folgenden Zahlen ersehen. Es waren von den 2250 Arbeitern bis 17 Jahre alt nur 9,8 Prozent, 17—20 Jahre 14,2 Prozent, 20—30 Jahre 33 Prozent und über 30 Jahre 43 Prozent. Also 76 Prozent aller erfaßten Arbeiter waren über 20 Jahre alt, also über ¾ aller Beschäftigten. Ähnlich liegt es auch, wenn wir die Frage stellen, wieviele davon sind ledig und wieviele verheiratet. Von den 2250 erfaßten Arbeitern waren rund 49 Prozent verheiratet und davon 16,8 Prozent männliche Arbeiter. Sie sehen also, daß es nicht richtig ist, wenn man immer nur von jungen Mädchen im Zigarrengewerbe redet, sondern daß heute die größte Zahl ältere Arbeiter sind, und auch die Hälfte mindestens verheiratet sind. Stellt man diesen Zahlen die erzielten Stundenverdienste gegenüber, so sieht man, daß nicht einmal alle männlichen Arbeiter einen Stundenlohn von 40 Pf. erzielt haben (Abg. Schreck: Hört, hört!). Also die Stundenlöhne sind nicht nur allein weibliche Stundenlöhne, sondern die männlichen Arbeiter bleiben teilweise unter 40 Pf. Stundenlohn zurück. Immer gesagt bei Akkordarbeit.

Geradezu trostlos sieht es mit den Wohnungsverhältnissen aus. Von den 2250 Arbeitern sind 1102 verheiratet, also ungefähr die Hälfte und von den Verheirateten haben 526 eigene Wohnung und 565 Mietwohnungen, also auch hier ungefähr die Hälfte eigene Wohnung und die andere Hälfte Mietwohnung. Von den Verheirateten haben 552 ein bis zwei Kinder unter 15 Jahren, 189 3—4 Kinder unter 15 Jahren und 52 haben mehr als 4 Kinder unter 15 Jahren, 299 haben keine Kinder unter 15 Jahren, teilweise, weil sie noch nicht lange verheiratet waren, also noch keine Kinder hatten und teilweise, weil die Kinder schon über 15 Jahre hinausgewachsen waren, also ältere Kinder vorhanden sind. Die Wohnungsverhältnisse sehen Sie am besten in unserer Broschüre, wo dargestellt ist, wieviel Räume die einzelnen Familien bewohnen. 1 Raum einschl. Küche haben nur 118 Familien, 2 Räume einschl. Küche 325 Familien, 3 Räume einschl. Küche 488 Familien, 4 Räume einschl. Küche 135 Familien, mehr als 4 Räume 17 und ohne Wohnung sind 19 Familien. Was die Wohndichtigkeit anbelangt, die mit eine Hauptursache für die Ausbreitung der Tuberkulosegefahr darstellt, sehen Sie, daß einen Raum bewohnen 37 Familien mit 2 Köpfen, 49 Familien mit 3 Köpfen, 22 Familien mit 4 Köpfen, 3 Familien mit 5 Köpfen und 4 Familien mit 6 und mehr Köpfen (Hört, hört!). Alle diese wohnen in einem Raum einschl. Küche, wo sich das ganze Leben abspielt, es wird hier gekocht, gegessen, geschlafen, gewaschen und auch vielleicht die vorhandenen Vorräte aufgespeichert. 2 Räume einschl. Küche haben 87 Familien mit 4 Personen, 31 Familien mit 5 Personen und 18 Familien mit 6 und mehr Personen (Zuruf des Abg. Schreck: Sie reden nichts von Rußland heute?). Wie meinen Sie, Herr Kollege? (Zuruf des Abg. Bock: Sie reden so wenig von Rußland!). Ich behaupte, im Gegensatz zu der Denkschrift, wo es heißt, daß die Wohnungsverhältnisse in der Stadt vielfach schlechter wären, als auf dem Lande, schlechter als bei den Tabakarbeiterfamilien, daß die Wohnungsverhältnisse, wie sie in den Tabakindustrieorten teilweise sind, mit zu den schlechtesten auch in den Städten zu rechnen sind (Sehr gut! rechts).

Es ist begreiflich, wenn die Gesundheitsverhältnisse ebenfalls tief traurige sind. Von den 2250 Personen wurden 1066 Krankheitsfälle von den letzten 3 Jahren gemeldet. Abgesehen von den verschiedensten Sammelkrankheiten sind Lungenleiden und Tuberkulose am häufigsten aufgetreten.

Während aus unseren Erhebungen, wie ich eben anführte, die Stunden- und Wochenverdienste der Arbeiter zu ersehen sind, hat die Regierung Gewicht darauf gelegt, das Familieneinkommen in ihren Erhebungen zu erfassen. Wenn dieses auch sonst bei Beurteilung der Lohn- und Gehaltshöhe nicht üblich ist, zeigt diese Darstellung zwingend das große Elend und die Not der Tabakarbeiter. Hiernach stellt sich das von allen Familienangehörigen erzielte Einkommen zwischen 3 und 7 Mark auf Kopf und Woche und im Durchschnitt aller von den Erhebungen erfaßten auf 4,47 M. auf Kopf und Woche der zu ernährenden Personen. Es ist begreiflich, wenn unter so kümmerlichen Einkommensverhältnissen in vielen Tabakarbeiterfamilien keine Bettwäsche, keine Kleider, keine Schuhe, vorhanden sind, daß die Kinder oft infolge Mangels an Kleidern und Schuhen nicht zur Schule gehen können. Es ist verständlich, wenn es bei vielen Tabakarbeitern wochenlang nicht möglich ist, ein Stückchen Fleisch auf den Tisch zu bringen. Es ist ein Elend, das als Massenelend bezeichnet werden muß, an dem sowohl die Regierung, als auch die Volksvertretung nicht achtlos vorübergehen kann (Sehr richtig!).

Die badischen Tabakarbeiter stellen einen großen Teil der badischen Bevölkerung dar und wenn unter diesem großen Teil ein solches Massenelend vorhanden ist, hat die Regierung und die Volksvertretung die Pflicht, Mittel und Wege zu suchen, daß es besser wird. Was hiegegen geschehen soll, hat die Regierung in ihrer Denkschrift zum Schlusse teilweise angeführt. Sie macht verschiedene Vorschläge, ich weiß aber nicht, ob diese Vorschläge zurzeit durchführbar sind. Gewiß wird das eine oder andere versucht werden können, aber das, was am durchschlagendsten helfen könnte, ist zurzeit unmöglich, nämlich eine andere Beschäftigungsmöglichkeit zu schaffen. Wenn wir in einer Zeit der wirtschaftlichen Hochkonjunktur stehen würden, wäre es vielleicht leichter möglich, andere Industrien in jene Tabakindustriegegenden zu verpflanzen. In einer Zeit jedoch, in der die Wirtschaft allgemein so sehr darniederliegt, in der, wie wir das tagtäglich sehen, auch in anderen Industriezweigen, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit einen immer größeren Umfang annehmen, wird es meines Erachtens nicht möglich sein, andere Industrien in die hier in Betracht kommenden Gebiete zu verpflanzen.

Ausdrücklich aber möchte ich hier betonen: Was die Tabakarbeiter wollen, das ist nicht etwa Unterstützung, sondern das ist Arbeit. Mit Unterstützungen allein ist den Tabakarbeitern nicht gedient. Gerade so, wie das manchmal vom Mittelstand

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

berichtet wird, scheut man sich auch in den Kreisen der Tabakarbeiter vielfach, überhaupt Unterstützungen zu beanspruchen; viel lieber würde man von den Rathäusern fernbleiben als hinzugehen, zu stempeln und Unterstützungen zu beantragen (Zuruf von der Bürgerlichen Vereinigung).

Demjenigen, was in dem Vorschlage der Regierung unter Ziffer 1 gesagt ist und was sich mit der Tabaksteuer beschäftigt, können wir selbstverständlich voll und ganz zustimmen. Unseres Erachtens ist es ausschließlich die Ruhe und Stetigkeit hinsichtlich der steuerlichen Belastung, welche endlich wieder einmal dem Tabakgewerbe den Aufstieg bringen kann. Ja, ich gehe noch weiter und sage, daß besonders die Steuererleichterungen für billige Zigarren eine wesentliche Besserung bringen könnten; von einer solchen würden dann auch die Tabakpflanzer profitieren. Schon lange halten wir es für ein Unrecht, daß für jede Zigarre — ganz gleichgültig, ob sie (drücken wir uns einmal so aus) von dem allerärmsten der deutschen Volksgenossen geraucht wird oder ob einer der Angehörigen der oberen Zehntausend sie verbraucht — hinsichtlich der prozentualen Belastung eine genau gleichhohe Steuersumme bezahlt werden soll. Denn einmal ist der Zollsatz für die eingeführten Tabake durchweg gleich hoch, er stellt also nicht etwa eine Sonderbelastung für die teuereren Sorten dar; dann hat auch die Banderolesteuer eine durchweg gleiche Höhe, nämlich 20 v. H. des Kleinverkaufspreises. In dieser Art der Besteuerung von Tabakfabrikaten liegt unseres Erachtens eine Ungerechtigkeit, wie wir sie uns größer gar nicht denken können. Hier müßte entweder eine Degression oder eine Progression in der Weise Platz greifen, daß die billigeren Sorten (Zurufe links, u. a. von Abg. Rückert; Redner darauf): Das haben wir auch schon in Berlin gesagt, Herr Kollege! Das haben wir überall gesagt (Zuruf links: Wer hat denn seinerzeit für die gleichmäßige Besteuerung gestimmt?). Herr Kollege Rückert, auch Ihre Partei hat im Jahre 1919 im Reichstag den Tabakzoll auf 130 M. miterhöhen und 20 Prozent Banderolesteuer schaffen helfen, als Sie mit in der Reichsregierung waren (Zurufe von der Bürgerlichen Vereinigung). Es ist nämlich etwas ganz anderes, wenn man mit in einer Regierung ist, als wenn man sich außerhalb der Regierung befindet (Abg. Ritter: Gleiche Brüder, gleiche Kappen! — Zurufe rechts). Es wäre besser gewesen, dieser Ihr Zwischenruf wäre nicht gekommen! Denn die 130 M. Zoll auf Auslandstabak und 20 Prozent Banderolesteuer wurden sogar von einem Mitgliede Ihrer Partei als Berichterstatter und wurden von Ihren Kollegen unter den Gewerkschaftssekretären im Reichstage mitvertreten (Zurufe aus der Mitte: Auch die Banderolesteuer!). Gewiß, auch die Banderolesteuer, die gleichmäßige Belastung mit 20 Prozent! Auch diese wurde, als Sie in der Reichsregierung waren, von Ihnen mitbeschlossen! (Abg. Ritter: Sie haben eben ein schlechtes Gedächtnis!). Diese Banderolesteuer ist mit Hilfe der Sozialdemokratie geschaffen worden. Die Verantwortung in dieser Hinsicht trifft also beide Parteien, sowohl die Sozialdemokratie als das Zentrum, die damals gemeinsam in der Regierung waren. —

Aber darauf wollte ich ja gar nicht eingehen, sondern ich wollte nur das Unrecht schildern, das in der erwähnten Art der Besteuerung von Tabakfabrikaten liegt.

Nun sind es doch vor allen Dingen die deutschen Tabakpflanzer und unter diesen vornehmlich wieder die badischen, die fortwährend eine andere Gestaltung der Zollbelastung beantragen; hierzu möchte ich folgendes sagen. Jede Zollbelastung und jede Steuererhöhung, die über das vorhandene Maß hinausgeht, bedeutet eine Verteuerung der Ware; jede Verteuerung der Ware aber bedingt einen Rückgang des Verbrauchs; je größer dann der Rückgang im Verbrauch von Tabakfabrikaten wird, desto weniger werden die deutschen Tabakpflanzer in der Lage sein, ihre Ware abzusetzen: also müßten Sie (zu Abg. Klaiber gewendet) sich gemeinsam mit uns in dem Bestreben zusammenfinden, eine andere Besteuerungsart oder besser gesagt: eine andere Banderolierung für die billigen Sorten von Zigarren herbeizuführen. Könnten wir es durchsetzen, daß bei solchen Zigarren, die zu einem Drittel aus Inlandstabak hergestellt werden, die also in diesem Verhältnis mit Inlandstabak gefüllt sind — denn nur Füll-Material, sogenannte „Einlage", kann ja in der Hauptsache in Betracht kommen — die Banderolesteuer nicht, wie schon erwähnt, 20 Prozent, sondern, sagen wir einmal etwa 12 Prozent betragen würde, so würde das hinsichtlich der Preisgestaltung eine wesentliche Entlastung bedeuten; selbstverständlich würde damit auch eine Steigerung des Konsums herbeigeführt werden. Würde man die Grenze für die Füllung mit Inlandstabak bis zur Hälfte des Gewichtes hinaufsetzen, dann müßte die Steuer von 20 Prozent auf 10 Prozent des Kleinverkaufspreises herabgesetzt werden. Daß eine Verbilligung der Produkte herbeigeführt wird, können wir nur auf diesem Wege erreichen, wie ich Ihnen angedeutet habe — nicht aber durch Zollerhöhung; denn jede Zollerhöhung bedeutet eine Verteuerung, nicht eine Verbilligung. In einem solchen Vorgehen, wie ich es empfohlen habe, läge ein Anreiz für die Hersteller von Tabakfabrikaten, also für die Arbeitgeber des Zigarrengewerbes, in höherem Umfange gerade deutschen Tabak zu verarbeiten; denn in je größerem Maße sie solche deutschen Tabake als Füllmaterial in die Zigarre hineinstecken, um so leichter und um so mehr hätten sie Steuerermäßigung zu erwarten: das würde sich dann sicherlich auch zugunsten der Tabakpflanzer auswirken, denn diese könnten dann besser, leichter und in erhöhtem Umfange ihre Tabake an den Mann bringen.

Nun war im Haushaltsausschuß bei Beratung dieser Denkschrift der Herr Kollege Klaiber auch der Meinung, drei, vier bis fünf Mark Zollerhöhung auf gewisse Zigarren würden nicht so sehr ins Gewicht fallen und deshalb könne man noch nicht vor einer „Verteuerung" wesentlicher Art sprechen. Schon im Ausschuß habe ich dem Herrn Kollegen Klaiber gesagt: Wenn die Arbeitgeber eine Lohnerhöhung auch nur um 20 oder 30 Pfennig ablehnen und diese Ablehnung den Arbeitern gegenüber mit der Behauptung begründen, sie könnten die aus dieser Lohnerhöhung sich ergebende neue Last in der gegenwärtigen Zeit nicht tragen, dann muß es doch für die Industrie noch etwas ganz anderes bedeuten, wenn allein an Zollbelastung weitere 3, 4 oder 5 Mark hinzukommen. Denn diese drei, vier oder fünf Mark wirken sich am Ende doch wieder an einem anderen Punkte aus. Aus den Darlegungen der Regierungsdenkschrift können sie ja entnehmen, in welcher Weise sich die Preise zusammensetzen und wie die einzelnen Preisfaktoren bei den Endpreisen schließlich zur Auswirkung gelangen. Daraus ersehen Sie, daß 12 bis 20 Prozent des Kleinverkaufspreises die Aufwendungen für Rohmaterialien darstellen, und nun bedenken Sie: Wenn der Zoll für diese Rohmaterialien plötzlich um drei, vier oder fünf Mark erhöht würde, so würde das eine Erhöhung um mindestens ein Viertel bis zu einem Drittel gleichkommen; diese Erhöhung von einem Viertel bis zu einem Drittel wirkt sich aber natürlich auch im Endeffekt aus, weil doch alle andern Faktoren, die hinsichtlich ihrer Gestaltung auf diesem Preisbestandteil ruhen, sich in gleicher Weise mitsteigern.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Dann wird also die Zigarre, wenn sie ab Fabrik ausgeht, mehr als um 5 M. teuerer. Wenn aber die Zigarre schon am Rohmaterial um 5 M. teuerer ist, wird selbstverständlich auch der Unternehmer seinen Gewinn und den Gesamteffekt des gesteigerten Rohmaterialpreises einkalkulieren müssen; weiter aber wird er auch die erhöhten Ausgaben an Bankzinsen einkalkulieren müssen, die auf den erhöhten Rohmaterialpreisen ruhen; dann wird sich die Ausgabe um ¼ bis zu ⅓ erhöhen; denn selbstverständlich erhöhen sich auch die Bankzinsen um ein Drittel oder um ein Viertel.

Es wird sich weiter erhöhen auch die Banderolesteuer, weil der Verkaufspreis ein anderer wird, wenn der Preis ab Fabrik anders ist, und es wird sich weiter erhöhen der Nutzen des Kleinhändlers, der eben doch im Durchschnitt 30 bis 33 Prozent des Kleinverkaufspreises einstecken wird. Es würde also im Endeffekt auch eine Verteuerung der Zigarre um ⅓ bis zu ¼ herauskommen, und das würde einen weiteren Rückgang des Verbrauchs und dadurch eine Verschlechterung der Absatzmöglichkeit auch für den deutschen Tabakbauern bedeuten.

Die Unterstützungsfrage für die arbeitslosen und kurzarbeitenden Tabakarbeiter ist ja nun in zufriedenstellender Weise erledigt, wenn es auch manchmal wochenlang dauert, bis die Leute zu ihrer Unterstützung kommen. Ich habe gerade gestern wieder von einer Ortsgruppe eine Karte bekommen, worin mir mitgeteilt wird, daß die Leute jetzt schon in der fünften Woche arbeitslos sind und noch keine Unterstützung erhalten haben (Hört! hört!). Sie können sich denken, welches Elend da in solchen Kreisen einreißt, wenn die Leute solange auf Unterstützung warten müssen. Ich möchte nur wünschen — und diesen Wunsch richte ich an die badische Regierung —, daß, wenn der Antrag des Steuerausschusses des Reichstages, der auch im Hauptausschuß Annahme fand, nun im Reichsrat zur Beratung kommt, die badische Regierung nicht gegen diesen Antrag stimmt, sondern ihn befürwortet, um so mehr, als er ja eigentlich das bringt, was wir als Gewerkschaftsorganisationen vom badischen Staat verlangt haben, nämlich daß, wenn die Fürsorgeverbände die Kurzarbeiterunterstützung für die Tabakarbeiter einführen, 10 Prozent, also die Hälfte des Aufkommens, auf Staatskosten übernommen werden sollen. Nun ist ja in dem Antrag, der im Reiche behandelt wird, enthalten, daß das Reich nicht nur 80, sondern 90 Prozent der gesamten Unterstützungssumme für Kurzarbeiter zurückvergütet, womit dem entsprochen wird, was wir von der badischen Regierung gewünscht haben. Ich hoffe, daß die badische Regierung im Reichsrat diesem Beschluß nicht entgegenstehen wird.

Alles in allem: Die Not in den Tabakarbeiterfamilien ist nun schon jahrelang eine fast unerträgliche, und es muß endlich einmal mehr getan werden, als nur zu reden und Worte zu machen. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, die eine dauernde und durchgreifende Besserung bringen.

Vor allem wäre zu überlegen — und ich möchte da auch die Regierung bitten, sich das besonders zu überlegen —, ob es nicht durchführbar wäre, eine Sperre von vielleicht zwei oder drei Jahren auszusprechen, in denen keine neuen Arbeitskräfte mehr in der Zigarrenindustrie aufgenommen werden dürfen. Ich halte es für besser, man läßt keinen neuen Zuzug herein, als daß man die schon Angelernten anderswohin verpflanzt (Abg. Ritter: Zwangsarbeit!). Keine Zwangsarbeit! Würden wir den Zuzug sperren, dann würden wir die 8000 bis 10 000 Arbeiter, die wir im Zigarrengewerbe zuviel haben, bald abgestoßen sehen durch den natürlichen Abgang, der jedes Jahr eintritt. Würde also kein neuer Zustrom kommen, sagen wir einmal: auf die Dauer von drei Jahren, dann würden wir, davon bin ich fest überzeugt, auf eine Arbeiterzahl kommen, die die Industrie tragen könnte.

Es wäre weiter zu erwägen — wie ich auch schon im Haushaltsausschuß gesagt habe —, ob nicht doch in der Gegend von Eichtersheim im Angeltal, Bezirk Sinsheim, eine Farbenfabrik erstellt werden könnte zur Ausbeute der dort vorhandenen sehr günstigen, wie mir mitgeteilt worden ist, Erdfarblager. Ich meine, man sollte alle Möglichkeiten ergreifen, um Beschäftigung zu schaffen. Wenn dort tatsächlich so günstige Erdfarblager vorhanden sind, dann sollte man vielleicht doch den Versuch unternehmen, eine derartige Fabrik ins Leben zu rufen.

Ich habe weiter im Haushaltsausschuß angeregt, ob es nicht möglich wäre, eine Verhüttung der Erze, die im Amtsbezirk Wiesloch zwischen Baiertal, Altwiesloch und Dielheim gewonnen werden, an Ort und Stelle vorzunehmen; das dortige Werk hat ja im letzten Jahre erhebliche Erweiterungsbauten durchgeführt. Ich weiß wohl, daß die Mengen, die gewonnen werden, nicht ausreichen. Aber so gut man nach anderen Hüttenwerken Erze von anderen Gegenden befördern kann, müßte es auch möglich sein, in diese Gegend Erze von anderen Gegenden zu bringen, so daß man für das dort vorhandene Erz mit Zuschuß aus anderen Gebieten vielleicht doch an eine Verhüttung denken könnte. Und wenn einmal eine Verhüttung des Erzes dort stattfinden würde, wäre es mit Leichtigkeit möglich, auch andere Industrien in dieser Gegend anzusiedeln.

Hoffen wir, daß die Aktion, die durch die Erhebungen bei den Tabakarbeitern vorgenommen wurden, sich im Interesse der Besserstellung Tausender von badischen Volksgenossen fruchtbar zeigen wird, und daß endlich einmal etwas Positives geschaffen wird zugunsten der schon seit Jahren notleidenden badischen Tabakarbeiterschaft (Beifall beim Zentrum).

Im Verlauf obiger Ausführungen hat I. Vizepräsident **Maier** den Vorsitz vorübergehend übernommen.

Präsident des Gewerbeaufsichtsamts, Ministerialrat Dr. **Engler**:

Die Förmliche Anfrage ist ja in Punkt 1 und 2 erledigt: Die Erhebungen sind abgeschlossen, und die Regierung hat das Ergebnis der Erhebungen in ihrer Denkschrift dem verehrlichen Landtag vorgelegt.

Zu Ziffer 3:

> Ist die Regierung in der Lage und gewillt, der Notlage zu steuern und entsprechende Maßnahmen zu treffen, um in den Tabakindustriegebieten andere Arbeitsgelegenheiten schaffen zu helfen?

habe ich folgendes zu antworten:

Die badische Regierung wird für eine Stetigkeit in der Tabakbesteuerung eintreten. Die Frage des Wertzolls für Auslandstabak wird geprüft. Industrieverlegungen nach den Tabakarbeiterorten werden soweit wie irgend möglich gefördert. Die Hebung des Ertrags von landwirtschaftlichen Nebenbetrieben wird versucht werden in Verbindung mit landwirtschaftlichen und anderen genossenschaftlichen Organisationen.

Um der augenblicklichen Notlage abzuhelfen, hat man bisher schon in weitherziger Auslegung der gegebenen Bestimmungen Arbeitslosen und Werksbeurlaubten Unterstützung gewährt. In der letzten Zeit wird auch den Tabakarbeitern,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

die Kurzarbeit leisten, Unterstützung aus den Mitteln der Tabaksteuer gewährt.

Das zur Beantwortung der Frage.

Wenn der Herr Präsident gestattet, würde ich auch noch ein paar kurze Bemerkungen machen. —

Der Herr Abg. Hartmann hat an der Broschüre verschiedene Aussetzungen gemacht. Sie haben sich ja nicht gegen die Tendenz der Broschüre, sondern nur gegen einige nebensächliche Bestimmungen gewendet. Er hat darauf hingewiesen, daß auch der christliche Tabakarbeiterverband eine Erhebung gemacht und das Ergebnis in einer Broschüre zusammengefaßt hat. — Ich will natürlich nicht in eine Kritik dieser Broschüre eintreten, ich möchte nur bemerken, daß man statistische Angaben immer von irgend einer Seite her anzweifeln kann. Zunächst möchte ich feststellen, daß wenn am Schlusse der Broschüre nachgewiesen ist, daß die Tabakarbeiter im allgemeinen sich in einer schweren Notlage befinden, daß sich daraus als selbstverständlich ergibt, daß, wenn irgendwo von günstigen Verhältnissen gesprochen ist das ganz relativ zu nehmen ist, eben günstig unter den Tabakarbeitern; dann ist das günstig nicht auf die Lohnverhältnisse allein zu beziehen, sondern auf die ganzen Verhältnisse der Familie. Die Personen, die die Erhebungen in den Einzelorten gemacht haben, haben sich dort mit dem Bürgermeister, dem Geistlichen, Lehrer und anderen Personen in Verbindung gesetzt und haben gefragt: Wo sind Familien, bei denen die Verhältnisse ausnahmsweise schlecht sind, wo sind solche, bei denen sie aus irgend welchen Gründen günstig sind, und wo sind solche, bei denen die Verhältnisse normal sind. Nur so ist das „günstig", „mittelmäßig" und „ungünstig" zu verstehen. Es ist auch eine bekannte Tatsache, daß selbst bei gleichem Einkommen die Familienverhältnisse in dem einen Fall ungünstig sein können und in einem anderen Falle günstig. Da können die Fähigkeiten der Frau als Hausfrau, Eigenschaften des Mannes, die Grundbesitzverhältnisse, die Eigentumsverhältnisse an einem Haus, alles das kann mitspielen, um die Verhältnisse günstig oder ungünstig zu gestalten.

Dann hat der Herr Abg. Hartmann angezweifelt, ob der Satz richtig sei, daß mit dem Grundbesitz die Kinderzahl steige, und er hat angeführt, es sei nicht richtig, denn in Seelbach hätten die Tabakarbeiter am wenigsten Grundbesitz, und dort sei im Durchschnitt die Kinderzahl am höchsten. Ich bitte, den Satz auf Seite 149 einmal richtig zu lesen. Dort heißt es: „Von größter Bedeutung ist die Tatsache, daß mit dem steigenden Grundbesitz die Kinderzahl zunimmt. In allen Gemeinden ist die Kinderzahl der besitzlosen Familien zwei und weniger. Mit dem Grundbesitz von 1—5 Ar steigt sie in Seelbach auf nahezu das doppelte."

Also innerhalb jeder Gemeinde ist festgestellt, daß die Tabakarbeiter, die keinen Grundbesitz haben, eine geringere Kinderzahl haben als diejenigen, die über Grundbesitz verfügen. Dabei kommen natürlich die anderen Faktoren auch noch mit in Betracht, und so ergibt sich, daß unter den gleichen Verhältnissen in Seelbach die Kinderzahl höher ist als an anderen Orten. Aber die Tatsache trifft auch für Seelbach zu, daß dort die Tabakarbeiter, die keinen Grundbesitz haben, eine geringere Kinderzahl haben als die anderen. Daß in unserer Denkschrift in manchen Punkten sich andere Zahlen ergeben als in der Broschüre des christlichen Tabakarbeiterverbandes, ist richtig, weil die Erhebungen sich auf verschiedene Zeiten erstrecken. Ich möchte auch bemerken, daß natürlich eine Denkschrift einer Regierung, die auf amtliches Material aufgebaut ist, immer etwas anders aussehen wird als eine Denkschrift, die von einer Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerorganisation ausgearbeitet wird.

Ich möchte aber auch den Vorwurf zurückweisen, als hätte man einseitig nur die eine Seite gehört. Über die Stelle in der Denkschrift, die sich gegen die Gewerkschaftssekretäre richtet, die vielleicht etwas anders hätte gefaßt werden können, will ich mich nicht weiter auslassen, das ist in persönlicher Aussprache geschehen. Im übrigen sind die Gewerkschaftssekretäre eingehend gehört worden und kann von einer einseitigen Orientierung nicht gesprochen werden. Die mit der Erhebung betrauten Personen sind an den Orten, wo die Erhebungen gemacht worden sind, mit allen maßgebenden Stellen in Verbindung getreten. Ich glaube, man dient der Sache nicht, wenn man aus der Broschüre einzelne vermeintliche oder wirkliche kleine Unrichtigkeiten herausstellt. Die Broschüre gibt ein so reichhaltiges wirtschaftliches Material, daß auch Gewerkschaftssekretäre, nicht nur die der Tabakarbeiter, sondern aller Berufe außerodentlich viel daraus gewinnen können für ihre Tätigkeit.

Zu den Wünschen des Herrn Abg. Hartmann möchte ich bemerken: Bezüglich der Errichtung eines Hüttenwerks wollen wir uns doch da gar keiner Illusion hingeben. Es fehlen hier alle Voraussetzungen. Das Erz, das wir in Baden graben, ist so gering in seiner Menge, daß ein eigenes Hüttenwerk dafür gar nicht in Frage kommen kann. Denken wir nur an die Verkokungsanstalten und alles mögliche, was mit den Hüttenwerken in Verbindung steht. Also daran ist gar nicht zu denken. Das Erdfarblager wollten bis jetzt merkwürdigerweise, wie ich noch im Laufe des heutigen Tages feststellen konnte, immer nur solche Leute ausbeuten, die selbst kein Geld haben und der Meinung sind, andere sollten das Geld dazu geben. Solange aber nicht jemand mit eigenem Geld daran geht, wird dieses Erdfarblager nicht ausgenützt, weil dieses Material heute angesichts der fortgeschrittenen chemischen Herstellung der Farben gar keine Rolle spielt. Also auch darauf können wir leider keine Hoffnungen setzen, sondern wir müssen andere Mittel suchen, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Das Wort erhalten weiter

Abg. Frau **Blase** (Sozdem.):

Vor wenigen Tagen haben wir uns mit einer Denkschrift der Regierung beschäftigt, wonach Maßnahmen zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit getroffen wurden. Es ist selbstverständlich, daß sich der Landtag heute einer Arbeiterkategorie zuwendet, die unter schweren wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden hat, und ich komme nunmehr zu einigen Sätzen, die meiner Ansicht nach nicht vom ganzen Hause unterstützt werden, wobei ich nicht unerwähnt lasse, daß die Erhöhung des Tabakzolles und der Tabaksteuer durch die Reichsregierung die traurige Folgeerscheinung ist. Ein sozialdemokratischer Antrag, wonach den Arbeitslosen im Tabakgewerbe die nötige Hilfe gebracht werden sollte, wurde unter dem Druck des Rechtskurses, wobei auch die christlichen Arbeitervertreter halfen, abgelehnt. An dessen Stelle wurde eine Bestimmung in § 8 des Gesetzes geschaffen, die erstens zu spät in Kraft trat und zweitens für die arbeitslosen Tabakarbeiter völlig unzureichend ist. Der Monat August v. J. ist somit eine denkwürdige Zeit für das Tabakgewerbe. Die ungünstigen Steuergesetze wurden trotz heftigen Widerspruchs der Sozialdemokratie geschaffen. Auch ein Antrag der Demo-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

traten, die Tabaksteuervorlage bis zum Herbst zu verschieben, wurde abgelehnt, und so traten die neuen Zollsätze zum Schaden aller in der Tabakbranche Beschäftigten am 16. August 1925 in Kraft. Eine in Aussicht stehende Not war auf Grund dieses Gesetzes vorauszusehen. Im Steuerausschuß wurde ein Antrag der Sozialdemokraten, ausreichende Unterstützungsbestimmungen herbeizuführen, wofür auch dort die christlichen Gewerkschaften stimmten, angenommen. Jedoch die Regierungsparteien führten die Streichung des wohlgemeinten Antrags herbei, worauf ich anfangs schon hinwies und legten einen völlig ungenügenden Gesetzentwurf vor, der den in Not geratenen Tabakarbeitern nicht die nötige Hilfe bringt. Eine solche von der Reichsregierung einsetzende Hilfe auf Grund des in Kraft tretenden Tabaksteuergesetzes kommt mir gerade vor als eine Politik des Dr. Eisenbarth. Man schafft Gesetze, welche die Not herbeiführen, und dann wieder Gesetze, die Not abzuwenden, und entdeckt dann eine Unzulänglichkeit. Es entsteht daher die furchtbare Not der schaffenden Stände in der Tabakbranche in Deutschland und besonders auch bei uns in Baden. Schon am 31. Juli v. J. wurde auf einer Tagung in Bruchsal, welche auf Anregung des Ministeriums des Innern einberufen wurde und wo Vertreter der Gewerkschaften, sowie Vertreter von Gemeinden, in welchen vorwiegend Tabakarbeiter beschäftigt sind, anwesend waren. Dort wurde schon die Arbeitslosigkeit als geradezu furchtbar geschildert. Gleichzeitig wurde eine Verpflanzung der Arbeitskräfte nach anderen Landesteilen in Erwägung gezogen. Allein im Bezirk Bruchsal und Heidelberg waren damals schon 3000 unterstützungsberechtigte Tabakarbeiter vorhanden. So nahm insbesondere die Kurzarbeit immer größeren Umfang an, die sich ganz besonders bei den weiblichen Arbeitskräften bemerkbar machte. Es waren zu verzeichnen im September 1925 1769 männliche, 5535 weibliche, zusammen 7304 und im Oktober 1925 — da hatten die männlichen etwas abgenommen — waren zu verzeichnen 1318 männliche und 6704 weibliche, zusammen 8022 Kurzarbeiter. Die Folgen des Tabaksteuergesetzes brachten dem Gewerbe weiteren Lohnausfall. Nach einigen Wochen waren folgende Zahlen festzustellen: 1628 männliche und 12 675 weibliche, zusammen 14 303, und im Dezember 1925, da waren es 2410 männliche und 13 588 weibliche, zusammen 15 998 Kurzarbeiter. Auch aus der Zusammenstellung des Gewerbeaufsichtsamts geht deutlich hervor, wie besonders Frauen in diesem Gewerbe tätig sind. Wie der Herr Berichterstatter schon betonte, stehen 7200 männlichen Arbeitern 30 153 weiblichen gegenüber, während die Zahlen der arbeitenden Männer auf den Stand von 1893 zurückgegangen ist, hat sich die Zahl der Arbeiterinnen verdoppelt, besonders sei der Aufstieg im Jahre 1924 sprunghaft in die Höhe gegangen.

Für den weiblichen Körper wirkt meiner Ansicht nach die Tätigkeit dieses Gewerbes ungünstig, der ganze Organismus ist in ungesunder Weise in Mitleidenschaft gezogen, besonders bei schwangeren Frauen ist diese Arbeit direkt schädlich, eine gesunde Nachkommenschaft ist dadurch nicht zu erzielen und so könnte man es begrüßen, wenn sich die weiblichen Arbeitskräfte in dieser Branche besonders bei den verheirateten Frauen vermindern; jedoch die Not und das Elend treibt Tausende von Frauen und Mädchen diesem Berufe zu. Der Lohn des Mannes ist gering, der Existenzkampf schwer, daher sind die Frauen leider gezwungen, mit zu verdienen, um das Haushaltungsbudget einigermaßen zu verstärken. Aus dem Berichte des Gewerbeaufsichtsamtes geht ferner hervor: im Jahr 1924 waren in 1143 Betrieben 40 218 Arbeiter beschäftigt und davon rund 75 % weibliche Arbeitskräfte.

Auch die anfänglich große Zahl jugendlicher Arbeiter in dieser Branche war sicherlich nicht erfreulich. Ein in der Denkschrift angeführter Rückgang ist daher unsererseits zu begrüßen.

Ich möchte ferner anführen, daß die Herstellung der Zigarren und Zigaretten nach der Denkschrift eine starke Steigerung zu verzeichnen hat. Vor allen Dingen möchte ich nicht wünschen, daß die gewaltige Zunahme besonders der Zigarettenherstellung auf das Rauchen von seiten der Frauen zurückgeführt wird, denn als Frau kann ich derartiges durchaus nicht unterstützen. Ich möchte Ihnen hier ein Beispiel anführen, wie oft, besonders bei Eisenbahnfahrten, das Rauchen von den Frauen aufgenommen wird. Ich hatte Gelegenheit, vor Monaten im Coupé in der Eisenbahn zu sehen, wie zwei Männer sich in ein Nichtrauchercoupé begaben, weil sie sich freuen wollten, gemütlich im Nichtrauchercoupé zu sitzen. Ich mußte zu meinem Erstaunen sehen, wie eine mir gegenübersitzende Frau eine Zigarette nach der anderen herausnahm und das Coupé so verqualmte, daß man sich darin ungemütlich fühlen mußte (Zuruf bei den Kommunisten: Eine Arbeiterfrau war das bestimmt nicht!). Nein, es war keine Arbeiterfrau, die fahren nicht 1. und 2. Klasse, wie wir Gelegenheit haben mit unserer Karte zu fahren (Heiterkeit). Ich betone, Arbeiterfrauen haben kein Geld, derartiges mitzumachen. Also, wie gesagt, ich bin nicht dafür, daß die Frauen, auch Arbeiterfrauen, wenn sie solches tun, sich auf ein derartiges Gebiet begeben. Das Zigarettenrauchen von seiten der Frauen sollte sich in Zukunft nicht weiter verbreiten, sondern ich betrachte das als eine Angewohnheit und wäre für Abschaffung (Bravo! rechts).

Auch weist die Denkschrift auf Löhne im Tabakarbeitergewerbe hin, wie uns der Herr Abg. Hartmann schon geschildert hat, Löhne, die mit der heutigen Teuerung nicht in Einklang zu bringen sind. Wöchentliche Verdienste für die männlichen Arbeiter von 7—14 M., für die weiblichen Arbeiter von 7—11 M., spotten meiner Ansicht nach jeder Beschreibung. Solche Einkommen führen in den bedauernswerten Familien zu ständigen Entbehrungen, Krankheiten und Siechtum. Laut Erhebungen ist bei den Tabakarbeitern eine ganz mangelhafte Kost vorhanden, der Fleischgenuß ist bei ihnen eine Seltenheit, ja, dieser Fleischgenuß fehlt nicht allein, sondern auch für die sonstigen Kräftigungsmittel ist in diesen Tabakarbeiterfamilien nicht genügend Geld vorhanden, und die Anschaffung von Kleidern, Schuhen und Wäsche wird größtenteils sehr erschwert. Will der Tabakarbeiter seine traurige Lage verbessern, so bleibt ihm nur der eine Grundsatz: Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation. Wenn man mit letzterem einigermaßen zufrieden sein kann, so bleibt aber doch ein Rückschritt in dem Abonnement politischer Tageszeitungen. In den Tabakarbeiterfamilien wird größtenteils eine Zeitung nicht gelesen, da von den geringen Löhnen für Kulturzwecke nichts übrig bleibt, daher wäre eine Lohnerhöhung für diese Arbeitskräfte eine dringende Notwendigkeit. Es müßte bei den Tabakarbeitern für körperliche und auch für geistige Erholung gesorgt werden, denn wir müssen uns wohl all mit dem Gedanken tragen, daß wir auf der einen Seite bei allen Arbeitern, nicht nur bei den Tabakarbeitern, darnach trachten müssen, die Lohnverhältnisse derart zu gestalten, daß die Familien sich ausreichend ernähren können, und auf der anderen Seite aber auch eine genügende Freizeit vorhanden ist, damit die Arbeiter und Arbeiterinnen in die Lage versetzt werden, sich nach jeder Richtung hin ausbilden zu können. Schon ein Dichterwort von Uhland besagt ja in dieser Hinsicht:

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

„Denn soll der Mensch am Leibe leben,
So brauchet er sein täglich Brot,
Und soll er sich zu Geist erheben,
So ist ihm seine Freiheit not!"

(Zuruf des Abg. Ritter.)

Wenn ich nun schon bei Erörterung des geringen Lohnes die Kurzarbeit gestreift und gesagt habe, daß auf diesem Gebiet die Not ungeheuer groß ist — wie sieht es dann erst bei gänzlicher Arbeitslosigkeit aus! „Arbeitslos": in welchem Wort kann wohl die Not des Arbeitsmenschen noch stärker klingen? Mit welchem Worte läßt sich noch drastischer der Jammer seines Daseins schildern? Denn „arbeitslos" heißt brotlos sein, heißt dem Hunger entgegenzugehen — oder aber dem Bettel, dem Verbrechen und der Schande. Die Folgen sind gewöhnlich Gefängnis und Zuchthaus.

Und so möchte ich jetzt das Wort von der Volksgemeinschaft in Anwendung bringen und betonen, daß angesichts dieser Verhältnisse das deutsche Volk, welches dazu berufen ist, hier eine durchgreifende soziale Hilfsaktion in die Wege zu leiten. Denn die Folgen einer Massenarbeitslosigkeit sind von einschneidender Bedeutung: Die Menschen werden durch ihre großen Sorgen zermürbt und abgestumpft; sie neigen zu gefahrvollen Unternehmungen, durch welche die öffentliche Ruhe und Ordnung in Gefahr gerät.

Wie steht es nun mit den gesundheitlichen Verhältnissen im Tabakgewerbe? In dieser Beziehung besteht ganz besonders die Ansicht, daß bei der hier in Betracht kommenden Arbeiterkategorie die Tuberkulose am stärksten auftrete, und es könnte den Anschein erwecken, als ob diese Meinung tatsächlich zutreffend sei. In einigen Gemeinden mit ausreichender Tabakindustrie ist nach amtlicher Statistik die Tuberkulosesterblichkeit sehr hoch; ich verweise nur auf einen Sonderdruck aus einer Zeitschrift für Tuberkulose-Forschung; dort sind für den Bezirk Schwetzingen folgende Angaben gemacht. In zusammen elf Gemeinden betrug dort im Jahre 1924 die Gesamteinwohnerzahl gegen 50 000. Die Sterblichkeitsziffer an dieser traurigen Krankheit war unter dieser Einwohnerzahl über den badischen Landesdurchschnitt noch weit höher als in der benachbarten Großstadt Mannheim. Besonders auffallend und hervorzuheben aus den elf Gemeinden sind die Gemeinden Reilingen mit einer Durchschnittszahl von 21,2 %, Neulußheim mit 17,8 % und Hockenheim mit 16,5 %. Unter 150 Tabakarbeitern bzw. -arbeiterinnen wurden vermittels des Verfahrens der Röntgenphotographie 130 Tuberkulosefälle festgestellt; unter diesen 130 Personen, an denen die Feststellungen gemacht wurden, waren 9 Männer und 121 Frauen; ein Beweis dafür, in welch besonders hohem Maße die Frauen von dieser tückischen Krankheit heimgesucht sind.

Der Hauptgrund für diese Erscheinung liegt meiner Ansicht nach darin, daß es eben ganz überwiegend Frauen sind, durch welche die Arbeiten in den Tabakfabriken geleistet werden. Die letzte Zählung der gesamten Tabakarbeiterschaft innerhalb des Bezirkes Schwetzingen ergab, daß fast sechs Siebtel davon Frauen sind, während nur etwa über ein Siebtel auf die Männer entfällt; denn unter insgesamt 3537 in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeitskräften waren 3071 Frauen und 466 Männer. Bei einer Würdigung der Zahlen aus dieser Zusammenstellung ist noch in Betracht zu ziehen, daß die wenigen Männer alt und körperlich schwach sind; bekanntlich sehen sich ja die jungen und kräftigen Männer nach anderer Arbeit um. Unter den Frauen, besonders den verheirateten, befinden sich neben vielen schwächlichen auch kräftige Gestalten, die an dieser Krankheit leiden; das rührt daher, daß die Frauen neben der Arbeit, die sie in der Fabrik zu leisten haben, noch ihren kinderreichen Haushalt in Ordnung bringen müssen. Die verheiratete Frau ist gezwungen, sich abzurackern, sie muß in die Fabrik rennen; der häusliche Herd erkaltet, das Heim wird unwirtlich; die Kinder — soweit sie nicht in Kinderheimen untergebracht sind — müssen die nötige Pflege und Erziehung entbehren.

Aus dem von mir soeben angeführten Sonderdruck jener Zeitschrift für Tuberkuloseforschung ersehen wir auch an einigen Beispielen, daß zahlreiche Frauen, obwohl eine Tuberkulose festgestellt wurde, dennoch die Arbeit in der Tabakfabrik weiterhin verrichten müssen — einfach deshalb, weil eben die furchtbare Not sie dazu zwingt, da für die zahlreiche Familie der Verdienst des Mannes nicht ausreicht.

Wenn ich die unter den Tabakarbeitern bestehende Tuberkulose anführte, so sollte das nicht den Anschein erwecken, es wäre als Ursache dieser schweren Krankheit lediglich die Beschäftigung im Tabakgewerbe. In dieser Beziehung gehe ich vollkommen mit dem Herrn Berichterstatter einig, wenn er sagte, daß die Tuberkulose in allen Arbeitszweigen in gleichem Maße zu finden ist. Wenn beispielsweise auch, wie das bereits aus der Statistik von mir vorgetragen wurde, in dem Tabakarbeiterort Hockenheim immer noch durchschnittlich 16,5 % an dieser Krankheit starben, so ist demgegenüber in der Gemeinde Altlußheim — einem Orte der gleichen Arbeiterbranche — festzustellen gewesen, daß eine ganz bedeutende Abnahme hinsichtlich dieser Krankheit zu verzeichnen war; auch in dem Orte Edingen ist die Tuberkulosesterblichkeit weit niedriger als in dem benachbarten Friedrichsfeld, wo niemals Tabakfabriken waren. Auch Brühl und andere Orte könnte man in diesem Zusammenhang anführen.

Im allgemeinen ist also zu sagen: Die unglückliche Erscheinung der Tuberkulose ist in allen Arbeitsgebieten zu finden — in der Hauptsache aber immer da, wo Not und Elend, übermäßige Sparsamkeit und Unterernährung Platz gegriffen haben. Und wenn man nach den Ursachen der raschen Verbreitung dieser Krankheit fragt, so stehen auch die traurigen Wohnungsverhältnisse mit im Vordergrunde. Wenn oft zwei und drei Familien in ein und derselben kleinen Wohnung hausen müssen, wenn fünf, sechs und noch mehr Personen sich in einem Schlafraum befinden, wo wenig Licht und Luft eindringt, wenn die nötige Bettenzahl nicht aufgestellt werden kann —; ja, ist es da ein Wunder, wenn die Krankheitskeime in ungeheuerer Zahl ihr Ansteckungswerk vollziehen und Tausende blühender Menschenleben vernichtet werden? Wenn man hören muß, daß auch oft alle Arbeiter, ganz besonders Heimarbeiter, zusammensitzen, in einem Raum, der als Schlaf-, Wohn- und Arbeitsraum dient, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn eine derartige Krankheit immer weiter um sich greift.

Ich will die Wohnungsfrage nicht weiter anführen, obwohl ich als Mitglied der Mannheimer Wohnungskommission genügend Material hätte. Aber das eine möchte ich betonen: Ich appelliere von dieser Stelle aus an alle badischen Hausbesitzer, an die Wohnungsuchenden nicht immer die Frage zu richten: „Wie stark ist Ihre Familie?" (Zuruf von den Kommunisten: Die werden sich was draus machen! — Zuruf des Abg. von Au). „Wie hoch ist Ihre Kinderzahl?" (Zwischenruf von den Kommunisten: Hausbesitzergeneral!). Dann wird es auch soweit kommen, daß Familien mit starker Kopfzahl geräumige Wohnungen erhalten können. Aber nicht darf es so kommen, daß, wenn sie schon geräumige Wohnungen, Wohnungen von mehreren Zimmern, erhalten, sie dann abvermieten müssen — wie vorhin der Herr Abg. Hartmann

auch erwähnte, daß von zwei Zimmern ein Zimmer abvermietet werden mußte.

Ich möchte nicht unterlassen, zu betonen, daß zur Besserung der gesundheitlichen Verhältnisse der Tabakarbeiter die Unternehmer wesentlich beitragen können, indem sie für eine moderne Einrichtung der Betriebe sorgen. Mit gutem Beispiel gehen da voran die großeinkaufsgenossenschaftlichen Betriebe. Das geht aus einem Bericht des Gewerbeaufsichtsamts, der schon vom Jahre 1913 ist, hervor, und ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten eine kurze Zeitungsnotiz zur Verlesung bringen:

„Eine in jeder Hinsicht vorbildliche Zigarrenfabrik hat die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hockenheim fertiggestellt. Der große, auch in seinem Äußeren gefällige Fabrikbau umschließt in mehreren Stockwerken die Büros, weite, helle Arbeitsräume, Speisesäle und Garderoben sowie eine Badeanstalt, die mit 11 Brause- und 7 Wannenbädern zur jederzeitigen (einschließlich Wäsche und Seife) völlig freien Benutzung steht. Eine zentrale Ventilations- und Heizungsanlage mit Luftfiltrations-, Luftbefeuchtungs-, Luftwärmungs- und Luftabkühlungsvorrichtung sorgt für ständige Lufterneuerung in den Arbeitssälen. Möchten alle Unternehmer dazu übergehen, derartige gesunde Arbeitsräume für die Tabakarbeiter zu schaffen."

Ich fasse noch einmal zusammen: Alle die angeführten traurigen Verhältnisse haben auch die arbeitslosen und kurzarbeitenden Tabakarbeiter zu überwinden, und deshalb konnte die Eingabe des Deutschen Tabakarbeiterverbandes als vollauf berechtigt angesehen werden, die wünscht, daß den Fürsorgegemeinden die entsprechende Staatshilfe zuteil werden und von einer Bedürfnisfrage möglichst Abstand zu nehmen sei. Wir begrüßen es daher, daß die badische Regierung eine Prüfung der Bedürftigkeit nicht vornimmt und damit dem Wunsche der Tabakarbeiterorganisation entgegengekommen ist.

Wenn es Tatsache ist, was ebenfalls in der Eingabe steht, daß zahlreiche Tabakarbeiterfamilien im Monat Dezember in bitterer Not waren und keine Unterstützung erhielten, so konnte meiner Ansicht nach von einem fröhlichen, seligen Weihnachtsfeste bei diesen Menschen keine Rede sein.

Der Herr Abg. Hartmann hat in seiner Rede vorgeschlagen, daß man dazu übergehen solle, einmal auf zwei bis drei Jahre die Zigarrenarbeiter in ihrer Arbeitsausführung zu sperren (Abg. Hartmann: Nein! kein neuer Zuzug! — Weiterer Zuruf von den Sozialdemokraten: Keinen weiteren Zugang!), also neuen Zugang zu dieser Arbeiterkategorie zu sperren. Ich kann diese Ausführungen nicht unterstützen. Denn es widerspricht meiner Ansicht nach erstens unserer Verfassung. Wir können nicht die Leute zwingen, welchen Beruf sie ausüben sollen (Zuruf des Abg. Hartmann); und zweitens wird es nicht angehen, wenn in einem Ort eine Zigarrenfabrik ist und der Fabrikant Leute anfordert, dann erst zu bestimmen, wieviel und woher Personen in diese Fabrik eingestellt werden dürfen. Wir haben gestern eine eingehende Debatte über das Lehrlingswesen gehabt, und Sie erinnern sich wohl, daß von dieser Seite ausgeführt wurde, daß sich eine große Anzahl Schlosserlehrlinge gemeldet hätten und für andere Gewerbe die Lehrlinge sehr gering waren. Ein Beweis dafür, daß wir keinen Zwang ausüben können, welchem Beruf sich nun der einzelne widmen soll. Wir werden daher auch den Wunsch des Herrn Abg. Hartmann nicht unterstützen könen, daß auf einige Jahre für das Tabakgewerbe der Zugang der Arbeiterschaft gesperrt werde.

Ich komme nun zum Schluß und hebe nochmals hervor: Wenn auch der Herr Abg. Hartmann manche Mängel dieser Denkschrift zum Ausdruck brachte, so hat doch das Gewerbeaufsichtsamt in anerkennenswerter Weise das furchtbare Elend der Tabakarbeiter der breiten Öffentlichkeit mitgeteilt und Vorschläge zur Besserung unterbreitet. Möge es recht bald gelingen, die traurige Lage dieser Arbeiterkategorie einer besseren Zukunft entgegenzuführen! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Klaiber (Bürgerl. Ver.):

Ich werde dem Wunsche des Hohen Hauses nachkommen und mich so kurz wie möglich fassen.

Die Ausführungen des Herrn Berichterstatters sowohl wie ein Bericht der im „Badischen Beobachter" steht, und der jedenfalls von einem Vertreter der Zentrumsfraktion im Haushaltsausschuß dem „Badischen Beobachter" geliefert worden ist, veranlassen mich, kurz einiges zu sagen.

Gestatten Sie, Herr Präsident, daß ich kurz das verlese, was der Berichterstatter der Zentrumsfraktion dem „Badischen Beobachter" mitgeteilt hat! Es heißt:

„Ein Redner der Bürgerlichen Vereinigung findet es für ungeheuerlich, daß Hunderttausende von arbeitslosen Arbeiterinnen vorhanden sind und die Landwirtschaft in Baden für Rübenbau 500 Arbeiterinnen vom Auslande heranziehen mußte, weil sich keine Arbeiter in Baden für die Arbeit gemeldet hätten. Der Redner vergißt aber völlig, die Frage zu erörtern, woran es liegt, daß sich deutsche Arbeitskräfte in nicht genügender Zahl für diese Arbeit gemeldet haben.

Die deutschen Arbeitskräfte wollen ihrem Kulturfortschritt entsprechend eine anständige und menschenwürdige Unterkunft, die ihnen von dem Großrübenbau nicht im entferntesten geboten wird. Der Redner vergißt völlig, daß polnische und galizische Arbeiterinnen nicht auf eine Stufe mit den deutschen Arbeiterinnen gestellt werden können. Auch spielt die Dauer der Beschäftigung, die hier geboten wird, eine wesentliche Rolle. Einen völligen Reinfall erlebte der landwirtschaftliche Fachmann der Bürgerlichen Vereinigung mit seinen Kenntnissen über die Produktionskostenanteile bei Herstellung von Zigarren, ebenso in der Steuerfrage des Tabaks. Er wurde durch einen Zentrumsredner entsprechend aufgeklärt und belehrt" usw.

Ich habe zu dem ersteren folgendes zu sagen: Ich nehme gerne eine Belehrung an, wenn sie richtig ist. Vor allem möchte ich dem Herrn Berichterstatter sagen, daß sich die Anforderung des badischen Rübenbaues für Arbeitskräfte nicht auf das vorige Jahr bezieht, sondern auf dieses Jahr, auf die Kampagne 1926. Was habe ich nun ausgeführt im Haushaltsausschuß? Ich habe meiner Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß wir, nachdem wir Millionen für Arbeitslose und Erwerbslose hier bewilligt haben, sich für den badischen Rübenbau, der jedes Jahr 700 Arbeiter und Arbeiterinnen einstellt, sich durch eine Rundfrage des Ministeriums des Innern durch das Landesarbeitsamt 30 für diese Arbeit gemeldet haben. Ich glaube, man hat das Recht als Landwirt, sich darüber zu verwundern und diese Verwunderung zum Ausdruck zu bringen. Ich möchte voraussetzen, daß ich die Zahlen und die Behauptung, die ich gemacht habe bezügl. der Anforderung der Arbeiter, von einer amtlichen Stelle habe, nämlich von der volkswirtschaftlichen Abteilung der Landwirtschaftskammer, die diese ganze Rund-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

frage auch veranlaßt und betrieben hat. Ich muß es aber ablehnen von seiten der badischen Landwirtschaft, daß eine Presse wie der Badische Beobachter die Verhältnisse der Rübenbauern derart als menschenunwürdig schildert. Soviel ich unterrichtet bin, sind die Großrübenpflanzer derart eingerichtet, daß die Unterkunftsräume wohl den Anforderungen entsprechen. Und wir haben ja eine Aufsichtsbehörde; sie kann ja einschreiten, wenn diesen Anforderungen nicht entsprochen wird.

Dann möchte ich auch gleichzeitig betonen, auf die Anfrage, die gestellt worden ist im Haushaltsausschuß oder die Bemerkung, die Entlohnung werde auch dementsprechend sein, daß die Entlohnungsfrage für die Arbeiten durch die Arbeitgeberverbände und die Arbeitnehmerverbände geregelt und festgestellt worden ist. Ich muß also noch einmal entschieden Verwahrung dagegen einlegen, daß hier dem badischen Rübenbau Vorwürfe gemacht werden, die vollständig unberechtigt sind. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß, wenn eine derartige Kritik in unseren Arbeiterkreisen, bei unseren Knechten und Mägden gelesen wird, — was müssen die von sich halten, wenn sie sich sagen müssen: Ich bin noch in dem Dienst eines deratig rückständigen Bauers. Sie müssen sich derart beleidigt fühlen, daß sie sich sagen: Also unsere Beschäftigung, die wir hier haben, steht unter der Kultur der polnischen und galizischen Arbeiter. So etwas schreibt man nicht und so etwas berichtet man nicht (Abg. D. Mayer-K.: Ganz richtig!).

Was nun den Reinfall anbelangt bezüglich meiner Kalkulation der Tabakindustrie, die ich aufgestellt habe, so habe ich folgendes ausgeführt. Ich habe ausgeführt auf die Bemerkungen des Herrn Berichterstatters, daß es ein Fehler sei, daß man einen Gewichtszoll habe und nicht einen Qualitätszoll. Darauf habe ich geantwortet, daß der Zoll überhaupt auf den Preis der Zigarren gar keine Rolle spielt, und auch die Ausführungen des Kollegen Hartmann haben mich nicht überzeugen können, denn er hat die Berechnung des Fünf-Markzolls auf das Tausend Zigarren so berechnet, daß er ausschließlich Auslandstabak zur Grundlage genommen hat. Er hat aber die inländischen Tabake, die jetzt bei den Zigarren zur Verabeitung kommen, nicht in die Rechnung gezogen. Also kann bei einer Durchschnittszigarre oder bei der billigen Zigarre der Zollsatz von 5 M. für das Tausend nicht voll in Frage kommen. Er kann nur in Frage kommen bei der Verabeitung rein ausländischer Qualitätstabake.

Ich habe ferner meine Verwunderung über die Spanne zwischen dem Verkaufspreis der Zigarre und den Produktionskosten ausgesprochen. Das, was ich im Haushaltsausschuß gesagt habe, wiederhole ich jetzt, und dann beweisen Sie mir das Gegenteil. Ich habe ausgeführt, daß von einem Zentner Tabak 8000 Zigarren hergestellt werden können. Beweisen Sie mir das Gegenteil (Abg. Hartmann: Es kommt auf das Gewicht der Zigarre an). Das können Sie mir nicht anders vorrechnen. Man macht aus einem Zentner Tabak 8000 Zigarren durchschnittlich. Nun erklären Sie mir, wenn ich sage, die letztjährige Ernte 1925 wurde aufgekauft vom Handel zwischen 18 und 30 Mark. Die Fermentation verlangt 25 Proz. Eintrocknung. Die Fermentationskosten belaufen sich bei einem Zentner Tabak hochgerechnet auf 5 M. Wir erhalten also wenn ich den Durchschnittspreis nehme von der diesjährigen Ernte von 25 M., dazu 5 M. Fermentationskosten = 30 M. Für diese 30 M. erhalte ich 75 Pfund verarbeitungsfähige Ware, und diese 75 Pfund kosten 30 M. Ich will einmal annehmen, er kostet verarbeitsfähig 40 M. Aus diesen 40 M. können 8000 inländische Zigarren gemacht werden (Zuruf des Abg. Hartmann). Das ist meine Rechnung (Zuruf: Herr Klaiber, die rauchen Sie auch nicht). Ich weiß nicht, was darin ist (Heiterkeit). Es handelt sich vor allem darum, hier festzustellen, wie hoch sich die Ernte 1925 für die Verarbeitung in Zigarren beläuft, und das habe ich hier festgestellt. Leider ist die Geschmacksrichtung des deutschen Rauchers heute eine andere wie in der Kriegszeit. Da erinnere ich mich, daß sie etwas anderes geraucht haben als heute (Zuruf: Der Not gehorchend). Da war man froh, wenn man echten badischen Tabak bekommen hat und kein Eichenlaub und keine Himbeerblätter. Aber heute muß man Brasil, Havanna und alles mögliche haben, und das Ausland wird sich natürlich freuen über unseren Konsum in Auslandstabak (Abg. Rückert: Herr Klaiber, rauchen Sie auch noch Eichenlaubzigarren?).

Ich kann von dem, was ich im Haushaltsausschuß ausgeführt habe, nichts zurücknehmen. Ich habe festgestellt, daß wir in der Landwirtschaft immer wieder die gleiche Erfahrung machen, man will dort nicht arbeiten, man will dort nicht beschäftigt sein. Wenn dann behauptet wird, es sei nur für das halbe Jahr, oder für einige Monat, so muß ich dem entgegenhalten, daß die Industrie auch keine Rücksicht nimmt, ob die Arbeit ein Jahr oder ein halbes Jahr geht, die Industrie stellt die Arbeiter ein, wenn sie dieselben braucht und entläßt sie, wenn sie sie nicht mehr braucht. Wir können in der Landwirtschaft im Rübenbau und bei den Feldgewächsen nicht das ganze Jahr die Leute beschäftigen. Es ist ein Skandal, daß man bei den Anforderungen nur 30 Anmeldungen bekommen hat und gezwungen war, in Berlin den Antrag zu stellen auf Importierung von 500 galizischen Arbeitern und Arbeiterinnen (Zuruf des Abg. Schreck: Die sind bedürfnisloser!) Es handelt sich in der Mehrzahl um Arbeiter. Die Ausführungen in der ganzen Angelegenheit haben gezeigt, daß der Tabakbau und die Arbeiterschaft eng miteinander verbunden sind. Die Industrien lassen sich da nieder, wo die Produkte sind und wenn sie den badischen Tabakbau vernichten, werden sie gleichzeitig die badische Tabakindustrie vernichten und den badischen Arbeitern die Arbeitsgelegenheit nehmen. Wenn der badische Tabakbau vernichtet ist, der 50 Proz. des ganzen Tabakbaues ausmacht, wird auch die badische Tabakindustrie vernichtet sein. Der Tabakbau wird vernichtet werden, wenn Sie Ihren Standpunkt nicht verlassen und sagen, nur die zollfreie Einfuhr von fremdem Tabak kann den Verbrauch mehren. Das ist falsch, ich lasse mich nicht belehren, daß der Zoll in einer derartigen Weise sich immer lawinenartig bei der Verrechnung erhöht, denn es ist ½ Pfennig auf die Zigarre, da kann keine andere Kalkulation stattfinden.

Ich möchte zum Schluß bemerken, daß es mich wundert, daß gegen diese Spanne sich kein Redner ausgesprochen hat, daß man es selbstverständlich findet, daß für die ursprünglichen Kosten des Rohmaterials hunderte von Prozent aufgeschlagen werden. Es ist nur gut, daß die Herren, die so kalkulieren, keine Kartoffel pflanzen. Wenn so kalkuliert würde im Kartoffelbau, könnte man die Kartoffeln nur noch in den Delikatesshandlungen bekommen.

Präsident des Gewerbeaufsichtsamts Ministerialrat Dr. Engler:

Auf die Landarbeiterfrage, die der Herr Berichterstatter angeschnitten hat, die auch im Haushaltsausschuß von Herrn Abg. Klaiber angeschnitten wurde, möchte ich aus den Akten feststellen, daß von der Landwirtschaftskammer vom

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Landesamt für Arbeitsvermittelung keine inländischen Arbeiter für Zwecke des Rübenbaues verlangt wurden. Verlangt wurde nur die Zulassung von ausländischen Arbeitern (Zuruf: Ausländische Arbeiter!). Die Zahlen, auf die der Herr Abg. Klaiber Bezug nimmt, gehen auf etwas anderes zurück. Auf Anordnung des Ministeriums des Innern hat das Landesamt an die einzelnen Arbeitsämter letztes Jahr im August die Aufforderung gerichtet, zu prüfen, ob Arbeiter in ihrem Bezirke vorhanden sind, die bereit wären, sich auf Gütern ansiedeln zu lassen (Hört, hört!). Dazu haben sich im ganzen 25 ledige Arbeiter und 45 Familien bereit erklärt, wenn ihnen Wohnungen beschafft werden, außerdem haben sich im Bezirk Pforzheim 33 Arbeiter bereit erklärt, das zu tun, allerdings unter anderen Voraussetzungen und im Bezirk Bruchsal ist die Frage anders gestellt worden, aber auch dort wäre eine Anzahl Arbeiter bereit gewesen, das zu tun. Aus den Berichten geht hervor, daß einzelne Arbeitsämter es abgelehnt haben, Gutsarbeiter aus ihren Bezirken zu vermitteln, weil sie die dort vorhandenen Landarbeiter für die Landwirtschaft im Bezirk brauchen. Das ist die Tatsache zu diesen Zahlen. Es handelte sich nicht um eine Anfrage der Landwirtschaft um den allgemeinen Arbeiterbedarf zu decken, sondern um eine Anfrage des Ministeriums, die auf die Umsiedelung von Landarbeitern Bezug hat (Zuruf des Abg. Klaiber: Das stimmt nicht!). Das stimmt. Sie werden das nicht bestreiten wollen (Zuruf des Abg. Klaiber: Die Landwirtschaftskammer hat an das Ministerium des Innern ein Gesuch gerichtet, eine Rundfrage anzustellen, bloß um Arbeitsvermittlung!).

Abg. **Bauer** (D. Vp.):

Der Antragsteller, Kollege Hartmann, hat seine Ausführungen mit den Worten geschlossen, daß es sich in dieser ganzen Frage nicht um große Reden handelt, sondern darum, durch Taten die schlechte Lage der Tabakarbeiter zu fördern. Im Verfolg dieses Ratschlages werde ich mich in meinen Ausführungen kurz fassen, dafür kann ich aber von vornherein die Zustimmung meiner Fraktion zu dem Haushaltsausschußantrag feststellen und sagen, daß meine Fraktion unbedingt sich damit einverstanden erklärt, daß alle Mittel und Wege, die ergriffen werden können, um die schlechte Lage der Tabakarbeiter zu fördern, ergriffen werden (Zuruf des Abg. Ritter: Es kostet ja nichts!).

Die Regierung verdient wärmsten Dank für diese Denkschrift. Dieser Dank richtet sich hauptsächlich an den Herrn Präsidenten des Gewerbeaufsichtsamtes, dann aber auch an die beiden Herren Referenten, die in durchaus klarer, namentlich durch übersichtliche Tabellen geförderten Weise uns ein Bild von der Lage der Tabakindustrie und der Lage der Tabakarbeiter gegeben haben. Das Bild ist allerdings ein wenig erfreulich und in vieler Hinsicht ein recht betrübliches. Aber ich stimme dem zu, was der Herr Vertreter der Regierung gesagt hat, daß der Vorwurf, der erhoben worden ist, daß die Denkschrift einseitig festgestellt worden sei, nicht zutrifft. Im Gegenteil, wir könnten uns nur freuen, wenn alle Arbeiterfragen mit dieser Sachlichkeit behandelt würden, mit der diese Denkschrift aufgestellt worden ist. Ich gestehe ganz offen, daß das Studium der Denkschrift auf mich einen ernsten und tiefen Eindruck gemacht hat und ich glaube, daß die Denkschrift uns allen Anlaß zu recht ernsten Betrachtungen gibt. Ich will nur zwei Feststellungen aus der großen Masse herausgehen. Die erste, auf die schon neulich Herr Kollege Dr. Netzbach in seinen sehr beachtenswerten Ausführungen über das seelische Problem der Arbeiterfrage hingewiesen hat, die Feststellung, daß in einem kleinen Orte 50 Prozent der Tabakarbeiter nicht einen Quadratmeter eigenen Boden besitzen, um dadurch ihre schlechten Einkommensverhältnisse zu fördern. Ich weise ferner auf eine Feststellung hin, die im Haushaltsausschuß der Herr Kollege Hartmann gemacht hat und die er heute wiederholt hat, daß die Arbeitslosenfrage in der Tabakindustrie eine besonders ernste sei und zwar derart, daß bis zu 89 Prozent Arbeitslose vorhanden sind. Das ist eine erschreckende Zahl selbst für uns, die wir an große Arbeitslosenzahlen gewohnt sind.

Ich möchte nur, um die Debatte nicht noch weiter zu verlängern, einen Punkt hervorheben, der mir besonders am Herzen liegt. Das sind die Ausführungen, die in der Denkschrift über die Behandlung der Schwerbeschädigten in der Tabakindustrie gemacht worden sind. Ich war der Ansicht, daß gerade in der Tabakindustrie die Schwerbeschädigten, die nicht Handbeschädigte und Augenbeschädigte sind, eine ganz besondere Gelegenheit der Verwendung hätten. Die Denkschrift stellt dagegen fest, daß gegenüber den 886 auf die Tabakindustrie entfallenden Schwerbeschädigten nur 273 aufgenommen worden sind, nur ein Drittel derer, die nach den gesetzlichen Bestimmungen beschäftigt werden sollten. Der Herr Vertreter der Regierung hat uns im Haushaltsausschuß darüber Aufklärung gegeben, die uns wohl ein Verständnis dafür gab, warum es nicht anders sein kann. Ich glaube auch, daß hier eine Frage ganz besonders mitwirkt, das ist die Wohnungsfrage, daß eine große Anzahl der Schwerbeschädigten gerne in der Tabakindustrie tätig wäre, wenn sie draußen in den Dörfern bessere Wohnung bekommen könnten oder wenn sie wenigstens auch nur eine überhaupt menschenwürdige Wohnung bekommen würden.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit ein ganz kurzes Wort zur Frage der Beschäftigung der Schwerkriegsbeschädigten im allgemeinen sprechen. Leider ist es heute draußen in unserem Volke so, daß keiner dem andern mehr das tägliche Brot gönnt; auch in Arbeiterkreisen findet man diesen Fehler, es ist auch in Arbeiterkreisen so — wie mir aus diesen Kreisen selbst gesagt worden —, daß man den Schwerbeschädigten sehr oft ihre Rente mißgönnt, daß man sie ihnen vorwirft, indem man sagt: Der Mann hat ja eine Rente — der hat nicht nötig, sich noch etwas dazu zu verdienen! Solchen Erscheinungen gegenüber möchte ich auf die sehr eindrucksvollen Ausführungen hinweisen, die wir neulich aus dem Munde des Herrn Kollegen Dr. Netzbach gehört haben; ich möchte die Gedanken, die er entwickelt hat, auch für diese Ärmsten aller Armen in Anspruch nehmen; denn ich glaube, daß man auch hier auf andere Weise der Lösung des Problems nicht näher kommt: Gerade auch die Schwerbeschädigten — und sie vor allen andern! — brauchen Arbeit; sie haben diese Arbeit selbst dann nötig, wenn sie eine Rente bekommen. Ich stelle mich sogar rückhaltlos auf den Standpunkt, daß es, wenn den Schwerbeschädigten geholfen werden soll, nicht so sehr auf die Höhe der Rente, als eben darauf ankommt, ihnen Arbeit zu verschaffen. Gerade sie müssen die auf ihnen lastenden Verhältnisse ganz besonders schwer empfinden und deshalb sollte ihnen Arbeit gegeben werden. Ich glaube, der Herr Kollege Dr. Engler wird mir zugeben, daß ich Ausführungen in diesem Sinn nicht etwa bloß jetzt hier in diesem Hause mache, sondern daß ich sie auch im Kreise von interessierten Arbeitgebern

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

schon gemacht und ernstlich auf diese Pflicht, den Schwerbeschädigten zu Arbeit zu verhelfen, hingewiesen habe. Auch Sie alle möchte ich bitten, wenn Sie draußen in dieser Hinsicht irgend welchen Einfluß haben, doch immer darauf aufmerksam zu machen, daß man diese Frage ja nicht bloß vom Geldstandpunkte aus auffasse, sondern von der seelischen Seite her, und unter ethischen und nationalen Gesichtspunkten.

Ich wundere mich nicht, daß viele der Kriegsbeschädigten, die draußen im Felde ihr Letztes hingegeben haben, heute so leicht zu Exponenten des Hasses gegen alles das gemacht werden, was Staat, Gesellschaft und Vaterland bedeutet. Man muß sich nur in die Seele dieser Leute hineinversetzen; man muß sich bemühen, den Mann zu verstehen, der draußen alles für sein Vaterland hingegeben hat; man muß zu verstehen suchen, wie es ihm zu Mute ist, wenn er sieht, daß er nunmehr in dieser Zeit von denen, die früher ihm versprochen haben, ihm zur Seite zu stehen, im Stiche gelassen wird. Ich bekenne ehrlich, daß ich diese Worte an alle Kreise richte, nicht etwa bloß an eine bestimmte Seite (Zurufe von kommunistischer Seite — Abg. Ritter: Richten Sie es besonders an Ihre Partei!). Ich wende mich nicht besonders an meine Partei — aber auch an meine Partei. Ich sagte ja schon, daß ich mit diesen Worten mich an alle Parteien richte (Erneuter Zuruf des Abg. Ritter). Ich betrachte solche Fragen nicht als Parteifragen, sondern gerade diese Frage betrachte ich als eine solche, die uns alle angeht (Abg. Ritter: Sie haben versprochen — und halten heute nichts!). Ich habe gar nichts versprochen! Ich habe im Krieg persönlich nur meine Pflicht getan — aber versprochen habe ich nichts (Wachsende Unruhe, Glocke). Jetzt jedoch trete ich für diejenigen ein, die mit mir ihre Pflicht getan haben, und denen versprochen worden ist, denen von dem Staate Versprechungen gemacht worden sind, von anderer Seite (Zurufe — Unruhe — Glocke des Präsidenten). Ich glaube ganz gewiß nicht, daß es den Schwerbeschädigten in Rußland besser geht als den unsrigen in Deutschland (Auf Zurufe von kommunistischer Seite:); das glaube ich ganz bestimmt: Dort könnten Sie etwas mithelfen (Sehr richtig! — Unruhe — Erneutes Glockenzeichen — Abg. Bock: Fragen Sie doch einmal bei Ihrem Namensvetter dem Oberst Bauer an, der war drüben in Rußland!). Ich habe gelesen, was er darüber geschrieben hat; ich habe auch von den Potemkinschen Dörfern gelesen, die wohl drüben in Rußland auch meinem Namensvetter vorgeführt worden sind; denn Rußland hat ja in der Vorführung solcher Bilder schon aus der Zarenzeit her eine gewisse Übung — und das neue Rußland, die neue Regierung hat diese Übung, wie es scheint, mit übernommen. Ich habe gelesen, daß (Unterbrechung durch erregte Zurufe von kommunistischer Seite) auch die Arbeiter, die von uns drüben waren, sehr schöne Worte gehört und schöne Dinge gesehen haben, daß sie aber manches, was sie gerne hören wollten, überhaupt nicht hören durften (Hört, hört! von mehreren Seiten), weil drüben ein offenes Wort von mehreren Stellen keineswegs geliebt wird (Lebhafter Widerspruch bei den Kommunisten). So offen wie Sie hier sprechen, Herr Kollege Bock, dürften Sie drüben nicht sprechen, wenn Sie einen anderen Standpunkt als die Machthaber vertreten (Heiterkeit und Äußerungen der Zustimmung — Widerspruch von kommunistischer Seite).

Ich möchte jedoch die Debatte nicht weiter aufhalten, sondern ich möchte nur nochmals unsere Zustimmung aussprechen und möchte auch vom Standpunkt meiner Fraktion aus die Erklärungen billigen, die vorhin der Herr Regierungsvertreter auf die Anfrage abgegeben hat (Lebhafter Beifall).

Abg. **Ritter** (Komm. P.):

In Deutschland gibt es wohl nur noch ein einziges Bevölkerungsgebiet, von dem man sagen kann, daß es in der Frage der Lebenshaltung mit der badischen Tabakarbeiterschaft auf eine Stufe gestellt werden kann: ich denke an Mitteldeutschland, an Bevölkerungsteile von Thüringen, also desjenigen Gebiets, wo von jeher die Heimarbeit geherrscht hat; schon in Friedenszeiten hat unter der dortigen Bevölkerung, unter dem dortigen Proletariat bitterste Not geherrscht. Nicht nur auf ein solches Niveau, sondern bedeutend tiefer ist heute die badische Tabakarbeiterschaft „gesunken"; denn, wenn man vorhin erklärte, daß die Löhne, die in diesem Industriezweig heute bezahlt werden, auch schon in den neunziger Jahren bezahlt worden sind, so ist damit doch eine Tatsache festgestellt, die das von mir soeben Ausgesprochene voll und ganz unterstreicht.

Damit wollen wir durchaus nicht sagen oder behaupten, daß es den übrigen Bevölkerungsschichten der arbeitenden Klasse in Deutschland etwa besser ginge oder gar viel besser ginge als den badischen Tabakarbeitern oder den thüringischen Heimarbeitern; nein, die gesamte deutsche Arbeiterklasse ist heute das Objekt dieser ganzen brutalen Ausbeutung, wie sie von der Klasse der Besitzenden getrieben wird.

Wir wollen uns, wenn auch nur ganz kurz, mit dieser Denkschrift befassen (Zuruf des Abg. Dr. Schofer) und vor allen Dingen einmal feststellen, daß neben diesen Dingen, bezüglich deren vorhin schon vom Zentrumsredner ausgeführt wurde, daß es in dieser Denkschrift nicht ganz stimme, noch einiges hinzuzufügen ist.

In der Denkschrift kommt zum Ausdruck, daß besonders die Arbeiterinnen häufig freudig und mit gutem Willen in die Betriebe der Tabakfabriken gingen, um dort zu arbeiten. Weiter wird ausgesprochen, daß besonders die Zahl der weiblichen Beschäftigten in diesem Gewerbe sehr stark gestiegen ist. So hatte man z. B. im Jahre 1889 festgestellt, daß im Schwetzinger Gebiet 342 Familienmütter in die Betriebe gingen, um zu arbeiten; 1919 stellte man fest, daß die Zahl sich auf 826 erhöht hatte. Es sei also im Zeitraum von ca. dreißig Jahren eine Steigerung, wie die Denkschrift feststellt, um rund 141 % eingetreten, während die Entwicklung der Gesamtbevölkerungszahl nur eine Vermehrung von 23 % aufweist.

Sollte vielleicht das als Ursache oder Beleg für jene Behauptung dieser Denkschrift gelten, daß so viele Frauen sich gerne diesem Gewerbe zuwenden, so ist das wiederum falsch und kann sofort widerlegt werden — und zwar von der Leiterin der Tuberkulosestelle in Schwetzingen, Fräulein Dr. von Müller. Diese sagt nämlich etwas anderes darüber, warum die Frauen heute in die Betriebe der Tabakindustrie gehen, um zu arbeiten. Ich will kurz vorlesen, was sie in dieser Beziehung ausführt:

> „Auffallend ist, daß fast alle diese tuberkulösen Frauen in traurigen sozialen Verhältnissen leben. Sie betreiben die Arbeit in der Tabakfabrik neben der Hausarbeit, weil die Not sie dazu zwingt — zum Teil trotz zahlreicher Geburten, manchmal gerade, weil die große Kinderzahl ein Mitverdienen der Frau notwendig macht."

Nicht etwa aus Freude geht also eine Arbeiterfrau in den Betrieb des Tabakgewerbes, um zu arbeiten, sondern einzig und allein, weil die Verhältnisse sie zwingen, die Familie mit zu ernähren. Wenn festgestellt worden ist — was ja auch aus dieser Denkschirft hervorgeht —, daß der Durchschnittswochenlohn der Tabakarbeiter 12 bis 15 M. betrage und wenn zu gleicher Zeit festgestellt werden muß, daß gerade im Ge-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

biete der Tabakindustrie die Familienzunahme und die Zahl der Familienangehörigen eine riesig große ist, dann kann man sich leicht ein Bild davon machen, daß man in solchen Familien mit einem Wochenlohn von 12 bis 15 M. nicht auskommt, daß die Frau gleichfalls an Mitverdienen denken und sich einen Verdienst suchen muß. Es geschieht also gezwungenermaßen, wenn die Frau in den Betrieb der Tabakfabrik geht, um dort noch etwas hinzuzuverdienen. Beide, Mann und Frau, zusammen verdienen dann — das geht ja gleichfalls aus verschiedenen Stellen dieser Denkschrift hervor, bei voller Arbeit in der Woche den horrenden Lohn von 26, 28 bis 30 Mark.

Das ist aber schon sehr hoch und trifft nur in Einzelfällen zu. Nehmen wir einmal das an! Die Familie — zu guter Letzt mit vier oder fünf oder sechs Kindern — soll nun mit diesem von beiden Seiten, von der Frau und vom Manne, verdienten Wochenlohn auskommen. Die Leute sehen sich deswegen veranlaßt, ihre gesamten Familienverhältnisse noch weiter einzuschränken.

Da komme ich nun auf etwas anderes, was ebenfalls in der Denkschrift hervorgehoben wird und was aussieht und sich anhört wie eine Verhöhnung besonders der Tabakarbeiterinnen. Es wird da unter anderem behauptet — ich lese es wortwörtlich vor —:

> „Bei der jungen Zigarrenarbeiterin spielt die Eitelkeit oder besser gesagt, der Trieb, sich geltend zu machen und zu gefallen, eine entscheidende Rolle."

Bei solchen Löhnen, wie sie heute in der Tabakindustrie bezahlt werden — 5, 6, 7 M. in der Woche verdienen junge Mädchen mit 17, 18, 19 Jahren! — bleibt wahrlich kein Pfennig übrig, um sich etwa seidene Strümpfe oder Lackschuhe kaufen zu können, wie es aus dieser Denkschrift hervorgeht. Aber einige Zeilen weiter unten kommt sofort der Widerspruch gegenüber dieser Behauptung der Denkschrift. Es heißt dort weiter:

> „Als besonderer Trick wurde uns im Unterland mitgeteilt, daß alte Kleider aufgefärbt werden, damit die Leute meinen, die Mädchen hätten wieder ein neues Kleid bekommen."

Ist vielleicht das die „Eitelkeit", daß sich diese Tabakarbeiterinnen ihre alten Kleider renovieren lassen?! Soll das die „Eitelkeit" bedeuten, von der weiter oben die Rede ist?!

Ich sage aber weiter, daß die ungeheuere Not innerhalb der Tabakarbeiterinnen und Tabakarbeiter ganz kraß zum Ausdruck kommt, wenn man auf derselben Seite den letzten Absatz liest:

> „Besonders ungünstig liegen die Fälle 9, 11, 23, 24 und 41. In den allererbärmlichsten Familienverhältnissen waren auch die Kinder auf Lumpen gelegt und mit solchen zugedeckt."

Ich meine, es ist wirklich eine Verhöhnung, wenn man behauptet, daß die Tabakarbeiterinnen seidene Strümpfe und Lackschuhe tragen, während man auf derselben Seite zugeben muß, daß sie alte Kleider wenden, um sich neuen Kleider ähnliche daraus zu machen und daß die Kinder der Familien mit Lumpen zugedeckt werden, auf Lumpen schlafen müssen. Aus dem oberen Satz ist nichts anderes herauszulesen als eine wirkliche Verhöhnung der Tabakarbeiterinnen und Tabakarbeiter.

Eine andere Frage ist die, ob die Vertreter der Gewerkschaften wirklich ihre Pflicht so erfüllt haben, wie es durch den Berichterstatter hier zum Ausdruck gekommen ist (Zuruf vom Zentrum: Wollen Sie das Gegenteil behaupten?). In der Tabakindustrie wird heute 9½ bis 10 Stunden gearbeitet, das heißt, wo voll gearbeitet wird (Zuruf vom Zentrum). Diese Tarife wurden von den Gewerkschaften abgeschlossen. Das behauptet die Denkschrift (Auf einen Zuruf des Abg. Hartmann:) 9½ Stunden. Wenn Sie das übersehen haben, so ist das Ihr Fehler; wir haben das festgestellt. Weiter ist gesagt worden — was ebenfalls aus der Denkschrift hervorgeht —, daß der Durchschnittslohn höchstens 15 M. beträgt. Wir können uns entsinnen und stellen hier fest, daß der Kampf, den wir geführt haben, sich gegen diese Methoden gerichtet hat, mit denen man solche Löhne und solche Arbeitszeit tarifmäßig festgelegt hat. Es war die Periode der Arbeitsgemeinschaft, und gerade der Herr Abg. Heurich ist es gewesen, der vor ganz wenigen Tagen hier im Plenum zum Ausdruck gebracht hat, daß man wieder zu dieser Arbeitsgemeinschaftspolitik zurückkehren müsse. Wenn man die Politik wieder aufnehmen will, gemeinschaftlich mit dem Unternehmertum in loyaler, freundlicher Art und Weise die Arbeitsbedingungen, die Löhne, die Arbeitszeit, festzulegen ist, so ist das nichts anderes als die Wiederaufnahme der alten Arbeitsgemeinschaftspolitik, wie sie zum Verderben der gesamten deutschen Arbeiterklasse geworden ist. Ich stelle aber hierbei fest, daß diese Arbeitsgemeinschaftspolitik nicht allein von den Vertretern der christlichen Gewerkschaften, sondern auch von denen der freien Gewerkschaften getrieben wurde.

Besonders kraß kommen die schlechten Ergebnisse der Arbeitsgemeinschaftspolitik zum Ausdruck, wenn man die Löhne der Tabakarbeiterinnen und Tabakarbeiter in Baden vergleicht mit den Löhnen im übrigen Reich. Es ist das mit Zahlen festgelegt worden. Trotzdem in Baden ¹/₅ der gesamten deutschen Tabakarbeiterschaft beschäftigt ist, trotzdem Baden-Pfalz einen sehr großen Teil des Tabaks anpflanzt, aus dem Zigarren und Zigaretten hergestellt werden; trotzdem man gerade in Südwestdeutschland für diesen Tabak, aus dem die Zigarren und Zigaretten hergestellt werden, keine hohen Frachtsätze zu zahlen hat — im Gegensatz zu dem Tabak, der nach Norddeutschland befördert wird —, sind hier in Südwestdeutschland die Löhne um 10 bis 15 Proz. niedriger als bei der Tabakarbeiterschaft im Norden.

Und da redet man noch davon, daß die Gewerkschaftsführer voll und ganz ihre Pflicht getan hätten! Unserer Auffassung nach ist das eben nicht geschehen, sondern man hat in Gemeinschaft mit dem Unternehmertum versucht, auf Kosten der Arbeiterschaft dieses bankerotte Wirtschaftssystem wieder aufzubauen. Teilweise ist es der Klasse der Unternehmer, der die Gewerkschaftsvertreter der christlichen und freien Organisationen geholfen haben, gelungen, und es gab ja eine Zeit, wo die Unternehmer brutal gesagt haben: Wir verzichten jetzt auf euere Arbeitsgemeinschaftspolitik. Jedenfalls war das so aufzufassen: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen!" Und heute versuchen nun die Herrschaften, sich wieder bei dem Unternehmertum anzubiedern, um diese Arbeitsgemeinschaftspolitik weiter fortzuführen (Abg. Heurich: Da verstehen Sie nicht viel davon!). Ich nehme für mich in Anspruch, daß ich von diesen Dingen soviel verstehe wie Sie, Herr Abg. Heurich! (Abg. Schreck: Der Erfolg zeigt es doch, wohin es geführt hat: zum Elend!). Heute ist es doch praktisch so, daß auf Grund dieser Politik das Unternehmertum voll und ganz die Macht in der Hand hat. Nicht nur das Unternehmertum übt in der Ausbeutung seinen Druck auf die Arbeiterklasse aus, sondern auch der Staat als solcher. Es kommt auch in der Denkschrift zum Ausdruck, daß man gerade gegenüber der Arbeiterklasse in der Einziehung von Steuern und Steuerbeträgen in der brutalsten Weise vorgeht.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Während wieder 550 Millionen Steuernachlaß dem deutschen Kapitalisten geschenkt werden, kommt hier in der Denkschrift zum Ausdruck, wie man gegen kleine Leute vorgeht. „Zweifellos wären die Schulden noch wesentlich größer, wenn solche überhaupt gemacht werden könnten, aber es leiht niemand Geld her und fällige Beiträge werden insbesondere von der Steuerbehörde rücksichtslos eingetrieben." Auf der einen Seite die Besitzenden, Steuernachlaß, auf der anderen Seite die Besitzlosen, brutalste Eintreibung jeder Steuer und jeder Schuld, die der Staat von dem Betreffenden zu fordern hat.

In der Frage der Tuberkulose, der Krankheiten innerhalb des Tabakgewerbes hat man noch keine Schrift gelesen, wo irgend ein Arzt ganz konkret beweisen wollte, daß das Tabakgewerbe nicht die Gefahr der Lungentuberkulose in sich birgt. Man streitet darüber, ob das richtig oder falsch ist. Aber die Praxis zeigt uns, daß gerade in den Gebieten, wo die Tabakindustrie zu Hause ist, die Tuberkulose am schlimmsten haust, also jedenfalls ein Beweis dafür, daß das Tabakgewerbe für den Arbeiter und für die Arbeiterin in Frage der Lungenkrankheiten am gefährlichsten ist. Dazu kommen selbstverständlich noch die anderen Umstände, und die kann man nicht leugnen, die ebenfalls dazu beitragen zu dem Fortschreiten dieser menschenmordenden Krankheit.

Es haben noch die christlichen Gewerkschaften eine Broschüre herausgegeben, und der Redner des Zentrums hat es zum Ausdruck gebracht, wie heute die Verhältnisse im Hinblick auf die Wohnungen sich gestalten und da ist zahlenmäßig festgelegt, daß es 6 und mehr Menschen gibt innerhalb einer Familie, die in einem Raume nicht nur wohnen, sondern auch schlafen, unter Umständen auch noch arbeiten müssen. Wenn da selbstverständlich nur ein Mitglied dieser Familie von dieser Krankheit angesteckt ist oder sich diese Krankheit geholt hat in dem Tabakgewerbe, so werden die Familienmitglieder davon angesteckt.

Neben den anderen Fragen, die dabei noch auftauchen, und die während der ganzen Debatte nicht zum Ausdruck gebracht worden sind, obwohl sie in der Denkschrift ebenfalls enthalten sind, ist die, man schiebt in der Frage der Tuberkuloseansteckung auch in dieser Denkschrift die Schuld der Arbeiterin, dem Arbeiter zu. Hier heißt es z. B.: Als indirekte Ursache der vermehrten Tuberkuloseerkrankungen läßt Brauer auch die ungünstige wirtschaftliche Lage und unausreichende Lebensweise der Zigarrenarbeiter bei engem Zusammenarbeiten der Geschlechter und frühzeitigem sexuellem Verkehr gelten! Wenn das seine Geltung haben soll, dann darf man sich nicht damit begnügen, daß man vor einem halben Jahre eine Förmliche Anfrage gestellt hat an die badische Regierung, ob sie gewillt sei, eine Denkschrift auszuarbeiten, um ganz konkret die Verhältnisse der Tabakindustrie unter Augen zu bekommen, sondern dann ist notwendig, daß man, weil man die Verhältnisse kennt — und ich nehme an, daß sie den christlichen Gewerkschaftsführern sogar genau bekannt waren, bevor diese Denkschrift gekommen ist — dann sind eben andere Mittel notwendig, die angewandt werden müssen, um solche Gefahren zu beseitigen (Abg. Heurich: Vorschläge machen!). Dann ist es notwendig, Wohnungen zu bauen. Wir können aber das Geld nicht geben, damit man Wohnungen bauen kann, wir könnten es nur durchführen, wenn Sie uns jetzt nicht Widerstand entgegensetzen wollten, daß in kürzerer Zeit schon ein großer Teil von Wohnungen beschafft wäre, um solche Mißstände zu beseitigen. Sie haben ja in der nächsten Zeit Gelegenheit, zu beschließen, wenn Sie vor die Frage gestellt werden, einige Paläste des früheren badischen Großherzogs umzuwandeln zu dem Zwecke, zu dem auch Sie einen Antrag gestellt haben, damit Heime für Kriegskrüppel beschafft werden. Da können Sie dann praktisch beweisen, ob Sie für die Beseitigung der Wohnungsnot sein wollen. Wir bezweifeln das stark, daß Sie dafür sein werden, unseren Vorschlägen hier Ihre Zustimmung zu geben (Abg. Bock: Das gefällt Ihnen nicht, Herr Heurich!) (Abg. Heurich: Sehr gering, sehr wenig.) (Abg. Bock: Ob Sie das wenige tun werden?) (Abg. Heurich: Ich erwarte mehr.) (Präsident: Ich bitte, die Zwischengespräche zu unterlassen).

Nun kommt noch in dieser Denkschrift ein sehr weiser Satz zum Ausdruck, der folgendermaßen lautet: „Armut, Ernährungsweise, Alkoholkonsum lassen auf statistischem Wege keinen Einfluß auf die Zunahme der Tuberkulose erkennen (Abg. Bock: Allerhand!). Daß man einen solchen Satz schreiben kann, daß Armut, Ernährungsweise keinen Einfluß haben, wo man doch auf Grund dieser Denkschrift feststellen kann, daß die ganze Ernährungsweise der Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen Unterernährung ist, und wenn man weiterhin feststellen kann, daß auf Grund der Unterernährung gerade der Boden für die Fortpflanzung dieser Krankheit geschaffen wird, daß man auf Grund dieser Tatsachen, die tausendfach bewiesen sind, einen solchen Satz in eine Denkschrift schreiben kann, ist uns vollständig unbegreiflich. Wir haben verschiedentlich wiederholt gefordert, daß die Arbeitsplätze, Arbeitsräume, die der Tabakarbeiterinnen und Tabakarbeiter in hygienischer Hinsicht sehr umänderungsbedürftig sind, daß man hier sehr viel dazu beitragen kann, daß der Tabakstaub, von dem man zwar bis jetzt annimmt, daß er keine Ansteckungsgefahr für die Lungentuberkulose bildet, daß dieser Tabakstaub aus diesen Räumen, sobald er vorhanden ist, wieder entfernt wird. Ich glaube, wenn die Herren Gewerkschaftsvertreter, besonders der christlichen Gewerkschaften, ins Zeug gelegt hätten, daß die hygienischen Einrichtungen verbessert werden, es hätte vielleicht etwas dazu beigetragen, daß sich die Herren Unternehmer bewogen gefühlt hätten, hier einige Verbesserungen einzuführen. Aber auf diesem Gebiete hat man keinen Ton irgendwie verlauten lassen. Wir nehmen aber bestimmt an, daß man hier sehr vieles noch tun kann, um dieser ungeheuren Gefahr noch vorzubeugen. Es wird nun behauptet, daß der Staub des Tabaks keine unmittelbare Gefahr für die Herbeiführung der Lungentuberkulose bedeutet. Es heißt, daß er reizend auf die Schleimhäute des Menschen wirkt und wenn etwas reizend auf die Schleimhäute des Menschen wirkt, so ist es klar, daß dadurch eine Ansteckung innerer Organe vor sich geht, daraus die Lungenschwindsucht entsteht. Das ist nach meiner Auffassung ein ganz logischer Fortgang, angefangen von dem Tabakstaub bis zur Lungentuberkulose. Aber diese Dinge will man scheinbar nicht gelten lassen, trotzdem, wie vorhin erwähnt worden ist, feststeht, daß in den Tabakindustrien die Lungentuberkulose am allerschlimmsten wütet. Was für uns noch sehr bemerkenswert ist, ist das, daß die Kinderarbeit in der Tabakindustrie wieder ziemlich stark zugenommen hat. Wie die Denkschrift feststellt, sind es im Jahre 1912 nur noch 2 Kinder gewesen, die in der Tabakindustrie beschäftigt wurden, die Denkschrift stellt nunmehr fest, daß neueren Datums es bereits wieder 31 Kinder seien. Das ist eine vielhundertprozentige Zunahme gegenüber dem, was 1912 gewesen ist. Will man vielleicht auch etwa hier behaupten, daß sogar das kleine Kind schon gerne in die Fabrik ginge, um ebenfalls sich ausbeuten zu lassen von dem Tabakindustriellen. Niemand wird in der Lage sein, das zu sagen, aber gezwungenermaßen, wie die Familienmütter, müssen die Kinder in den Betrieb hineingehen und zwar im Laufe des verflossenen Jahres in steigendem Maße, um den Unterhalt der Familie

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

zu verdienen. Hier müßte man unter allen Umständen — das könnte man nach meiner Auffassung sofort tun — von Seite der Regierung diese Kinderarbeit nicht nur so verbieten, wie sie seither verboten war, sondern etwas energischer einschreiten, damit es überhaupt nicht mehr vorkommen kann, ein Kind zu beschäftigen. Tut man das nicht, so wird die Folge die sein, daß die Kinderarbeit in den Betrieben wieder zunimmt, besonders auf dem Gebiete des Tabakgewerbes wird man versuchen, die Kinder wieder auszubeuten. Es ist in vielen Betrieben der Tabakindustrie gestattet, daß die Angehörigen, die Kinder der Familie, wenn der Vater und die Mutter in einem Betriebe schafft, daß diese Kinder freien Zutritt in den Betrieb zu den Eltern haben. Solange die schlechten hygienischen Einrichtungen noch bestehen in den Betrieben, dürfte man das unter keinen Umständen dulden, daß die Kinder zu den Eltern in die Betriebe gehen.

Nun möchte ich zum Schluß noch auf etwas anderes hinweisen. Es wurden Vorschläge gemacht, d. h. die Vorschläge, die hier in der Denkschrift gemacht werden, sind eigentlich nach unserer Auffassung keine Vorschläge, die eine Besserung herbeiführen. Der Redner der Zentrumsfraktion schlägt vor, man solle den Zuzug nach dem Tabakgebiete sperren. Das ist nicht nur ein Verstoß gegen die Verfassung, sondern es ist nach unserer Auffassung eine Zwangsarbeit. Wenn man damit rechnet, daß in der Tabakindustrie in der nächsten Zeit sich die Konjunktur etwas hebt, und diese Sperre eingeführt wäre, könnten die Unternehmer in diesem ganzen Gebiet mit den dort beschäftigten Arbeitern nach Belieben verfahren, ohne daß es möglich wäre, daß sich die Arbeiter dagegen wehren könnten. Ebenfalls zwingt man den Arbeiter, der eben den Tabakarbeiterberuf ergreifen will, vielleicht auf Grund seiner körperlichen Schwäche, einen anderen Beruf zu erlernen. Gegen eine solche Maßnahme müssen wir uns auf das entschiedenste verwahren. Es wird allgemein damit gerechnet, daß sich die ganze Absatz- und Finanzkrise, in der wir leben, in der nächsten Zeit heben wird, daß sich die Verhältnisse bessern werden und auf Grund dessen die Erwerbslosigkeit wieder nachlassen werde, und die Kurzarbeit beseitigt werden kann. Das ist die Hoffnung, die die bürgerlichen Parteien haben.

Der Herr Abg. Klaiber schlägt vor, zur Besserung der Tabakindustrie höhere Zölle zu schaffen. Ja, das hat man schon einmal versucht. Man hat die Zölle wieder eingeführt und gleich von vornherein sehr gesalzen. Es waren die Parteien, die heute so sehr klagen, die Zentrumspartei und die sozialdemokratische Partei und es war uns tatsächlich interessant, wie heute früh diese Parteien sich gegenseitig die Meinung gesagt haben. Es hat so herausgeklungen, als wollten die einen zu den andern sagen, Ihr seid schuld, und ebenfalls schallte es wieder so zurück von der anderen Seite. Aber aus der Praxis haben wir gesehen, daß alle beiden Parteien schuld sind an der Wiedereinführung nicht nur der Tabakzölle, sondern sämtlicher Zölle und es hat sich bis zum heutigen Tag bewiesen, daß die Zölle, die eingeführt wurden, keine Verbilligung der Produktion in der Tabakindustrie herbeigeführt haben, sondern eine Verteuerung. Wenn der Herr Abg. Klaiber die Zölle noch weiter erhöhen will, so wird die logische Folge davon sein, daß die Preise der gesamten Tabakprodukte noch weiter erhöht werden müssen (Zuruf des Abg. Klaiber: Was haben Sie gesagt beim Getreidezoll?). Beim Getreidezoll haben wir dieselbe Auffassung, das wird sich ändern, da sind andere Ursachen vorhanden als in der Tabakindustrie. Bei der Auseinandersetzung, die die beiden Parteien Zentrum und Sozialdemokratie heute früh gehabt haben, ist mir eingefallen ein Gedicht von Heinrich Heine:

„Und es will mich schier bedünken,
Daß der Rabbi und der Mönch,
Daß sie alle beide stinken"

denn, wenn man gemeinsam jahraus, jahrein Politik macht, gemeinsam in der Regierung, in der Arbeitsgemeinschaft die Tarife festsetzt, die Löhne, die Arbeitszeit, die Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse festlegt und beständig sehen muß, daß die Verelendung dieser gesamten Arbeiterklasse immer größer wird, so tragen eben beide Parteien an dieser Verelendung der Arbeiterklasse die Schuld, die diese Politik jahraus, jahrein getrieben haben. So sind diese Dinge wahrlich nicht anders als sie durch dieses Gedicht, durch einen Vers dieses Gedichtes, charakterisiert werden. Heute stellen sich die Dinge wirtschaftlich so und ich will hier kurz versuchen, das Gegenteil von dem zu beweisen, was sie behaupten. Wir haben eine Absatzkrise, eine Finanzkrise, eine Absatzkrise im Inland, weil die Kaufkraft der breiten Massen der Bevölkerung fehlt. Die Kaufkraft fehlt deshalb, weil ein konzentriertes Unternehmertum heute versucht, die wirtschaftliche Macht vollständig an sich zu reißen und bereits diktiert die Arbeitslöhne und die Arbeitszeit.

Der Absatz nach dem Auslande wird für Deutschland wohl auf sehr lange Zeit in der Luft liegen. Denn auch das Ausland hat sich, genau so wie Deutschland — das heißt, wie das Vordeutschland — gestärkt und geschützt; es hat sich vor einer eventuell wiederkehrenden deutschen Schmutzkonkurrenz geschützt: in Gestalt von Zöllen haben sie Barrikaden um ihre Grenzen gelegt; sie brauchen jetzt keine deutschen Produkte, sie können, wenigstens zum größten Teile, heute selbst das produzieren, was sie in Friedenszeiten von Deutschland her bezogen haben (Abg Klaiber: Wir dürfen's nicht machen!). Ja, Herr Abg. Klaiber, Sie können uns vielleicht einmal sagen, wie man das machen soll! Wir haben schon oft den Weg gezeigt, wie man das machen kann; aus Ihrem Munde haben wir darüber noch nie etwas gehört! (Abg. Klaiber: Den Inlandsmarkt sollen Sie stärken helfen! — Abg. Bock: Geben Sie höhere Löhne! — Erneuter Zuruf des Abg. Klaiber). „Damit die Kaufkraft gestärkt wird und man mehr kauft?" Wenn die Kaufkraft gestärkt ist, dann wird vor allen Dingen das gekauft werden, was in allererster Linie die Arbeiterklasse notwendig hat: neben der Beschaffung der Lebensmittel wird sie in erster Reihe daran gehen, wieder einmal ihren Haushalt aufzufrischen, der vollständig auf den Hund gekommen ist. Es besteht also keine Hoffnung, die Produktion irgendwie in einem solchen Maße zu heben und zu beleben, daß die Arbeitslosigkeit so weitgehend nachlassen könnte, wie Sie sich das erträumen.

Heute sagen — vor wenigen kam das auch hier zum Ausdruck — große Teile der Wirtschaftler, auch solche, die früher einen andern Standpunkt vertreten haben, daß wir in Deutschland nicht nur aller Wahrscheinlichkeit nach, sondern ganz bestimmt auf sehr lange Jahre hinaus eine Riesenarbeitslosigkeit behalten werden. Diese Masse von 1½ bis 2 Millionen Erwerbsloser ist einerseits einmal aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet; andererseits fehlt ihr vollständig die Kaufkraft, weil der heutige Staat dem einzelnen Erwerbslosen nicht soviel gibt, was er braucht, um wirklich eine menschenwürdige Existenz fristen zu können. Schon die Tatsache, daß eine Arbeitslosigkeit von solchem Ausmaß besteht und daß so viele Arbeiter aus dem Produktionsprozeß herausgerissen wurden, bildet einen Beweis dafür, daß das

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Darniederliegen der Produktion nicht behoben werden soll — besonders dann nicht, wenn man auch weiterhin dazu übergeht, einen großen Teil der deutschen Wirtschaft, das heißt einen großen Teil der deutschen Produktionsmittel zu zerstören. Wenn man „Produktionsaufbau" treiben will, dann darf man nicht Produktionsmittel zerstören, sondern dann muß man diese Mittel erhalten und fördern. Geht man aber dazu über, einen großen Teil des gesamten deutschen Wirtschaftsapparates zu zerschlagen — ein ungeheuerer Widersinn und Widerspruch! —, dann kann man nicht sagen, daß man die deutsche Produktion heben wolle: dann will man einen gewissen Teil aus der Produktion ausschalten, dann will man die freie Konkurrenz vollständig ausschalten und will die gesamte deutsche Wirtschaft monopolisieren, damit man, wie ich vorhin schon gesagt habe, so recht nach Herzenslust die Löhne diktieren und die Arbeiter ausbeuten kann. Dann werden die Preise nach Herzenslust diktiert von der Klasse der Großindustriellen, von der Klasse der Besitzenden (Zuruf des Abg. Schreck).

Meistens kommt dann als Trost zum Ausdruck — und jedenfalls wird es oftmals den christlichen Arbeitern gesagt werden —: Seid duldsam! seid genügsam!, wenn Ihr auch jetzt hungern müßt, dann wird es Euch dann später einmal im Himmel umso besser gehen. Wir glauben nicht, daß heute noch große Teile der Arbeiterschaft an solche Märchen glauben (Zuruf aus der Mitte: Aha!). Wenn es aber umgekehrt wäre — wenn alle diejenigen, die heute auf der Erde ihren Himmel haben, später einmal, wenn sie dort in jenen andern Himmel kommen, hungern müßten, weil sie es hier auf der Erde so schön gehabt haben —, dann käme auch eine ganze Anzahl Angehöriger der Zentrumspartei in diese mißliche Lage, jenseits dieser Erde hungern zu müssen (Lachen beim Zentrum — Zurufe — Abg. Kühn: Wie er das weiß!).

(Zum Zentrum gewendet:) Sie haben einen Hirtenbrief herausgegeben, in dem unter anderm empfohlen wird, jetzt die Fastenzeit wieder in der Weise durchzuführen, wie das üblich war. Da heißt es in einem Satz: Wer arm ist, der braucht nicht zu fasten (Abg. Bock: Das ist sehr gut!). „Wer arm ist, der braucht nicht zu hungern": das ist gar nichts anderes als eine Verhöhnung der großen Masse der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands, zu gleicher Zeit aber auch eine Verhöhnung (Abg. Schreck: der Tabakarbeiter!) ja, gewiß, derjenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, über die wir uns nun schon den ganzen Vormittag unterhalten. Wenn man von seiten der Regierung Zustände, wie sie in der Denkschrift zur Darstellung gelangen, als „günstige" bezeichnet; wenn ein Arbeiter, sobald er in der Woche sechs Mark verdient, sobald er 30 Ar Land und eine Ziege besitzt und Kartoffeln zu essen hat, nach Auffassung der Regierung in „günstigen Verhältnissen" lebt —: dann möchten wir von Ihnen (zum Zentrum gewendet) einmal hören, was man sich eigentlich unter Armut vorstellt und wie arm man sein muß, bis von Ihnen diese Armut als solche anerkannt wird. Ich glaube, dieser Zustand wird dann erreicht sein, wenn die Betreffenden nach Professor Gruber und Poincaré nach dem Jenseits auf den Dawesfriedhof auswandern müssen. Das wird nach Ihrer Auffassung „Armut" sein; bevor ein Arbeiter oder eine Arbeiterin nicht dort angelangt ist, leben sie nach Ihrer Auffassung noch in „günstigen" Verhältnissen.

Wir haben nicht die Auffassung, daß all die Vorschläge, Winke und Mittel, die hier gegeben werden, eine Besserung in der Lage der jetzt notleidenden Tabakarbeiter und -arbeiterinnen herbeiführen werden. Aber wir haben die Auffassung — und da kann das Zentrum sehr gut zeigen, ob es wirklich gewillt ist, etwas für die Tabakarbeiter zu tun! —, daß man den erwerbslosen Tabakarbeitern wie der Gesamtheit unserer erwerbslosen Arbeiterschaft eine 50prozentige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung geben sollte; den Kurzarbeitern, wie sie besonders in der Tabakindustrie vorhanden sind, sollte man schon vom ersten Tag die Kurzarbeiterunterstützung mindestens in der Höhe der Erwerbslosenunterstützung zukommen lassen, und dann sollte man so rasch als möglich — (auf einen Zuruf:) nein, das bekommen sie eben nicht, das werde ich Ihnen gleich nachweisen! — dann sollte man so rasch als möglich — nicht etwa nur in den Worten einer Debatte oder einer Denkschrift — Notstandsarbeiten durchführen, bei denen die Arbeiter wirklich nach Tariflöhnen bezahlt werden.

Das sind drei Forderungen: Wenn das Zentrum für deren Verwirklichung eintritt, dann kann den christlichen Tabakarbeitern geholfen werden; aber das Zentrum tritt eben nicht dafür ein. Gerade jetzt erst ist wieder im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags beschlossen worden, daß erst vom dritten Tage der Kurzarbeit an die Kurzarbeiterunterstützung bezahlt werden muß. Hier könnte sich das Zentrum und hier könnten sich besonders die christlichen Gewerkschaftsführer ein Verdienst erwerben, wenn sie an ihren christlichen Arbeitsminister Brauns herantreten und ihn auffordern wollten, daß so rasch als möglich schon vom ersten Tage an Kurzarbeiterunterstützung gegeben wird.

Weiterhin hat das Zentrum in diesem Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages noch in einer andern Frage den Nachweis erbracht, daß es nicht ernstlich gewillt ist, für die Erwerbslosen und Kurzarbeiter, auch für diejenigen der Tabakindustrie, einzutreten. Bekanntlich hatten die zwei Arbeiterparteien des Reichstags, die sozialdemokratische und die kommunistische Partei, einen Antrag auf 50prozentige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze gestellt; die Zentrumspartei hat zusammen mit sämtlichen bürgerlichen Parteien im Reichstag diesen Antrag abgelehnt (Abg. Bock, zum Zentrum gewendet: Stimmt das?): Ein Beweis dafür, daß es mit der Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums nicht allzuweit her ist.

Das Zentrum hat dort einen Antrag gestellt, die Erwerbslosenunterstützung so zu erhöhen, daß sie 75 Proz. des durchschnittlichen Wochenlohns des Arbeiters ausmacht. Wer nun weiß, wie die Löhne in ihrem Geldwert zum großen Teil beschaffen sind, der wird sich sagen müssen, daß das in der Praxis bedeuten würde einen Abbau der jetzt bestehenden Erwerbslosenunterstützung. Diesen Antrag hat das Zentrum im Reichstage gestellt, und dieser Antrag wurde abgelehnt nicht nur von Arbeiterparteien, sondern auch von anderen Parteien. Aber, wie gesagt, es hat keinen Wert, wenn sich besonders die Zentrumspartei hier im badischen Landtag ständig das Mäntelchen der christlichen Nächstenliebe umhängt und erklärt: „Wir müssen und wollen alles tun, wir wollen jetzt zu Taten schreiten", und wenn im selben Augenblick dieselbe dieselbe Zentrumspartei in einem anderen Parlament, im Reichstag, gerade das Gegenteil von dem tut, was man hier redet (Abg. Bock: Das ist Zentrumspolitik!). Das ist wirkliche, wahre Zentrumspolitik, das war bis zum heutigen Tage Zentrumspolitik, und wir haben gar keinen Glauben daran, daß es mit dieser Zentrumspolitik in der nächsten Zeit etwa besser werden wird, wir glauben vielmehr, daß die Politik des Zentrums in der nächsten Zeit noch bedeutend arbeiterfeindlicher werden wird, als sie bis zum heutigen Tag gewesen ist.

Wir stellen also den Forderungen, die hier in der Denkschrift zur Rettung aus der Notlage der Tabakarbeiterinnen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

und Tabakarbeiter angepriesen werden, unsere Forderungen gegenüber und verlangen: erstens, daß die Kurzarbeiterunterstützung vom ersten Tage an und mindestens in der Höhe gegeben wird, die die höchste Klasse der Erwerbslosenunterstützung beträgt, zweitens, daß die Erwerbslosenunterstützung um 50 Proz. erhöht, und drittens, daß sofort Notstandsarbeiten beschafft und eingeführt werden. Gerade aus dem Munde der Zentrumsredner kam es ja zum Ausdruck, daß die Tabakarbeiterinnen und Tabakarbeiter ja gar keine Erwerbslosenunterstützung wollen, sondern daß sie arbeiten wollen. Auch unsere Auffassung ist es, daß die vielen Millionen Erwerbslose arbeiten wollen. Warum gibt ihnen der Staat keine Arbeit? Warum geben ihnen die Klöckner und Thyssen, diese „christlichen" Unternehmer, keine Arbeit sonnern werfen ihre Arbeiter zu Tausenden auf die Straße? Warum tun sie gerade das Gegenteil? Ich betone noch einmal: Gerade in den Reihen der Zentrumspartei gäbe es genügend Gelegenheit und genügend Mittel, der Erwerbslosigkeit wirklich entgegenzutreten, wenn sie eine wirkliche Arbeiterpolitik und keine Unternehmerpolitik, keine Politik im Interesse der Kapitalisten betreiben würde.

Wir können es deswegen sehr leicht begreifen, wenn man schon im Ausschuß Bauchschmerzen gehabt hat, wie man nun den Antrag den man dem Landtag unterbreiten will, formulieren soll. Diese ganze Denkschrift mit ihrem Zahlenmaterial mag vielleicht den Nutzen haben, daß die Öffentlichkeit auf dieses ungeheuere Elend aufmerksam wird, aber sonst sagt sie nichts.

Andere Mittel als die, die ich jetzt angeführt habe, sind zur gegebenen Zeit nicht möglich, weil der Klassenstaat als solcher und seine Vertreter eben dieses System, das sich von Tag zu Tag mehr als ein bankerottes System erweist, beibehalten haben. Anders wird es werden — und das betone ich hier wieder, Herr Abg. Heurich (Abg. Heurich: Jetzt kommt die Lösung! — Gegenruf von den Kommunisten), anders wird es werden (Zuruf des Abg. Heurich), wenn die deutsche Arbeiterklasse — nicht etwa wir Kommunisten, sondern die deutsche Arbeiterklasse — sich mit sämtlichen Ausgebeuteten und Unterdrückten, die es ja heute zu Millionen mehr gibt, als zu einer Zeit vor dem Kriege von 1914 und auch weiter zurück, sich zusammenschließt und selbst ihre Geschicke in die Hand nimmt. Herr Abg. Heurich, dann wird es in Deutschland ganz bestimmt besser — nicht etwa von heute auf morgen —; das arbeitende Volk als solches, das allein die Werte schafft, wird sich dann selbst seinen Staat aufbauen, selbst die Produktion so gestalten, wie es eben diese Klasse für gut hält (Abg. Schreck: Profite ausschalten!). Solange aber die Klasse der Besitzenden die Zügel in der Hand hat, ein Staatssystem vergöttert und versucht, dieses bankerotte Staatssystem wieder aufzubauen mit seinem Kapitalismus, der nichts anderes kennt als Ausbeutung und Profit, solange wird die Not, das Elend, das Los der Arbeiterklasse, der Ausgebeuteten und Unterdrückten ebenso sein wie heute, wenn es nicht noch schlechter wird! Beschreitet aber die Arbeiterklasse den Weg, den wir vorzeigen, dann wird es bei uns so gehen, wie es schon in einem anderen Staat gegangen ist, und zwar in Sowjetrußland (Lachen), es wird dann genau so, wie dort die Arbeiterklasse zu sagen hat, die Arbeiterklasse befehlen und die Arbeiterklasse sich ihre Verhältnisse selbst schaffen (Zuruf des Abg. Heurich). Und dieser Weg, sagen wir, ist der einzig richtige, wenn die Arbeiterklasse aus diesem Elend, aus dieser Not herauskommen will (Beifall bei den Kommunisten).

Abg. Dees (D. Dem. P.):

Ich will mich weder auf das Gebiet der großen Wirtschaftspolitik, noch auf das der Theologie begeben, das mein Herr Vorredner betreten hat (Heiterkeit), sondern will nur ein paar sachliche Bemerkungen machen.

Der Herr Berichterstatter hat an der Denkschrift gerühmt, daß die breite Öffentlichkeit durch sie auf die schwierige Lage der Tabakarbeiter hingewiesen worden sei. Ich habe nun den Eindruck, daß die Denkschrift in der Öffentlichkeit leider nicht die Beachtung gefunden hat, die sie ganz zweifellos verdient (Sehr richtig! — Zuruf des Abg. Bock). Vielleicht könnte der Herr Präsident des Gewerbeaufsichtsamts einen oder mehrere kurze, prägnante Auszüge über den wesentlichen Inhalt herstellen, und sie durch die Presseabteilung der Regierung an die Zeitungen des Landes verschicken lassen. Ich möchte glauben, daß man auf diese Weise das Interesse der Öffentlichkeit für diese Denkschrift und für die Fragen, die sie behandelt, heben könnte. (Abg. Schreck: Das überlassen sie gefälligst uns! das machen wir! — Abg. Hartmann: Das haben wir schon längst gemacht! — Gegenruf des Abg. Bock: Vorsichtig! Sehr vorsichtig! — Glocke des Präsidenten.) Denn in der Tat hat es der Inhalt der Denkschrift verdient, daß er in den weitesten Kreisen bekannt wird.

Man wird nicht ohne innere Bewegung über all das erschütternde Elend, von dem dieser Bericht erzählt, die Denkschrift aus der Hand legen, und es werden alle Parteien aus diesem Hause hinter der Regierung stehen, wenn sie Maßnahmen ergreift, um die schwere Notlage, die die Denkschrift aufzeigt, zu lindern.

Diese Notlage hat ja ihren Grund nicht nur in der allgemeinen schweren wirtschaftlichen Krise, in der wir drinstehen — obwohl diese natürlich gerade auch auf die Tabakindustrie in außerordentlich großem Maße rückwirkt; das ist ja ganz selbstverständlich — sondern auch in den ganz besonderen Verhältnissen der Tabakindustrie und der Tabakarbeiter. Ich will auf diese Dinge bei der vorgerückten Zeit nicht näher eingehen; sie sind ja in der Diskussion bereits mehrfach und gebührend hervorgehoben worden.

Ich möchte nur ein paar Worte zu dem sagen, was der Herr Kollege Klaiber hier angeführt hat.

Der Herr Kollege Klaiber hat, wenn er den angeblich zu großen Zwischengewinn des Tabakhandels bemängelte, doch, glaube ich, eine zu rohe Art der Berechnung gewählt. Man darf auf so rohe und primitive Unterlagen eine Berechnung nicht stützen, und man darf, insbesondere wenn man keine besseren Unterlagen hat, als er sie uns hier dargelegt hat, nicht den Vorwurf der Preistreiberei erheben. Man darf, glaube ich, doch nicht nur die Kosten des Rohmaterials berechnen und dem gegenüber die Kosten des fertigen Produkts stellen, sondern man muß auch einkalkulieren all die vielen Kosten für Ladenmiete, Reklame, Steuern und was derartige Dinge mehr sind, und man dürfte erst dann Vorwürfe gegen den Einzelhandel erheben, wenn man auf Grund sorgfältiger Berechnung zu der Auffassung gekommen wäre, daß hier eine Preistreiberei vorliegt. Eine solche sorgfältige Berechnung hat aber der Herr Kollege Klaiber hier nicht angestellt, und er kann sie nicht anstellen, weil er lediglich die ganz rohen Zahlen des Rohprodukts und dann den Endpreis des Fertigfabrikats einander gegenüberstellt. Das scheint mir aber doch ein zu summarisches Vorgehen gewesen zu sein.

Wenn der Herr Kollege Klaiber nun bedauert hat, daß man für den Zuckerrübenbau bei der großen Arbeits-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

losigkeit ein paar hundert polnische Arbeiter nach Baden einführen muß, so können wir ihm da durchaus beipflichten. Wir freuen uns, daß wir in ihm einen Bundesgenossen im Kampf gegen den Import polnischer Arbeiter gefunden haben. Es war nämlich die demokratische Reichstagsfraktion, die gerade dieser Tage im Reichstag eine Anfrage an die Regierung richtete, was sie zu tun gedenke dagegen, daß viele Tausende von polnischen Landarbeitern nach Pommern eingeführt werden, trotzdem dort die große Arbeitslosigkeit auch unter den deutschen Landarbeitern besteht (Abg. Dr. Föhr: Wer macht das?). Wir möchten wünschen, daß Herr Klaiber seine Vorwürfe nicht nur an die badische Arbeiterschaft, an die badischen Erwerbslosen richtet, sondern daß er sie auch an seine Freunde in Norddeutschland unter den großen Gutsbesitzern richtet; ich glaube, dort wären sie bei weitem angebrachter als hier, denn dort handelt es sich um viele Tausende, wenn ich mich recht erinnere, um 50 000 polnische Landarbeiter, die dieses Jahr auf die großen Güter nach Pommern eingeführt werden sollen.

Im übrigen werden wir den Anträgen des Haushaltsausschusses zustimmen. Wir werden hinter der Regierung stehen, wenn sie Maßnahmen ergreift, die eine wirksame Abhilfe dieses ungeheuren sozialen Elends bedeuten.

Abg. **Eichenlaub** (Zentr.):

Verschiedene Bemerkungen, die während der Debatte hier gegen uns gefallen sind, besonders auch gegen meinen Kollegen Hartmann, veranlassen mich, einige Bemerkungen dazu zu machen. Zu den Ausführungen der Kommunisten oder des Abg. Ritter werde ich nichts bemerken, da wir es unter unserer Würde halten, auf solche Ausführungen, die immer und immer wiederkehren und klingen wie ein altes Drehorgelspiel, etwas zu erwidern (verschiedene Zwischenrufe).

Von seiten der Regierung und auch einigen Vorrednern ist es etwas übel genommen worden (Abg. Bock: Da dürfen Sie mit Ihrer Revolverschnauze gerade kommen), daß mein Kollege Hartmann hier einige kritische Bemerkungen zu der Denkschrift machte. Ich möchte feststellen, daß er in keinerlei Weise die Absicht hatte, die Denkschrift als solche irgendwie herabzusetzen. Er hatte nur zu drei Punkten Bemerkungen zu machen, Richtigstellungen, um draußen falschen Auslegungen entgegenzutreten. Im übrigen wird einstimmig in unserer Partei die große Arbeit und die Leistung anerkannt, die in dieser Denkschrift enthalten ist. Hervorragend kann man die Arbeit nennen. Sie bietet für jeden Politiker, für jeden Volkswirtschaftler und auch für jeden Sozialpolitiker und Sozialreformer eine wahre Fundgrube von Material. Sie bietet auch Vorschläge, von denen wir wünschen, daß sie von seiten der Regierung beachtet werden und daß die Regierung — wie es auch im Antrag des Haushaltsausschusses heißt — das Geeignete hierzu veranlaßt. Ich habe gestern im Haushaltsausschuß selber schon einige ergänzende Bemerkungen zu den Vorschlägen gemacht; ich darf es mir heute wegen der Kürze der Zeit ersparen, diese Vorschläge noch einmal zu wiederholen.

Nur ein Wort möchte ich an die Unternehmer selber richten, und zwar daß sie sich bemühen, bei den Verhandlungen über die Lohngestaltung und bei der Behandlung der Arbeiterschaft insbesondere der Zehntausenden von Frauen, soweit als irgend möglich entgegenzukommen. Kleine Lohnerhöhungen sollten, wie es mir selbst in der Vergangenheit mehr als einmal vorgekommen ist, nicht bekämpft werden, Lohnerhöhungen, die eigentlich draußen beim Verkauf sich kaum auswirken. Also auch hier heißt es für die Unternehmerschaft doch alles zu tun und in dem Sinne mitzuarbeiten, die Lage der Arbeiterschaft zu bessern, wie es auch hier von den verschiedenen Seiten zum Ausdruck kam. Nur noch eines will ich bemerken: Was den Frauen gegenüber gilt, gilt auch von den Schwerkriegsbeschädigten. Auch hier schonliche Behandlung und Rücksichtnahme und, soweit möglich, Beschäftigung.

Die Ausführungen der Abg. Frau Blase veranlassen mich, ihr gegenüber einige Bemerkungen zu machen. Sie hat geglaubt, uns gegenüber zur polemisieren wegen der Zoll- und Steuerfragen im Juli und August letzten Jahres. Wie liegen die Dinge? Unserer ganzen Gesetzgebung des Reiches des Jahres 1922 und 1923 hafteten die großen Mängel der Inflationszeit an, es mußten infolgedessen die entstandenen großen Mängel abgestellt, es mußten die Gesetze einer Änderung unterzogen, einer Neuregelung unterworfen werden. Darüber bestand auch für die Sozialdemokraten und für die übrigen Parteien keine Meinungsverschiedenheit. Die Reichsregierung hat letzten Jahres dem Reichstag ein ganzes Steuerbukett vorgelegt, wobei sich auch die Tabaksteuer als solche, d. h. die Banderolesteuer und der Tabakzoll befand. Die Frage des Tabakzolles ist im Tabaksteuergesetz schon von jeher geregelt. In der Vorkriegszeit betrug der Zoll 80 Mark für den Doppelzentner. Er wurde, wie schon von dem Kollegen Hartmann hervorgehoben wurde, im Jahre 1919 mit Zustimmung der Sozialdemokraten auf 130 Mark festgesetzt. Die Frage ist im Juni oder Juli 1919 behandelt worden. Mit dem Einsetzen der Inflation war die Reichsregierung auf zollpolitischem Gebiet zu einer Reihe von Maßnahmen gezwungen. Der Zoll hatte schon in der ersten Zeit keine Auswirkung mehr. Man ging zum Goldzoll über. Beim Tabak konnte man s. Zt. den Zollsatz in Gold von 130 Mark nicht aufrecht erhalten; man mußte nach und nach einige Ermäßigungen vornehmen und zwar dergestalt, wie sie eben die Wirtschaft nur einigermaßen ertragen konnte. Nach Abschluß der Inflation betrug der Goldzoll 30 Mark. Eine Neuregelung war notwendig, und nun ist in der Vorlage der Regierung vorgesehen gewesen, nicht den Zollsatz vom Jahre 1919, sondern den Zollsatz der Vorkriegszeit von 80 Mark einzuführen. Es ist also nicht die alte Zollhöhe verlangt worden, sondern die Zollhöhe der Vorkriegszeit. Nun kamen die Tabakbauern s. Zt. und verlangten einen Zollsatz in der Höhe von 130 Mark. Die Zentrumspartei, die immer wieder einen Ausgleich sucht, mußte nach der einen Seite ziemlich viel abwehren, das weiß auch der Herr Kollege Rückert, besonders in den Gegenden, wo der Tabak gebaut wird, wo der Landbund die Sache agitatorisch ausnützt. Das Zentrum mußte Rücksicht nehmen auf die Tabakarbeiter selbst, und wir sind den Weg gegangen, der schon in der Vorkriegszeit eingeschlagen war, einerseits mit Rücksicht auf den Tabakbau, andererseits aber auch mit Rücksicht auf die Tabakindustrie und Tabakarbeiter. Der Zollsatz von 130 Mark wurde unsererseits abgelehnt. Man hat sich dann geeinigt auf 80 Mark, und wenn seinerzeit die Sozialdemokraten in der Regierung gewesen wären, hätten sie ebenfalls diesem Zollsatz ihre Zustimmung gegeben.

Es ist hauptsächlich — und das wissen die Herren Sozialdemokraten der Reichstagsfraktion — auf die Tätigkeit des Zentrums zurückzuführen, daß die Erhöhung der Banderolensteuer nicht beschlossen wurde. Dort hat das Zentrum kategorisch erklärt, daß keine Erhöhung vorgenommen werden darf; denn diese Erhöhung hätte sich ganz anders ausgewirkt.

Nun zu der Frage der Unterstützung. Es ist richtig, daß seinerzeit ziemlich rasch die Bestimmungen über die Durch-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

führungen der Unterstützung in das Tabaksteuergesetz hineingearbeitet wurden, welche manche Mängel aufzuweisen hatten. Aber die Zentrumsfraktion war in den letzten Wochen bemüht, diese Mängel mit Nachdruck zu beseitigen. Man kann heute allgemein sagen: so wie die Dinge heute liegen, können die Tabakarbeiter zufrieden sein (Abg. Bock: Au, au! — Zurufe: Hört, hört!). Es gibt in Ihren Kreisen sogar Herren, die der Meinung sind, daß diese Regelung verkehrt ist, insbesondere daß die Kurzarbeiterunterstützung in der Form nicht hätte eingeführt werden dürfen. Also hier gehen die Meinungen auseinander. Ich will Namen nicht nennen, Sie wissen, welche Kreise das sind. Also der Vorwurf, als sei die Zentrumspartei schuld an der jetzigen ungünstigen Lage der Tabakarbeiter, trifft nicht zu. Sie wissen, daß die Ursachen auf anderen Gebieten liegen, ich brauche darauf nicht weiter einzugehen, ich möchte nur zum Ausdrucke bringen, daß die meiner Partei gegenüber gemachten Vorwürfe nicht am Platze sind.

Nun einiges zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Klaiber, der nicht hier ist. Er hat Anstoß genommen an dem Bericht im „Beobachter" über die Sitzung des Haushaltsausschusses. Seine heutigen Ausführungen haben aber davon nichts entkräftet. Er hat sich heute bei der Produktionsberechnung etwas geschickter ausgedrückt und etwas vorsichtiger, weil er anscheinend sich selbst nicht mehr getraut hat. Seine Ausführungen haben bewiesen, daß er immer noch zum Landbund gehört, zum Landbund, der ab und zu schnell in die Arena reitet, um den Beifall der Masse hervorzurufen, dem Landbund, der in erster Linie die Agitation kennt und weniger die praktische Arbeit. Es wurde dem Herrn Kollegen Klaiber von dritter Seite, von dem Herrn Kollegen Dees, der Vorwurf gemacht, daß er nicht mit genügender Sorgfalt die Dinge behandele. Das gilt auch für die Beschäftigung der Landarbeiter in Baden. Es ist von Regierungsseite die entsprechende Antwort erteilt worden, zu der ich folgendes ergänzend bemerken darf: Tatsache ist, daß die Frage seinerzeit vom Ministerium nicht von dem Gesichtspunkt aus aufgegriffen wurde, wie bekämpfen wir die Arbeitslosigkeit im allgemeinen, sondern wie können wir städtische und ländliche Arbeietr, die im Gewerbe drinstecken, umsiedeln und ansiedeln auf Gütern, wo Landarbeiter benötigt werden. Man hat die Frage in erster Linie behandelt von der Erstellung von Landarbeiterwohnungen und zwar, ich glaube das bemerken zu dürfen, weil in Baden der Großgrundbesitz von der Möglichkeit der Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen keinerlei Gebrauch gemacht hat. Es ist dies auffallend. Wir waren verpflichtet — wenn ich sage, wir, so meine ich diejenigen, die mit der Sache zu tun haben —, den Dingen nachzugehen. Es ist nicht gelungen, den Grundbesitz zu bewegen, diese Förderungsmöglichkeit auszunutzen und Wohnungen zu bauen, in denen wir deutsche Arbeiter mit ihrer Familie ansiedeln können, und zwar nicht bloß für einige Monate, sondern für das ganze Jahr. Bei dieser Gelegenheit sind auch Rundfragen gemacht worden, ob solche Leute, die sich ansiedeln lassen würden, sich finden würden und sie haben gehört, daß sie sich gefunden haben, obwohl seinerzeit hierfür keine besondere Propaganda betrieben wurde. Wenn man allen Ernstes draußen das Entgegenkommen finden würde, Landarbeiterwohnungen zu erstellen, um Landarbeiter anzusiedeln, dann könnte der Arbeitsnachweis für die Ansiedlung eine ganz andere Propaganda treiben. Nach meinem Wissen hat der Arbeitsnachweis nach der Richtung eine Propaganda nicht betrieben. Und noch etwas anderes. Die Rückfrage beim Landesamt für Arbeitsvermittlung erfolgte seinerzeit zu einer Zeit, wo wir in Baden im letzten Jahre die gerinste Arbeitslosigkeit hatten; es waren zwar immer noch 9000 unterstützte Erwerbslose, es war aber die tiefste Ziffer, die wir in den letzten zwei Jahren hatten. Das muß richtiggestellt werden, damit nicht draußen erklärt wird, die Zehntausende von Arbeitslosen sind träge, sie sind nicht bereit zu arbeiten. In der Denkschrift des Ministeriums über die Notstandsarbeiten ist hervorgehoben worden, welches große Ausmaß von Notstandsarbeiten mit hohem volkswirtschaftlichem Werte in den letzten Jahren ausgeführt wurden; Millioien von Tagewerken sind dabei von den Erwerbslosen geleistet worden. Der Hieb des Herrn Kollegen Klaiber gegenüber den Erwerbslosen ist also daneben gegangen.

Nun zu der Frage der Produktion und der Produktionskosten. Seine Berechnungen sind insofern nicht richtig, als er davon ausging, als ob die Zigarren nur aus deutschen Tabaken hergestellt werden. Diese Zigarren werden nur selten aus reinen deutschen Tabaken hergestellt. Sie sind sehr schlecht zu rauchen, es kann sein, daß der eine oder andere eine Vorliebe dafür hat, sie gehen aber in der Regel nicht ab. Der Fabrikant, der seine Zigarren nur aus deutschen Tabaken herstellt, kriegt sie nicht los. Nun hat er gesagt, er habe sich gewundert, daß man keine Kritik genommen habe an der zu großen Preisspanne. Darin sind wir alle einig, daß die überspannten Preise und die großen Gewinne zu beurteilen sind; dagegen sind wir zu jeder Zeit aufgetreten, was besonders auch mein Kollege Heurich dieser Tage getan und zu dem ganzen Problem Stellung genommen hat (Beifall beim Zentrum).

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Bürgerl. Ver.):

Wie alle anderen Parteien schätzen auch wir die Denkschrift, die uns mitgeteilt worden ist, den Bericht des Gewerbeaufsichtsamtes, durchaus in seinem Werte. Ich selbst habe ihn mit Aufmerksamkeit gelesen. Es hat sich mir vieles bestätigt, was ich aus eigener Anschauung wußte, anderes, noch viel mehr, habe ich durch das Zahlenmaterial neu gelernt, und ebenso werden wir dem Antrag, der von seiten des Haushaltsausschusses gestellt worden ist, ohne weiteres zustimmen. Es ist das alles ganz selbstverständlich und bedarf, wie ich glaube, nicht vieler Worte. Ich hätte mich darum nicht zum Wort gemeldet, um zu sagen, was selbstverständlich ist und getan werden muß, sondern um die Kritik, die an meinem Freunde Klaiber geübt worden ist, zurückzuweisen. Es ist nicht richtig, was Abg. Dees gesagt hat, daß der Abg. Klaiber einen Angriff auf die Detaillisten im Zigarrenhandel eröffnet habe. Ich habe mich gestern abend mit Herrn Klaiber über diese Sache unterhalten und wir sind einig gewesen, daß die Zigarrendetaillisten in Deutschland unter ganz schwierigen Verhältnissen arbeiten; die Läden müssen gemietet werden an verkehrsreichen Plätzen und sie sind deshalb teuer, der Ladendienst wird durchweg nur von Männern getan u. a. m. Alles Dinge, die dazu dienen, um die Kosten des Einzelhandels zu vermehren. Worauf es meinem Freunde Klaiber ankam, war nachzuweisen, daß es falsch ist, daß der Zoll auf Rohtabak auf den Preis der Zigarre, wie ihn der Konsument erlegen muß, einen Einfluß ausübe, was bekanntlich behauptet wird. Dem Abg. Klaiber kam es darauf an, zu zeigen, daß diejenigen, die für einen größeren Schutz des deutschen Tabakbaues eintreten — es wird nicht nur in Baden, es wird auch in der Pfalz und in anderen Gegenden Deuschlands Tabak gebaut, wenn auch, so viel ich weiß, in Baden absolut und relativ der meiste — recht haben, und daß im besondern die Forderung durchaus berechtigt ist, daß kein Gewichtszoll vom Tabak erhoben werde, son-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

dern ein Qualitätszoll. Deswegen hat er in einfacher, aber einleuchtender Weise gezeigt, welch große Spanne ist zwischen der Zigarre in dem Augenblick, wo sie als fertiges Fabrikat vorliegt und in dem anderen Augenblick, wo sie in die Hand des Konsumenten übergeht.

Was im übrigen die Differenz betrifft in den Aufstellungen zwischen dem Herrn Präsidenten Dr. Engler und dem Herrn Abg. Klaiber, so haben soeben die beiden Herren darüber miteinander gesprochen. Soweit ich bis jetzt sehe, scheint es mir, daß beide aneinander vorübergeredet haben, daß es sich um zwei Dinge handelt, die miteinander nichts zu tun haben, sondern um zwei verschiedene Angelegenheiten Wir werden der Sache nachgehen und dem Hause auch darüber noch Aufklärung geben.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung bzw. die Besprechung wird geschlossen.

Auf das Schlußwort wird beiderseits verzichtet.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wird der Antrag des Haushaltsausschusses

> Der Landtag wolle von dem Bericht des Gewerbeaufsichtsamts und den darin enthaltenen Vorschlägen über die wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Verhältnisse der Zigarenarbeiter in Baden Kenntnis nehmen und die Regierung ersuchen, im Sinne dieser Vorschläge das Geeignete zu veranlassen

einstimmig angenommen.

Zu Ziffer 8a, b, c der Tagesordnung der 21. Sitzung:

Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über die Gesuche
a) des Gemeinderats Walldürn, Bürgerschule betr.,
b) des Gemeinderats Buchen, Realgymnasium betr.,
c) des Verbands deutscher Vereine für Volkskunde, Volkskunde im Schulunterricht betr.

erhält das Wort

Berichterstatter Abg. Rückert (Sozdem.):

Am 19. Dezember hat die Gemeinde Walldürn ein Gesuch an den Landtag eingereicht. Die Gemeinde hat bisher eine Bürgerschule; sie sagt jedoch über diese:

> „Der Aufwand der Gemeinde für die Bürgerschule (jährlich rund 12 000 Mark) entspricht nicht annähernd dem Nutzen, den die Bevölkerung davon hat"

so daß nach Auffassung der Gemeinde trotz des Gebotes äußerster Sparsamkeit der bei Umwandlung in eine Realschule erwachsende Mehraufwand verantwortbar wäre. Sie will also ihre Bürgerschule in eine Realschule umwandeln (Unruhe). Der hierdurch gemäß Berechnung des Ministeriums des Kultus und Unterrichts entstehende Mehraufwand beträgt voraussichtlich 26 790 Mark. Wenn man § 28 des Steuerverteilungsgesetzes zugrunde legt, so hätte der Staat ein Aufwand von 13 395 Mark zu tragen.

Die Regierung hat zu der Frage Stellung genommen. Sie hat sich darüber geäußert, daß gegen die Umwandlung der Bürgerschule Walldürn in eine Realschule nichts einzuwenden sei (Unruhe — Glocke des Präsidenten).

Das Gesuch selbst weist noch darauf hin, daß weit und breit eine Realschule nicht bestehe. Es sei zwar 8 Kilometer von Walldürn enfernt — in der Gemeinde Buchen — ein Realgymnasium eingerichtet, nicht aber eine Realschule.

Schließlich wird am Schlusse noch die vom badischen Staatsministerium seinerzeit abgegebene programmatische Erklärung wegen des Ausbaues von Mittelschulen erwähnt. Allerdings ist im Gesuch nur ein Teil dessen zitiert, was die badische Staatsregierung bei dem erwähnten Anlaß ausgeführt hat; es ist nämlich von der Staatsregierung damals weiterhin gesagt worden: „soweit die betr. Gemeinde die persönlichen und sachlichen Mehrkosten tragen will und kann".

Der Landtag hat sich schon früher wiederholt mit ähnlichen Anträgen und Gesuchen zu beschäftigen gehabt. Am 2. August 1921 hat er auf Antrag des Schulausschusses eine Entschließung angenommen, durch welche ausgesprochen wurde, daß zwar den Wünschen einer Reihe von Gemeinden Rechnung getragen werden könne:

> daß aber die Gemeinden den durch die Erweiterung entstehenden Aufwand voll zu übernehmen haben.

Im Hinblick darauf hat der Berichterstatter im Haushaltsausschuß den Antrag gestellt,

> das Gesuch der Gemeinde Walldürn in dem Sinne empfehlend zu überweisen, daß die Gemeinde die gesamten durch die Umwandlung der Bürgerschule in eine Realschule entstehenden Kosten selbst trägt.

Im Haushaltsausschuß wurde die Diskussion gemeinsam über die Gesuche von Walldürn und Buchen geführt, so daß es wohl zweckmäßig ist, wenn ich hier auch gleich über das Gesuch der Stadtgemeinde Buchen berichte und daraufhin mitteile, welchen Standpunkt der Haushaltsausschuß in der Diskussion zu den beiden Gesuchen eingenommen hat.

Am 7. Januar des laufenden Jahres hat der Gemeinderat der Amtsstadt Buchen den Antrag gestellt, daß die Kosten für das dort bestehende Realgymnasium entsprechend dem Steuerverteilungsgesetz auf Staat und Gemeinde verteilt werden. Buchen ist schon wiederholt an den Landtag herangetreten. Auch in der vorhin schon erwähnten Entschließung vom 2. August 1921 ist die Stadt Buchen erwähnt. Im Anfang des Jahres 1925 ist sie wiederum an das Unterrichtsministerium mit der Bitte herangetreten, die siebenklassige Anstalt zu einer neunklassigen Vollanstalt auszubauen und die gesetzlichen Kosten zu übernehmen; am 7. März 1925 hat sie sich aber nachträglich bereit erklärt, falls die Anstalt zu einer Vollanstalt ausgebaut werde, die gesamten dadurch entstehenden Mehrkosten selber zu tragen. Im Hinblick darauf, hat sodann die Regierung dem Ausbau zugestimmt. Im letzten Jahre ist alsdann die achte Klasse eingerichtet worden und zu Ostern dieses Jahres soll die neunte Klasse angegliedert werden.

Die Anstalt hat sich sehr gut entwickelt; im Jahr 1914 war sie von 98 Schülern besucht, im Jahre 1923 schon von 150, im Jahre 1924 von 172 und im Jahre 1925 von 204.

In ihrem neuesten Gesuche vom 7. Januar 1926 teilt nun die Gemeinde mit, daß der Ausbau der Schule sie außerordentlich belaste. Die Stadtgemeinde Buchen — wird in dem Gesuche ausgeführt — habe für das Realgymnasium einen Gesamtaufwand von rund 35 000 Mark zu tragen. Hiervon werden durch Einnahmen inkl. eines Zuschusses des Kreises 22 000 Mark gedeckt, so daß eine Differenz von ca. 13 000 Mark durch Umlage zu decken ist. Im Gesuch wird weiter gesagt:

> „Dies bedeutet, daß von der außerordentlichen hohen Umlage von 1.20 Mark für das Rechnungsjahr 1925/26 allein 28 Pfennig auf das Realgymnasium entfallen."

Im Hinblick auf diese starke Belastung hat die Gemeinde versucht, auf Grund des § 5 der Gemeindeordnung, mit all denjenigen Gemeinden, die Schüler in das Realgymnasium

schicken, einen Zweckverband bilden zu wollen; sie wollte diese Gemeinden damit finanziell interessieren, um die Mehrkosten von 13 000 Mark gemäß der Schülerzahl, welche die einzelnen Gemeinden in das Realgymnasium entsenden, zu verteilen. An und für sich kann man der Gemeinde Buchen hinsichtlich dieses Gedankens sehr wohl zustimmen, insbesondere, wenn man berücksichtigt, daß ungefähr die Hälfte der Schüler des Realgymnasiums, also gegenwärtig wohl mehr als hundert, von auswärts in diese Schule nach Buchen kommen. Allein dieser Zweckverband ist nicht zustande gekommen, so daß die Kosten von der Gemeinde Buchen allein getragen werden müssen.

Die Gemeinde hat dann auch daran gedacht, ein höheres Schulgeld für die auswärtigen Schüler zu erheben. Das geht aber aus sozialen Gründen nicht: denn einmal haben die Eltern derjenigen Schüler, die nicht in Buchen, sondern zum Teil weit weg wohnen, ohnehin schon erhöhte Ausgaben für die Verpflegung; hierzu kommt dann vor allen Dingen noch das Fahrgeld.

Unter Hinweis auf diese Gründe wünscht nun die Gemeinde Buchen, daß der Staat gemäß § 28 des Steuerverteilungsgesetzes die Hälfte der persönlichen Kosten tragen solle. Nun hat aber der Landtag vom Jahre 1921 an bis auf den heutigen Tag jeweils einen anderen Standpunkt eingenommen. Er hat immer wieder darauf hingewiesen, daß Gemeinden, falls sie in der jetzigen schweren Zeit ihre Schulanstalten ausbauen wollen, die entstehenden Mehrkosten auch selbst zu tragen haben. Aus diesem Grunde ist dann auch der Berichterstatter zu dem Ergebnis gekommen, die Eingabe der Gemeinde Buchen der Regierung lediglich zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Der Haushaltsausschuß hat, wie ich schon mitgeteilt habe, zu beiden Gesuchen gemeinsam Stellung genommen.

Ein Redner des Zentrums wünschte im Hinblick darauf, daß das Hinterland an sich schon etwas stiefmütterlich behandelt werde, gegenüber den beiden Gemeinden mehr Entgegenkommen; vor allen Dingen solle man mit den Gemeinden noch einmal verhandeln. Entsprechend diesen Ausführungen ist dann auch ein Antrag des Herrn Abg. Dr. Schofer eingegangen, welcher lautete:

> Die Petitionen werden in dem Sinne empfehlend überwiesen, daß die Regierung mit den Stadtverwaltungen Buchen und Walldürn in Verhandlungen über die berührten Schulwünsche eintreten solle.

Ein deutschnationaler Redner meinte, daß zwei so nah beieinanderliegende Anstalten sich leicht Konkurrenz leisten könnten. Im übrigen hat auch er sich gegen die Bildung von Zweckverbänden ausgesprochen.

Ein demokratischer Redner trat für den Ausbau der Aufbaurealschule ein; er wünschte insbesondere die Errichtung eines Internats in Tauberbischofsheim. Eine ähnliche Anstalt könnte zweckmäßigerweise in Buchen oder in Walldürn errichtet werden.

Ein anderer Redner des Zentrums regte an, ob nicht eine Realanstalt an das bereits in Buchen bestehende Realgymnasium angegliedert werden könnte.

Der Regierungsvertreter wies darauf hin, daß der Staat bei Übernahme der Mehrkosten durch die Gemeinden insbesondere auch erhöhte Ausgaben für Pensionen zu leisten hat.

Ein demokratischer Redner führte aus, daß eigentlich der Kreis solche Schulanstalten unterstützen müsse.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag Dr. Schofer mit 9 Stimmen gegen 1 Stimme bei 11 Stimmenthaltungen angenommen.

Demgemäß habe ich im Auftrage des Haushaltsausschusses Sie zu bitten, den Antrag — wie er Ihnen schon schriftlich vorliegt — unter I:

> die Gesuche unter Ziffer 1 und 2 der Regierung in dem Sinne empfehlend zu überweisen, daß diese mit den Stadtverwaltungen Buchen und Walldürn in Verhandlungen über deren Schulwünsche eintreten soll,

anzunehmen.

Das dritte Gesuch, das der Haushaltsausschuß zu behandeln hatte, geht von dem Verband deutscher Vereine für Volkskunde aus.

Es wird in der Denkschrift, die dem Gesuch beigefügt war, beklagt, daß eine Professur für Volkskunde auf keiner deutschen Universität bestehe; lediglich in Hamburg besteht ein ordentlicher Lehrstuhl für deutsche Altertums- und Volkskunde.

Im Haushaltsausschuß hat man dem Gesuch zugestimmt. Die Regierung hat schon am 4. Februar dem Vorsitzenden des Verbandes deutscher Vereine für Volkskunde eine kurze Mitteilung zugehen lassen des Inhalts, daß bei der Neuordnung der Ausbildung der Volksschullehrer die Volkskunde entsprechend berücksichtigt wird.

Demgemäß habe ich Sie zu bitten, auch die Ziffer II des schriftlichen Antrags:

> das Gesuch unter Ziffer 3 der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen,

anzunehmen.

Die Beratung wird eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung wird geschlossen.

Auf das Schlußwort wird verzichtet.

Bei der hierauf folgenden getrennten Abstimmung wird der Antrag des Haushaltsausschusses

> Der Landtag wolle die Gesuche unter Ziffer a und b der Regierung in dem Sinne empfehlend überweisen, daß diese mit den Stadtverwaltungen Buchen und Walldürn in Verhandlungen über deren Schulwünsche eintreten soll.

einstimmig angenommen.

Ebenso wird der Antrag unter Ziffer II

> der Landtag wolle das Gesuch des Verbandes der deutschen Vereine für Volkskunde, die Volkskunde im Schulunterricht und bei der Lehrerbildung betr., der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft

Der Präsident erhält vom Hause die Ermächtigung, den Tag und die Stunde der nächsten Plenarsitzung festzusetzen, und schließt die Sitzung nach 2¼ Uhr.

Inhaltsverzeichnis umstehend.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Inhaltsverzeichnis:

	Spalte
Anzeige neuer Eingänge:	
Präsident Dr. Baumgartner	1049
Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über die Denkschrift des Herrn Minister des Innern über die wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Verhältnisse der Zigarrenarbeiter in Baden	
und damit in Verbindung	
Begründung und Beantwortung der Förmlichen Anfrage der Abg. Hartmann und Gen., Erhebungen über die Notlage der Tabakarbeiter	
Berichterstatter Abg. Freidhof	1050
Begründung:	
Abg. Hartmann	1068
Beratung bezw. Besprechung:	
Ministerialrat Dr. Engler	1078
Abg. Frau Blohß	1080
„ Klaiber	1086
„ Bauer	1089
„ Ritter	1092
„ Dees	1102
„ Eichenlaub	1103
„ D. Mayer-Karlsruhe	1106
Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über die Gesuche	
a) des Gemeinderats Walldürn, Bürgerschule betr.,	
b) des Gemeinderats Buchen, Realgymnasium betr.,	
c) des Verbandes deutscher Vereine für Volkskunde, Volkskunde im Schulunterricht betr.	
Berichterstatter Abg. Rückert	1107
Abstimmung:	1110

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen: B. Finner, Karlsruhe.
Druck der Karlsruher Zeitung.